



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht September 2014

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

29. August 2014

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), mw-luftbild.de – Fotolia (S. 5), Forschungs-
zentrum Jülich GmbH (S. 6), beugdesign – Fotolia (S. 8),
Stephan Leyk – Fotolia (S. 11), davis – Fotolia (S. 13),
papalapapp – Fotolia (S. 14), imantsu – Thinkstock (S. 15),
Smileus – Fotolia (S. 16), VILevi – Fotolia (S. 18),
Zerbor – Fotolia (S. 19), Kzenon – Fotolia (S. 20, 21),
Gina Sanders – Fotolia (S. 22), RioPatuca Images –
Fotolia (S. 23), mahey – Fotolia (S. 24)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	9
Reform des EEG	11
Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung	18
Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft	24
II. Wirtschaftliche Lage	27
Internationale Wirtschaftsentwicklung	28
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	30
III. Übersichten und Grafiken	41
1. Gesamtwirtschaft	42
2. Produzierendes Gewerbe	50
3. Privater Konsum	58
4. Außenwirtschaft	60
5. Arbeitsmarkt	62
6. Preise	64
7. Monetäre Entwicklung	68
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	70
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	72

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Die fortschreitende digitale Transformation betrifft praktisch alle Lebensbereiche. Jeder Einzelne kann die Vorteile der schnellen Verfügbarkeit von Informationen in einer vernetzten Welt nutzen, Produkte oder Dienstleistungen im Internet erwerben oder sich online fortbilden. Gleichzeitig stellt die zunehmende Digitalisierung die Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie den Staat vor eine Fülle von großen Herausforderungen. Einige der Gefahren sind uns unter den Schlagwörtern „Datenunfall“, „Cyber-Kriminalität“, „Cyber-Spionage“ oder „Cyber-Angriff“ bekannt.

Aufgabe der Politik ist es, den Prozess der Digitalisierung aktiv zu begleiten und die Rahmenbedingungen für das Leben, Lernen, Arbeiten und Wirtschaften zu setzen und allen Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen die Teilhabe am digitalen Wandel zu ermöglichen. Ausgehend von dieser Zielsetzung hat die Bundesregierung unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur am 20. August 2014 die „Digitale Agenda 2014 – 2017“ beschlossen. Dabei wollen wir drei Kernziele erreichen:

1. Stärkung von Wachstum und Beschäftigung durch eine verbesserte Erschließung des Innovationspotenzials
2. Zugang und Teilhabe durch den Aufbau flächendeckender Hochgeschwindigkeitsnetze und die Förderung digitaler Medienkompetenz für alle Generationen
3. Vertrauen und Sicherheit im Netz für Gesellschaft und Wirtschaft durch die Verbesserung der Sicherheit und den Schutz der IT-Systeme und Dienste

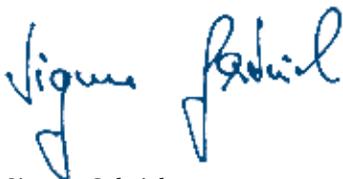
Mir geht es bei der Digitalen Agenda in erster Linie um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Es bedarf eines klaren ordnungspolitischen Rahmens für die vierte industrielle Revolution, in der das Internet der Dinge, Cloud Computing und Smart Data die Arbeitswelt fest im Griff haben. Wichtig ist auch, dass wir die Finanzierungsbedingungen von jungen Unternehmen verbessern, damit diese die für eine Entwicklung neuer Produkte und Verfahren dringend erforderlichen Investitionen tätigen können. Ich werde mich außerdem für europaweite Regelungen einsetzen, die Start-ups ebenso wie etablierten Telekommunikationsdienstleistern möglichst viele unternehmerische Freiheiten eröffnen, ohne die Teilhabe von Verbrauchern und persönliche Entfaltung einzuschränken.

Mit der Digitalen Agenda hat die Bundesregierung einen Kompass für die Gestaltung des digitalen Wandels erarbeitet, an dessen Kalibrierung Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger mitwirken sollen. Nur wenn alle Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten, werden wir die Vielzahl an Chancen nutzen können, die die Digitalisierung für jeden Einzelnen und für unsere Gesellschaft als Ganzes bietet.

Ein weiteres zentrales wirtschaftspolitisches Projekt dieser Legislaturperiode ist die Energiewende. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie arbeitet mit Hochdruck am Übergang zu einer Energieversorgung ohne Atomkraft und mit steigender Energieeffizienz. In einem Beitrag dieses Monatsberichts werden die Grundlagen der am 1. August 2014 in Kraft getretenen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) dargestellt. Die Reform sorgt für eine Konzentration der Fördermittel auf die günstigsten Technologien, schafft die Bedingungen für eine bessere Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien und erhöht somit die Kosteneffizienz der Energiewende. Mit Blick auf das europäische Wettbewerbsrecht gewährleistet das EEG 2014 Rechtssicherheit für Anlagenbetreiber und energieintensive Unternehmen. Damit werden die Grundsteine gelegt, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.

Die vorliegende Ausgabe des Monatsberichts enthält darüber hinaus Artikel zu den Themen Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung, regionale Wirtschaftspolitik, Umsetzung der Extractive Industries Transparency Initiative und zum 2. Bundesbericht Energieforschung.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Regionale Wirtschaftspolitik – Weichen für die neue Förderperiode gestellt



Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat einen neuen Koordinierungsrahmen

Mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) verfügen Bund und Länder über ein Instrument zur Förderung von strukturschwachen Regionen, das sich über die letzten Jahrzehnte bewährt und immer wieder flexibel an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst hat. Zum Beginn der neuen Förderperiode hat der Bund-Länder-Koordinierungsausschuss am 27. Juni 2014 einen neuen Koordinierungsrahmen beschlossen, der am 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist. Der Koordinierungsrahmen enthält die auf der Basis des europäischen Beihilferechts zwischen Bund und Ländern neu vereinbarten grundsätzlichen Leitlinien der GRW und die gemeinsam überarbeiteten Förderregeln. Innerhalb des Regelwerks können die Länder eigene Förderschwerpunkte setzen, um den regionspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

Neben zahlreichen Anpassungen und Neuerungen im Detail bringt der neue Koordinierungsrahmen auch einige grundlegende Änderungen der Förderbestimmungen, insbeson-

dere bei der gewerblichen Investitionsförderung. Hier gelten ab dem 1. Juli 2014 geringere Höchstfördersätze als in der zurückliegenden Förderperiode. Dies ist auch Ausdruck der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Regionen im europaweiten Vergleich. Eine gravierende Änderung betrifft die Förderung von Großunternehmen: Aufgrund geänderter beihilferechtlicher Vorschriften sind bei großen Unternehmen nur noch Investitionen zugunsten neuer Wirtschaftstätigkeiten in dem betreffenden Gebiet förderfähig.

Im Bereich der Infrastrukturförderung konnte die seit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Flughafen Leipzig/Halle im Dezember 2012 bestehende Rechtsunsicherheit über die grundsätzliche Förderfähigkeit entsprechender Maßnahmen ausgeräumt werden. Damit ist eine Förderung in den GRW-relevanten wirtschaftsnahen Infrastruktursparten unter bestimmten Bedingungen grundsätzlich weiterhin möglich.

Insgesamt bleibt festzustellen: Trotz der im Vergleich zu den zurückliegenden Förderperioden restriktiveren beihilfe-

rechtlichen Vorgaben ist es gelungen, einen zielorientierten Maßnahmenkatalog vorzulegen, der den Anforderungen strukturschwacher Regionen auch in der Zukunft voll entspricht.

Eine Hürde ist indessen noch zu bewältigen: Große Programme wie die GRW-Förderung von gewerblichen Investitionen sind zunächst nur für sechs Monate beihilferechtlich freigestellt. Eine Freistellung darüber hinaus setzt voraus, dass der von Deutschland notifizierte Evaluationsplan von der Europäischen Kommission genehmigt wird. Dieses Genehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Der am 1. Juli 2014 in Kraft getretene Koordinierungsrahmen der GRW ist im Internet verfügbar unter



http://bit.ly/Koordinierung_GRW

Energieforschung für eine erfolgreiche Energiewende

Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat am 30. Juli 2014 im Bundeskabinett den Bundesbericht Energieforschung 2014 vorgestellt. Dieser jährlich durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlichte Bericht gibt Auskunft über Aktivitäten und Projekte der Bundesregierung auf dem Gebiet der Energieforschung.

Bundesminister Gabriel: „Die Energieforschung ist ein strategischer Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Mit der Bündelung der Energiepolitik in einem Ressort liegt nun auch die Forschung für Energieeffizienz und erneuerbare Energien in einer Hand, so dass wir diese zwei zentralen Themen künftig noch enger zusammenführen können. Zudem wollen wir im 6. Energieforschungsprogramm künftig besonders systemorientierte Forschungsansätze, beispielsweise im Bereich zukunftsfähige Stromnetze, weiter in den Mittelpunkt rücken.“

Der Bundesbericht Energieforschung, der erstmals auch Informationen zum EU-Forschungsrahmenprogramm sowie die Aufwendungen der Bundesländer für Forschung und Entwicklung nichtnuklearer Energietechnologien erfasst, verbessert die Transparenz bei öffentlichen Aufwendungen. So hat die Bundesregierung 2013 für das Energieforschungsprogramm 809 Millionen Euro aufgebracht. Dies

Weitere Informationen und Einzelheiten zur GRW sind in dem Artikel „Regionale Wirtschaftspolitik – Gesamtdeutscher Ansatz zur Förderung von strukturschwachen Regionen ab 1. Juli 2014“ in den Schlaglichtern zur Wirtschaftspolitik 05/2014 dargestellt:



http://bit.ly/MB5_2014

Kontakt: Bernd Heibel

Referat: Regionale Wirtschaftspolitik



entspricht einer Verdopplung innerhalb von sieben Jahren. Einen wesentlichen Beitrag für eine erfolgreiche Energiewende haben 2012 auch die Bundesländer mit Aufwendungen für die Energieforschung in Höhe von 252 Millionen Euro geleistet.

Den Bundesbericht Energieforschung 2014 können Sie hier bestellen bzw. herunterladen:



http://bit.ly/Bundesbericht_Energieforschung

Kontakt: Dr. Hans-Christoph Wirth

Referat: Energieforschung Projektförderung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

September 2014	
01.09.	BIP 2. Quartal (tiefer gegliederte Ergebnisse)
03.09.	BIP (EU) (2. Schätzung)
04.09.	EZB-Leitzinsentscheid
10.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.09.	Industrieproduktion (EU) Juli 2014
12./13.09.	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Mailand
15.09.	Internationaler Warenverkehr (EU) Juli 2014
19.09.	Leistungsbilanz (EU) Juli 2014
Ende September	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2014	
01.10.	BIP (Euroraum und EU) 2. Quartal 2014 (3. Schätzung)
02.10.	EZB-Leitzinsentscheid
06.10.	Energierat (informell)
10.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13./14.10.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
14.10.	Industrieproduktion (EU) August 2014
16.10.	Internationaler Warenverkehr (EU) August 2014
20.10.	Leistungsbilanz (EU) August 2014
23./24.10.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
Ende Oktober	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2014	
06.11.	EZB-Leitzinsentscheid
12.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.11.	Industrieproduktion (EU) September 2014
14.11.	BIP 3. Quartal 2014 (Schnellmeldung)
17.11.	Internationaler Warenverkehr (EU) September 2014
19.11.	Leistungsbilanz (EU) September 2014
Ende November	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

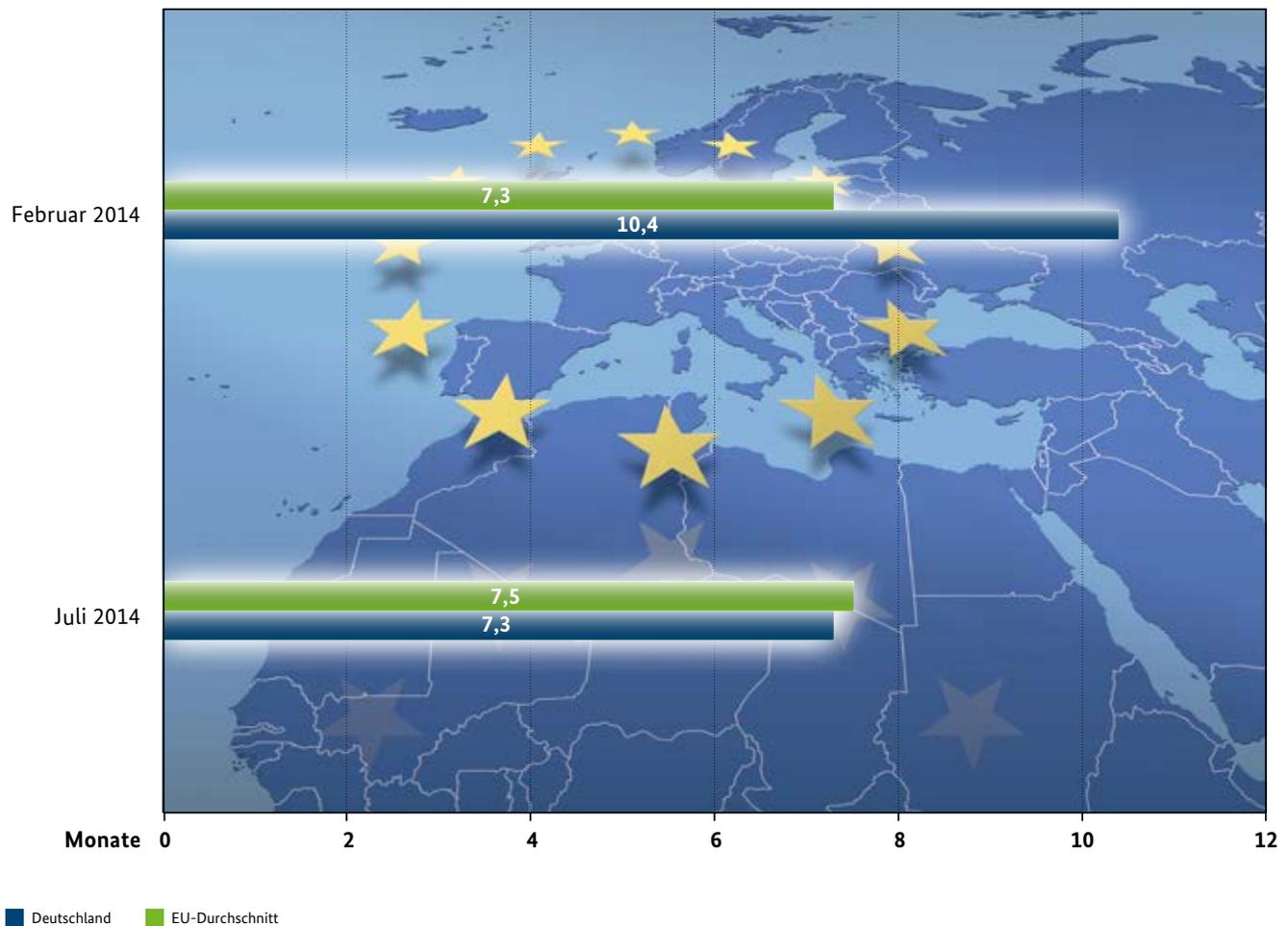


Grafik des Monats

Die Umsetzung von Binnenmarkt-Richtlinien nach Fristablauf ...

... wurde in Deutschland wesentlich beschleunigt. Die durchschnittliche Verzögerungsdauer ist im Vergleich zum Februar 2014 um mehr als drei Monate gesunken. Deutschland liegt mit einer durchschnittlichen Verzögerung von 7,3 Monaten dabei knapp unter dem EU-Durchschnitt. Auch das vom Europäischen Rat beschlossene Ziel, die Anzahl der verfristeten Binnenmarkt-Richtlinien auf maximal ein Prozent aller Binnenmarkt-Richtlinien abzusenken, hat Deutschland im Juli 2014 erneut erreicht. Zum Stichtag lag das deutsche Umsetzungsdefizit bei 0,8 Prozent.

Verzögerung bei der Umsetzung von Binnenmarkt-Richtlinien



Quelle: Binnenmarktanzeiger der Europäischen Kommission Februar und Juli 2014

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Nach dem starken ersten Quartal kam es zu einer Abschwächung des BIPs im zweiten Quartal.
- ▶ Neben den Produktionsverschiebungen durch den milden Winter trugen hierzu die schwache Entwicklung im Euroraum und die Verunsicherung durch die geopolitischen Entwicklungen bei.
- ▶ Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich fortsetzen. Dies setzt allerdings voraus, dass sich die geopolitischen Konflikte nicht entscheidend verstärken.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Wirtschaft hat sich im zweiten Quartal leicht abgeschwächt.¹ Das Bruttoinlandsprodukt ging gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2 % zurück.² Dennoch expandierte das BIP im ersten Halbjahr insgesamt, in dem sich die witterungsbedingten Produktionsverschiebungen weitgehend ausglich, deutlich. Es erhöhte sich preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,8 % gegenüber dem zweiten Halbjahr 2013. Eine Gegenreaktion auf die witterungsbedingten Vorzieheffekte, die zum starken Wachstum im ersten Quartal von 0,7 % beigetragen haben, war allgemein erwartet worden. Die Frühjahrsbelegung fiel aber sehr schwach aus. Nicht nur die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum entfaltete sich zögerlicher als erhofft. Auch die geopolitischen Entwicklungen haben in den vergangenen Monaten Spuren hinterlassen. Insbesondere der Russland-Ukraine-Konflikt, aber auch die Entwicklungen im Nahen Osten führten zur Verunsicherung von Marktteilnehmern und damit auch zur Zurückhaltung bei unternehmerischen Entscheidungen. Die Verunsicherungen dürften gegenwärtig schwerer wiegen als die unmittelbaren Auswirkungen der Sanktionsmaßnahmen. Insgesamt hat sich die Stimmung in der Wirtschaft spürbar eingetrübt, die Bestellungen, die Produktion und die Umsätze in der Industrie schwächten sich ab. Die Mehrheit der Unternehmen zeigt sich trotz Stimmungseintrübung aber sehr zufrieden mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte haben nicht zuletzt dank des stabilen Arbeitsmarktes weiterhin Substanz. Die positive konjunkturelle Grundtendenz der deutschen

Wirtschaft ist daher nach wie vor intakt. Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld haben sich aber fraglos erhöht.

Die Weltkonjunktur setzt ihren Kurs der allmählichen Belegung fort. Die schwache Entwicklung zu Jahresbeginn scheint überwunden. Sie war maßgeblich auf den vorübergehenden, witterungsbedingten Rückschlag der US-Wirtschaft zurückzuführen. Nun kommen die zyklischen Auftriebskräfte wieder stärker zum Tragen. Sie werden in den Industriestaaten weiterhin unterstützt durch die stark akkommodierenden Geld- und weniger restriktiven Fiskalpolitiken. Die maßgeblichen konjunkturellen Impulse werden daher von den entwickelten Staaten, allen voran den Vereinigten Staaten, erwartet. Allerdings verläuft die Erholung des Euroraums nur sehr zögerlich. Neben der Bewältigung struktureller Herausforderungen sorgt hier der Russland-Ukraine-Konflikt für Verunsicherung. Die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern bleibt vorerst ebenfalls gedämpft. Vor diesem Hintergrund hat der IWF Ende Juli seine Prognose des Welt-BIPs für das Jahr 2014 bei gestiegenen Abwärtsrisiken etwas auf 3,4 % nach unten korrigiert. Für das Jahr 2015 geht er weiterhin von einem Wachstum von 4,0 % aus.

Der Außenhandel dämpfte im zweiten Quartal per saldo das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Die Importe wuchsen stärker als die Exporte. Die deutschen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen erhöhten sich in jeweiligen Preisen im Juni saisonbereinigt um 0,8 %³ und im gesamten zweiten Quartal um 0,5 %.⁴ Im laufenden Jahr waren vor allem die Ausfuhren in die GUS-Staaten und nach Mittel- und Südamerika rückläufig. Die nominalen Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen bei einem Anstieg im Juni um 4,3 % im zweiten Quartal insgesamt um 1,1 % zu.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist nach drei Rückgängen in Folge im Juni wieder leicht angestiegen (+0,3%). Im zweiten Quartal insgesamt unterschritt die Gesamterzeugung den Stand des Vorquartals um 1,5%. Von einer schwachen Frühjahrsbelegung war nach dem milden Winter auszugehen. Dies zeigte sich vor allem im Baugeerbe, das im zweiten Quartal einen Rückgang der Erzeugung um 5,8 % verzeichnete. Die Industrieproduktion schwächte sich um 1,0 % ab. Auch wegen der geopolitisch

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2014 vorlagen.

2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. August 2014. Die ausführlichen Ergebnisse werden am 1. September 2014 veröffentlicht.

3 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

4 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

bedingten Verunsicherung gingen die Bestellungen in der Industrie im Juni erneut spürbar zurück (-3,2%), wobei die aktuelle Entwicklung auch durch geringe Großaufträge geprägt war. Im gesamten zweiten Quartal schwächte sich die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen um 0,6% ab. Vor allem die Erwartungskomponente des ifo Geschäftsklimas hat sich in den letzten Monaten eingetrübt. Gleichwohl dürfte sich, soweit die geopolitischen Konflikte nicht zunehmen, die positive Grundtendenz im Produzierenden Gewerbe fortsetzen. Dies wird unter anderem durch das überdurchschnittliche Niveau der aktuellen Lagebeurteilungen im ifo Konjunkturtest und durch den Anstieg des Markit/BME-Einkaufsmanagerindex für die Industrie im Juli signalisiert.

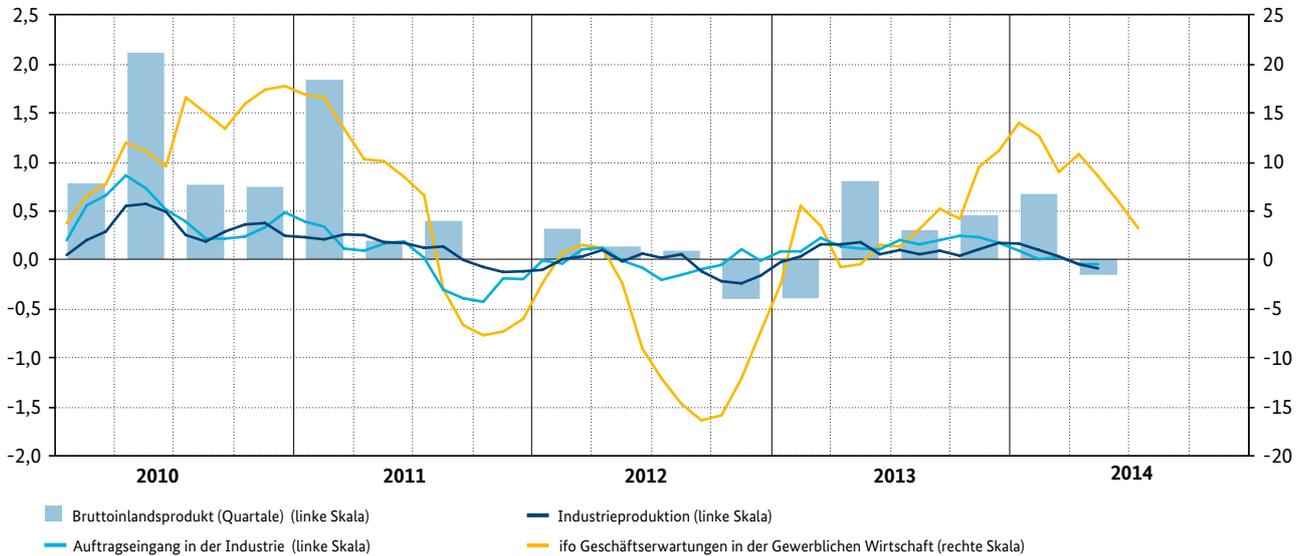
Der private Konsum nahm im zweiten Quartal weiter zu. Der Anstieg dürfte allerdings geringer ausgefallen sein als im ersten Quartal, in dem die privaten Konsumausgaben preisbereinigt kräftig um 0,7% anstiegen. Hierfür spricht

die leichte Abschwächung der Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im zweiten Quartal um 0,4%. Das ifo Geschäftsklima der Einzelhändler und insbesondere die Beurteilung der Geschäftslage blieben im zweiten Quartal und auch im Juli freundlich. Die positive Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung sowie die stabilen Verbraucherpreise sorgen weiterhin für eine gehobene Konsumlaune bei den Verbrauchern.

Der Arbeitsmarkt ist weiterhin stabil und eine Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Juli jahreszeitlich bedingt auf 2,871 Mio. Personen. Saisonbereinigt sank die Arbeitslosigkeit aber um 12.000 Personen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm im Mai saisonbereinigt weiter um 20.000 und die Zahl der Erwerbstätigen im Juni um 16.000 Personen zu. Nach den Ursprungszahlen waren damit im Mai 42,24 Mio. Personen im Inland erwerbstätig, 377.000 mehr als vor einem Jahr.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Reform des EEG

Wichtiger Schritt für den Neustart der Energiewende

Am 1. August 2014 ist die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Kraft getreten. Die Reform durchbricht die Kostendynamik der Energiewende, erhöht die Planbarkeit des Zubaus neuer Anlagen und schafft Bedingungen, um das Wachstum der erneuerbaren Energien besser mit dem Energiesystem zu verknüpfen. Mit Blick auf das europäische Wettbewerbsrecht gewährleistet das EEG 2014 Rechtssicherheit für Anlagenbetreiber und energieintensive Unternehmen. Damit werden die Grundsteine gelegt, um die Energiewende zum Erfolg zu führen.



Im Jahr 2000 trat das EEG in Kraft und regelte fortan den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor. Von damals rund sechs Prozent ist der Anteil des „grünen“ Stroms am Gesamtverbrauch auf inzwischen rund 25 Prozent gestiegen. Dies ist eine große Erfolgsgeschichte, ohne die der 2011 beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie und der Umbau zu einer nachhaltigen Energieversorgung für eine Industrienation wie Deutschland nicht denkbar wären. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg in eine sichere und saubere Zukunft ist das EEG 2014. Elemente des bestehenden Systems wie die fehlende Steuerung des Zubaus und die feste Einspeisevergütung, die angesichts des rasanten Wachstums der erneuerbaren Energien nicht mehr zeitgemäß sind, werden durch Ausbaukorridore, eine Konzentration auf kostengünstige Technologien, die verpflichtende Direktvermarktung und ab 2017 durch ein

Ausschreibungssystem für die kostengünstige Erreichung von Ausbauzielen ersetzt.

Ausbaukorridore sichern einen planbaren Umbau der Stromversorgung

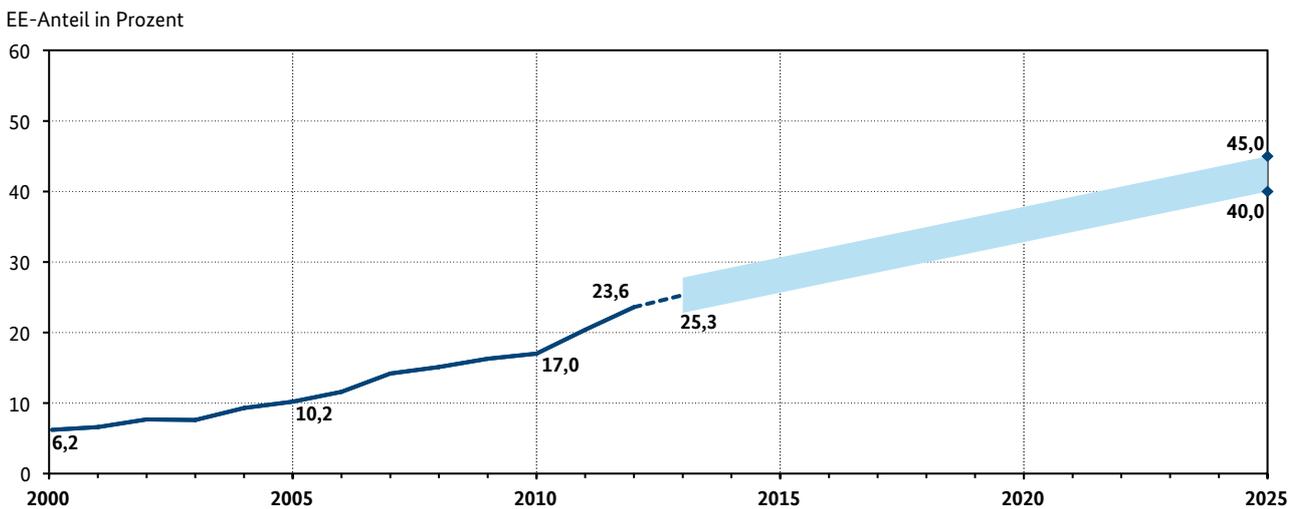
Bislang sah das EEG, abgesehen von der Photovoltaik, keine Steuerung des Zubaus neuer Anlagen vor. Für eine erfolgreiche Markteinführung und angesichts der bisherigen Anteile an der Gesamtversorgung war dies auch der richtige Ansatz. Nunmehr gilt es, das Energieversorgungssystem für hohe Anteile insbesondere der fluktuierenden Energieträger Wind und Sonne fit zu machen. 2025 sollen die erneuerbaren Energien bereits 40 bis 45 Prozent und 2035 sogar 55 bis 60 Prozent des Gesamtstromverbrauchs

decken. Um dieses Ziel zu erreichen, muss ihr weiterer Ausbau mit anderen Elementen der Energiewende wie der Reform des Strommarkts und dem Ausbau der Stromnetze enger verzahnt werden. Diese Herausforderungen können umso effizienter bewältigt werden, je planbarer und berechenbarer der Zubau neuer Anlagen für Netzbetreiber, Kraftwerksbesitzer und Stromlieferanten ist.

Das EEG 2014 schafft diese Planungsgrundlage, indem es für die zentralen Energieträger Wind an Land, Wind auf See, Photovoltaik und Biomasse verbindliche Ausbaupfade vorgibt. Jährlich sollen je 2.500 Megawatt neue Windenergie-

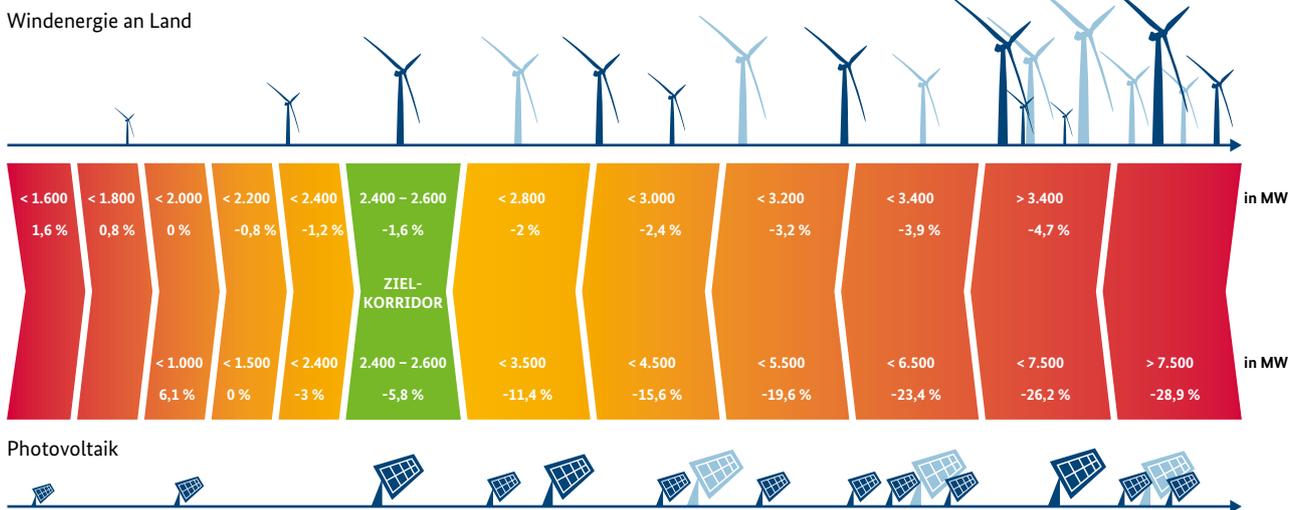
anlagen an Land und Photovoltaikanlagen zugebaut werden. Für den Ausbau der Windenergie auf See sind insgesamt 6.500 Megawatt bis 2020 vorgesehen. Die Biomasse wird auf höchstens 100 Megawatt neue Leistung pro Jahr begrenzt. Die Steuerung der Windenergie an Land, Photovoltaik und Biomasse erfolgt durch ein System des „atmenden Deckels“. Werden mehr neue Anlagen gebaut als vorgesehen, sinken automatisch die Fördersätze für weitere Anlagen. Bei der Windenergie auf See gibt es einen festen Mengendeckel: Netzanschlüsse für neue Meeres-Windparks werden so vergeben, dass 2020 insgesamt 6.500 Megawatt Leistung im Wasser steht.

Abbildung 1: Entwicklung der erneuerbaren Energien im Stromsektor bis heute und Zielkorridor bis 2025



Quelle: BMWi

Abbildung 2: Jährliche Degression in Abhängigkeit der zugebauten Leistung



Quelle: Ecofys

Sinkende Kosten durch Konzentration auf kostengünstige Technologien

Die erfolgreiche Etablierung der erneuerbaren Energien in der deutschen Stromlandschaft ging einher mit hohen Kosten der Förderung. Die Stromverbraucher finanzieren den Ausbau mit der EEG-Umlage in Höhe von derzeit 6,24 Cent/Kilowattstunde. Allein in den letzten drei Jahren ist dieser Beitrag zur Energiewende um rund 2,65 Cent/Kilowattstunde bzw. 73 Prozent gestiegen. Finanziert wird damit eine durchschnittliche Förderung von 17 Cent je produzierter Kilowattstunde. Um den langfristigen Erfolg der Energiewende zu sichern, durchbricht das EEG 2014 diese Kostendynamik. Die Förderung neuer Anlagen wird konsequent auf die kostengünstigen Technologien Wind an Land und Sonne konzentriert. Sie tragen mit jeweils 2.500 Megawatt den Hauptanteil des weiteren Ausbaus und weisen mit 8,9 Cent/Kilowattstunde (Wind an Land) bzw. 10,5 Cent/Kilowattstunde (Photovoltaik) im Durchschnitt die niedrigsten Kosten der Förderung auf. Der Zubau der Biomasse, die mit Vergütungssätzen von teilweise über 20 Cent/Kilowattstunde im Anlagenbestand hingegen ein sehr teurer Energieträger ist, wird auf jährlich 100 Megawatt begrenzt. Zum Vergleich: In den vergangenen fünf Jahren wurden im Schnitt jährlich rund 350 Megawatt zugebaut. Die Kosten werden zusätzlich durch die Streichung von bislang gewährten umfangreichen Boni für neue Anlagen – etwa für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe – reduziert.

Verantwortung statt „produce and forget“

Die regenerativen Energien sind auf dem besten Weg, zur Leittechnologie unserer Energieversorgung zu werden. Das „alte“ EEG mit seinen garantierten Abnahmepreisen war maßgeschneidert für die Markteinführung der erneuerbaren Energien als Nischentechnologie. Die Betreiber konnten sich auf die Stromproduktion und -einspeisung beschränken, während die Vermarktung und Verteilung des Stroms von den Netzbetreibern übernommen wurde. Für den voranschreitenden Umstieg auf eine hauptsächlich auf erneuerbaren Energien basierende Stromversorgung stellt dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der europaweiten Liberalisierung des Stromsektors keine tragfähige Grundlage dar. Deshalb führt das EEG 2014 die verpflichtende Direktvermarktung ein: Die Betreiber neuer Windkraft-, Solar-, Biomasse- und anderer Anlagen müssen künftig ihren Strom selbst am Markt verkaufen und erhalten dafür eine Marktprämie als Förderung. Die Marktprämie gleicht die Differenz zwischen der Einspeisevergütung und dem durchschnittlichen Börsenstrompreis aus. So sind jene Anla-



genbetreiber am erfolgreichsten, die am besten auf die Marktsignale reagieren. Ist der Strompreis an der Börse stark negativ, setzt die Marktprämie effektiv Anreize, Anlagen abzuregeln. Der neu geschaffene Marktmechanismus begrenzt insbesondere die Kosten der Förderung und ist auch ein wichtiges Signal an die Nachbarstaaten, die mit wachsendem Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland immer häufiger ungeplant zum Abnehmer nicht benötigten Stroms werden. Die Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung erfolgt schrittweise und angepasst an die Akteursstruktur der Anlagenbetreiber. Für alle Neuanlagen mit einer Leistung von mehr als 500 Kilowatt greift die Regelung sofort. Ab dem 1. Januar 2016 wird die Grenze auf 100 Kilowatt abgesenkt. Kleinere Anlagen können auch weiterhin die feste Einspeisevergütung in Anspruch nehmen.

Umstellung des EEG auf Ausschreibungen für ein kostengünstiges Erreichen der Ausbauziele

Mit dem EEG 2014 wird der Weg zur Umstellung des seit Inkrafttreten des EEG 2000 bestehenden Systems der administrativen Festsetzung der Höhe der Förderung auf eine wettbewerbliche Ermittlung durch Ausschreibungen bereitet. Spätestens 2017 soll die Höhe der Förderung der erneuerbaren Energien grundsätzlich über Ausschreibungen ermittelt werden. Dabei gibt das EEG 2014 vor, dass die bestehende Akteursvielfalt als Erfolgsgarant des EEG erhalten bleiben soll.



Im geltenden Fördersystem des EEG wird die Höhe der Förderung für jede einzelne Technologie staatlich bestimmt, um damit eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit für potenzielle Investoren zu schaffen. Hierbei steht der Staat jedoch vor dem Problem, dass die tatsächlichen Stromerzeugungskosten der Anlagen nicht bekannt sind und er sich auf Erfahrungen und Prognosen stützen muss, die von der tatsächlichen Entwicklung abweichen können. Dies war in der Vergangenheit etwa bei der zeitweise massiv überförderten Photovoltaik der Fall, die noch heute die EEG-Umlage belastet. Die wettbewerbliche Ermittlung der Höhe der Förderung durch Ausschreibungen bietet dagegen die Chance, dass Anlagenbetreiber nur so viel an Förderung erhalten, wie sie für einen wirtschaftlichen Betrieb ihrer Anlage benötigen. Voraussetzung, um diesen Kostenvorteil in der Praxis zu realisieren, ist ein ausreichender Wettbewerb in dem jeweiligen Bereich der erneuerbaren Energien. Maßgebliche Einflussfaktoren sind dabei die Marktstruktur bei der jeweiligen Technologie sowie die ausreichende Verfügbarkeit von Flächen. Darüber hinaus kann das Ziel, die Kosteneffizienz zu steigern, nur erreicht werden, wenn das Ausschreibungsdesign so ausgestaltet wird, dass die Finanzierungs- und Bieterisiken niedrig bleiben.

Um erste Erfahrungen mit dem neuen Ausschreibungssystem zu sammeln, wird zunächst eine Pilotausschreibung im Bereich der Förderung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen 2015 und 2016 stattfinden. Das EEG 2014 enthält hierfür eine entsprechende Verordnungsermächtigung.

Die Verordnung soll noch dieses Jahr erarbeitet werden, so dass die ersten Ausschreibungsrunden bereits im 1. Halbjahr 2015 von der Bundesnetzagentur durchgeführt werden können. Die Bewertung der Ergebnisse wird in die für 2016 geplante Novellierung des EEG einfließen, mit der die Förderung weiterer Technologien auf Ausschreibungsverfahren umgestellt wird.

Verteilung der Kosten auf mehr Schultern

Die entscheidende Stellschraube für die weitere Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und seine Akzeptanz ist die Verteilung der Förderkosten. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Je mehr Schultern die EEG-Umlage tragen, desto geringer ist die Belastung des Einzelnen. Deshalb ist es richtig, mit dem EEG 2014 die Lasten möglichst breit zu verteilen. Dieser Grundsatz spiegelt sich zum einen in der neuen Besonderen Ausgleichsregel wider, die zugleich berücksichtigt, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie nicht gefährdet werden soll. Zum anderen wird mit der Neuregelung zur Eigenversorgung die in letzter Zeit verstärkt zu beobachtende „Flucht aus der EEG-Umlage“ effektiv begrenzt und so eine breite Finanzierungsbasis für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sichergestellt.

Die Besondere Ausgleichsregel wird im Einklang mit den Vorgaben der europäischen Umweltschutz- und Ener-

giebeihilfeleitlinien so fortentwickelt, dass treffsicherer als bislang nur jene Unternehmen begünstigt werden, die in Anbetracht ihrer Stromkosten- und Handelsintensität bei voller Umlagepflicht einem Risiko für ihre internationale Wettbewerbssituation ausgesetzt wären. Bei diesen Unternehmen ist die Begrenzung der EEG-Umlage notwendig, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland zu erhalten. Künftig müssen die betroffenen Unternehmen nachweisen, dass sie einer ganz bestimmten strom- oder handelsintensiven Branche angehören. Diese Branchen sind in den Umweltschutz- und Energiebeihilfeleitlinien aufgelistet und wurden 1:1 in das EEG 2014 übernommen.

In Abhängigkeit der Branchenzugehörigkeit muss ein Unternehmen einen bestimmten Anteil der Stromkosten an seiner Bruttowertschöpfung nachweisen. Um in den Genuss der Begünstigung zu kommen, müssen zudem alle Unternehmen ein Energie- oder Umweltmanagementsystem oder ein alternatives System zur Verbesserung der Energieeffizienz betreiben. Liegen alle Voraussetzungen vor, wird die EEG-Umlage auf 15 Prozent (derzeit ca. 0,94 Cent/Kilowattstunde) begrenzt, wobei jedes Unternehmen für die erste verbrauchte Gigawattstunde die volle Umlage zahlen muss. Der zu zahlende Betrag wird von zwei Seiten „gedeckelt“. Einerseits darf er einen bestimmten Anteil der Bruttowertschöpfung des Unternehmens nicht überschreiten. Andererseits gilt eine Mindestumlage von 0,05 Cent/Kilowattstunde für Unternehmen der Nichteisenmetallbranche wie beispielsweise Kupfer- und Aluminiumhütten und 0,1 Cent/Kilowattstunde für alle übrigen Unternehmen. Die Mindestumlage stellt sicher, dass jedes Unternehmen einen angemessenen Mindestbeitrag zur Finanzierung der EEG-Umlage leistet. Damit ist die reformierte Besondere Ausgleichsregelung ein tragfähiges Gerüst, um die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien angemessen zwischen energieintensiver Industrie auf der einen und Gewerbe, Handwerk, Dienstleistungsunternehmen sowie den privaten Haushalten auf der anderen Seite zu verteilen und dabei Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland zu sichern.

Die Beteiligung der Eigenversorgung an der EEG-Umlage ist der zweite wesentliche Bestandteil beim Thema Verteilungsgerechtigkeit. Bis zum Inkrafttreten des EEG 2014 musste keine EEG-Umlage zahlen, wer eine Erzeugungsanlage betrieb und den darin erzeugten Strom selbst verbrauchte. Hatte dieser sogenannte Selbstverbrauch zum Inkrafttreten des EEG im Jahr 2000 noch eine zu vernachlässigende Bedeutung für die Verteilung der Kosten der Förderung, nimmt das Privileg im Jahr 2014 ein Volumen von etwa zwei Milliarden Euro ein. Gemeinsam mit weite-

ren Befreiungen bei Stromsteuer, Konzessionsabgaben und Netzentgelten spart die Eigenstromerzeugung im Gewerbe zwischen zehn und 15 Cent/Kilowattstunde gegenüber dem Fremdbezug. Dieser enorme Anreiz ist sowohl im Hinblick auf die Finanzierungsgerechtigkeit der Energiewende als auch unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten auf Dauer nicht tragbar. Es ist daher ein wichtiger Schritt, mit dem EEG 2014 neue Eigenversorgungsanlagen an der EEG-Umlage zu beteiligen. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten gilt dies auch für die erneuerbaren Energien: Wer heute eine Photovoltaikanlage kauft und günstig selbst erzeugten Strom verbraucht, profitiert von den massiven Preissenkungen der Anlagen in den letzten Jahren, wobei die zu Beginn noch sehr hohen Kosten der Förderung nach wie vor über die EEG-Umlage finanziert werden müssen. Die Betreiber neuer Eigenversorgungsanlagen sollen daher nicht vollständig aus der noch nicht abgeschlossenen Finanzierung dieser „Lernkurve“ entlassen werden. Daher sieht die im parlamentarischen Verfahren noch einmal wesentlich veränderte Regelung vor, dass die Eigenversorgung aus neuen Anlagen, die mit erneuerbaren Energien oder in hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) betrieben werden, beteiligt wird. In einem gleitenden Einstieg sind für 2014 und 2015 30 Prozent, 2016 35 Prozent und ab 2017 40 Prozent Beteiligung an der EEG-Umlage vorgesehen. Nicht in hocheffizienter KWK betriebene neue konventionelle Anlagen werden von Beginn an mit der vol-





len EEG-Umlage belastet. Bestandsanlagen sowie Kleinanlagen mit höchstens zehn Kilowatt installierter Leistung und höchstens zehn Megawattstunden selbst verbrauchtem Strom pro Jahr bleiben weiterhin befreit. Letzteres ist gerade unter Kostengesichtspunkten sinnvoll, da hier der administrative Aufwand für die Erhebung der EEG-Umlage in keinem adäquaten Verhältnis zu den Einnahmen für das EEG-Konto steht. Um schneller auf mögliche negative Auswirkungen der Neuregelung auf die Wirtschaftlichkeit von KWK-Anlagen reagieren zu können, wurde im parlamentarischen Verfahren das KWK-Gesetz um eine Verordnungsermächtigung zur Anpassung der KWK-Zuschläge ergänzt. Ebenfalls mit Blick auf einen wirtschaftlichen Anlagenbetrieb wurden die Fördersätze für die künftig von der EEG-Umlage erfassten Photovoltaikanlagen mit einer installierten Leistung über zehn Kilowatt leicht erhöht.

Damit ist die Regelung zur Eigenversorgung im EEG 2014 insgesamt ein ausgewogenes Paket, das die fehlgehende massive indirekte Überförderung abbaut und wirksam verhindert, dass die Finanzierungsgrundlage der EEG-Umlage weiter schrumpft, zugleich aber den wirtschaftlichen Betrieb neuer Eigenzeugungsanlagen grundsätzlich ermöglicht.

Das EEG 2014 im europäischen Kontext

Die Reform des EEG wies von Beginn an eine europäische Dimension auf. Im Dezember 2013 leitete die Europäische Kommission ein beihilferechtliches Prüfverfahren zum Fördersystem und zur Begrenzung der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen nach dem EEG 2012 ein. Die Kommission vertritt die Auffassung, dass das deutsche Fördersystem sowie die Besondere Ausgleichsregelung staatliche Beihilfen im Sinne des Europäischen Wettbewerbsrechts sind und deshalb insbesondere die Anforderungen der neuen Umweltschutz- und Energiebeihilfeleitlinien

2014 – 2020 anzuwenden sind. Zwar ist die Bundesregierung in Anlehnung an die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nach wie vor der Auffassung, dass das EEG keine staatliche Beihilfe darstellt, da die Förderung ausschließlich über private Mittel erfolgt und der Staat auf die Einnahmen- und Ausgabenkreisläufe keinen Einfluss hat. Um Rechts- und Investitionssicherheit für die Erneuerbaren-Branche und die stromintensive Industrie zu schaffen, war es gleichwohl notwendig und folgerichtig, die EEG-Reform gegenüber der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission zu notifizieren und frühzeitig in den Dialog einzutreten. Nur so konnte das Ziel erreicht werden, für die betroffenen Akteure rechtzeitig Klarheit über die Vereinbarkeit des neuen Rechtsrahmens mit dem europäischen Beihilferecht zu schaffen. Am 23. Juli 2014 wurde dieser für den weiteren Erfolg der Energiewende zentrale Meilenstein erreicht. Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia genehmigte das EEG 2014 aus beihilferechtlicher Sicht für die Zeit bis zur geplanten Umstellung auf ein Ausschreibungssystem sowie die Besondere Ausgleichsregelung für zehn Jahre. Damit steht fest, dass das Fördersystem sowie die Regelungen zur Begrenzung der EEG-Umlage mit dem Beihilferechtsrahmen vereinbar sind.

Die weitreichendsten Änderungen im Zusammenhang mit den neuen Leitlinien finden sich im bereits angesprochenen Bereich der Besonderen Ausgleichsregelung. Die neue Systematik soll gewährleisten, dass die Begrenzung der Kosten der Förderung passgenau nur für die Unternehmen gewährt wird, die ansonsten einem Risiko für ihre internationale Wettbewerbssituation ausgesetzt wären.

Darüber hinaus wird das EEG stärker in den europäischen Kontext eingebettet. So können in den ab 2015 durchzuführenden Ausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auch Anlagen im europäischen Ausland den Zuschlag erhalten. Dabei muss sichergestellt sein, dass der dort produzierte Strom eine Wirkung auf das deutsche Netz oder den Strommarkt hat, die mit einer Stromproduktion im Bundesgebiet vergleichbar ist. Die Zusammenarbeit mit dem betreffenden Staat ist ferner in einem völkerrechtlichen Vertrag zu regeln, der die Kosten und Nutzen zwischen den Staaten angemessen verteilt und das Prinzip der Gegenseitigkeit wahrt. Mit diesen und weiteren Vorgaben wird gewährleistet, dass die Öffnung des EEG für Freiflächenanlagen im europäischen Ausland für beide Seiten von Nutzen ist und sie einen Beitrag zur Energiewende leistet. Unter dieser Prämisse steht auch die im EEG 2014 angelegte weitere Öffnung des Fördersystems bei der ab 2017 greifenden Ausweitung der Ausschreibungen auf weitere Technologien. Hierzu gibt das EEG 2014 vor, dass mindes-

Abbildung 3: Die Eckpfeiler der EEG-Reform auf einen Blick**Verlässlicher Ausbaukorridor:**

Das reformierte EEG definiert ambitionierte Ausbauziele zum Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch:

- ▶ 40 bis 45 % bis 2025
- ▶ 55 bis 60 % bis 2035
- ▶ mindestens 80 % bis 2050

Diese Ziele werden mit verbindlichen Ausbaupfaden für die wichtigsten Technologien unterlegt. Der Ausbau wird damit planbarer und berechenbarer, um die erneuerbaren Energien besser mit den anderen Bausteinen der Energieversorgung zu verzahnen.

Kosteneffizienz:

Die Förderung wird auf die kostengünstigen Technologien Wind und Solar konzentriert. Der Zubau der Biomasse wird eingeschränkt, da die Technologie teuer ist und nur geringe Kostensenkungspotenziale aufweist. Überförderungen und Boni baut die EEG-Reform konsequent ab.

Marktintegration:

Das neue EEG führt die Anlagenbetreiber weiter an den Markt heran. Statt „produce and forget“ sind nun Direktvermarktung und Nachfrageorientierung das Leitbild. Strom aus neuen Anlagen (über 500 kW bis 2016 und über 100 kW ab 2016) muss künftig selbst vermarktet werden, um eine Förderung zu erhalten. Ab 2017 wird zudem die Förderung wettbewerblich über Ausschreibungen bestimmt, um die kostengünstigsten Projekte der jeweiligen Technologie zu realisieren. Pilotausschreibungen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen stellen ab 2015 sicher, dass die notwendigen Erfahrungen mit diesem neuen Instrument gesammelt werden.

Verteilung der Kosten:

Die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien werden breiter verteilt, so dass alle angemessen an der Finanzierung beteiligt werden. Energieintensive Unternehmen werden bei der EEG-Umlage nur noch dann begünstigt, wenn sie ansonsten einem Risiko für ihre internationale Wettbewerbssituation ausgesetzt wären und dies erforderlich ist, damit Wohlstand und Arbeitsplätze hierzulande nicht gefährdet werden. Wer seinen Strom als Eigenversorger selbst produziert, wird künftig ebenfalls angemessen an der EEG-Umlage beteiligt. Dabei gilt Bestandsschutz für bestehende Eigenversorgungsanlagen.

Quelle: BMWi

tens fünf Prozent der jährlichen installierten Leistung europaweit ausgeschrieben werden.

Die nächsten Schritte

Das EEG 2014 stellt die Förderung der erneuerbaren Energien auf ein neues Fundament. Dieses wird sich mit Blick auf die Herausforderungen der Energiewende national und auf europäischer Ebene als tragfähig und zukunftsfest erweisen. Auch wenn es damit ein echtes und grundlegendes Reformgesetz ist, schließt es die Entwicklung nicht ab, sondern legt den nächsten großen Schritt selbst an. Ab 2017 soll die Förderung der erneuerbaren Energien im Stromsektor auf Ausschreibungen umgestellt werden. Zur Umsetzung wird es 2016 eine weitere Novellierung des EEG geben.

Auch in den anderen Handlungsfeldern der Energiewende wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ebenso konsequent die nächsten Schritte einleiten. Welche Maßnahmen notwendig sind, um angesichts steigender Mengen fluktuierender erneuerbarer Energien die Versorgungssicherheit durch den Strommarkt dauerhaft zu gewährleisten, wird derzeit mit einem „Grünbuch“ vorbereitet. Dieses wird in einem transparenten Konsultationsprozess mit allen relevanten Akteuren diskutiert. Ihm folgt ein „Weißbuch“ mit konkreten Vorschlägen, die dann

gesetzgeberisch umgesetzt werden. Bei den Verteilernetzen wird derzeit der Um- und Ausbaubedarf im Hinblick auf die Anforderungen der Energiewende ermittelt. Die regulatorischen Bedingungen hierfür sollen durch die Weiterentwicklung der Anreizregulierungsverordnung investitionsfreundlicher gestaltet werden. Außerhalb des Stromsektors wird die Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende mit einem Nationalen Aktionsplan gestärkt und ausgebaut. Im Gebäudebereich wird eine ganzheitliche Gebäudestrategie für 2015 vorbereitet, die den Strom-, Wärme- und Effizienzbereich integriert. Damit sind nur einige der zentralen Vorhaben der Energiewende im Rahmen der „10-Punkte-Energie-Agenda“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie angesprochen, die den Fahrplan für die kommende Phase der Energiewende vorgibt und die einzelnen Handlungsfelder inhaltlich und zeitlich miteinander verzahnt.

Mehr zur EEG-Reform unter



<http://bit.ly/EEG-Reform>

Kontakt: Hanna Schumacher und Jens Lukas
Referat: Übergreifendes Energierecht, Erneuerbare-Energien-Gesetz

Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung

Bessere Wechselmöglichkeiten ohne Nebenwirkungen

Der Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung ist bislang beschränkt. Die Reform der privaten Krankenversicherung im Jahr 2009 hat die Wechselmöglichkeiten der Versicherten verbessert, könnte aber langfristig den versicherungsmäßigen Ausgleich gefährden. Eine Lösung, die Wettbewerb ohne Nebenwirkungen ermöglicht, wäre die Übertragung von risikogerechten Beträgen. Damit könnte der Wettbewerb bei den privaten Krankenversicherungen gestärkt werden – zum Wohle der Versicherten.



Eingeschränkte Wechselmöglichkeiten

Bis zum Jahr 2009 war ein Anbieterwechsel für die in einer privaten Krankenversicherung (PKV) Versicherten sehr kostspielig. Insbesondere für ältere Menschen oder Personen mit kostenintensiven Erkrankungen hätte ein Wechsel deutlich höhere Prämien bedeutet. Mit der Gesundheitsreform im Jahr 2009 wurde eine Verbesserung der Wechselmöglichkeiten für privat Krankenversicherte erreicht, da die Versicherten nunmehr einen Teil ihrer Alterungsrückstellungen bei einem Anbieterwechsel in ein anderes Unternehmen mitnehmen können. Dennoch bleiben solche Wechsel schwierig.

Der Grund für die eingeschränkten Wechselmöglichkeiten liegt darin, dass die Prämien in der privaten Krankenversicherung als lebenslang konstante Beträge berechnet werden.

Dieser Kalkulation liegt die – fiktive – Annahme zugrunde, dass die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben der einzelnen Altersklassen konstant bleiben. Beispielsweise wird unterstellt, dass ein heute 30-Jähriger in 30 Jahren im Durchschnitt die gleichen Gesundheitsausgaben verursachen wird wie ein heute 60-Jähriger.

Auf Grundlage der durchschnittlichen Ausgaben der älteren Jahrgänge wird die Prämie eines neu in die Versicherung eintretenden Versicherten berechnet. Dadurch sind die Prämien in jungen Jahren höher als die durchschnittlichen Ausgaben und aus dieser Differenz werden die sogenannten Alterungsrückstellungen gebildet. In höherem Alter, wenn die Prämien niedriger sind als die durchschnittlichen Ausgaben, werden diese Alterungsrückstellungen dann schrittweise wieder aufgelöst.

Tatsächlich bleiben die Prämien allerdings nicht das gesamte Leben konstant, sondern steigen mit zunehmendem Alter an. Das liegt daran, dass die Annahme von im Zeitablauf konstanten Ausgaben in den einzelnen Altersklassen in der Realität nicht zutrifft – die heute 30-Jährigen könnten in 30 Jahren z. B. infolge neuer Behandlungsmethoden wahrscheinlich deutlich höhere durchschnittliche Gesundheitsausgaben verursachen als die heute 60-Jährigen. Dennoch gilt das Prinzip, dass die Prämie zunächst höher ist als die erwarteten Ausgaben und in höherem Alter niedriger als die durchschnittlichen Ausgaben.

Diese Art der Prämienkalkulation ist den Krankenversicherungen vorgeschrieben. Sie hat zwei Vorteile:

1. Der Anstieg der Prämien mit zunehmendem Alter wird gedämpft („Rentenversicherung in der Krankenversicherung“).
2. Sie ermöglicht den versicherungsmäßigen Ausgleich zwischen Personen mit hohen gesundheitlichen Risiken und solchen, deren Risiko niedrig bleibt. Dieser Ausgleich ist der eigentliche Sinn einer Risikoversicherung.

Entspräche die Prämie den durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Altersklasse, so hätten die Versicherten mit unterdurchschnittlichem Risiko einen Anreiz, die Versicherung zu verlassen, da die Prämien für sie zu hoch kalkuliert wären – ihre erwarteten Ausgaben liegen ja unter dem Durchschnitt. Bei der lebenslang konstant kalkulierten Prämie ist dies nicht der Fall, da die Prämien im höheren Alter durch Abbau der Alterungsrückstellungen niedriger gehalten werden. Selbst wenn die niedrigen Risiken später die Versicherung verlassen, so hätte dies keinen Nachteil für die höheren Risiken, wenn die Alterungsrückstellungen zurückbleiben und damit die Ausgaben finanziert werden können. Der später erforderliche Risikoausgleich wird also durch die Bildung von Alterungsrückstellungen vorfinanziert.

So wichtig die Bildung von Alterungsrückstellungen und ihr Verbleib bei der ursprünglichen Versicherung für den Risikoausgleich sind, so schädlich ist dieses Arrangement für den Wettbewerb. Maximal in den ersten fünf Jahren nach Eintritt in eine private Krankenversicherung und nur, wenn keine relevanten Erkrankungen auftreten, ist ein Wechsel des Versicherungsanbieters ohne größere finanzielle Verluste möglich. Der Wettbewerb beschränkt sich damit faktisch auf Neuabschlüsse, obwohl die Beziehung zwischen Versicherungsnehmer und Krankenversicherungsunternehmen 70 Jahre und länger andauern kann. Hat der Versi-



cherte beim Eintritt in die Versicherung eine für ihn ungünstige Entscheidung getroffen oder verschlechtern sich die Leistungen des Versicherungsunternehmens im Zeitablauf, so findet er praktisch keine adäquate Ausweichmöglichkeit, da er bei einem Wechsel eine deutlich höhere Prämie zahlen müsste.

Die Anreize für die Versicherer, die Qualität der Versorgung für ältere Versicherte zu steigern, sind entsprechend gering. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die privaten Krankenversicherer – im Gegensatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – vom Gesetzgeber kaum Möglichkeiten erhalten haben, die Gesundheitsversorgung z. B. über Selektivverträge mit bestimmten Leistungserbringern zu gestalten. Würden sie über diese Möglichkeiten verfügen, so könnten sie zumindest theoretisch die eingeschränkten Wechselmöglichkeiten der Versicherten ausnutzen und die Qualität der Versorgung vermindern. Die beschränkten Möglichkeiten zur Steuerung der Versorgung führen aber auch dazu, dass die private Assekuranz die Kostenentwicklung nur begrenzt beeinflussen kann und damit kaum Spielräume zur Dämpfung der Prämienentwicklung bestehen.



Übertragung risikounabhängiger Beträge ist keine Lösung

Auf den ersten Blick liegt es nahe, einem Versicherten bei einem Anbieterwechsel dessen durchschnittliche altersspezifische Rückstellung „mitzugeben“. Dadurch entstünden aber neue Probleme: Dieser durchschnittliche, vom individuellen Risiko unabhängige Betrag, wäre „zu hoch“ für Personen mit niedrigem Krankheitskostenrisiko. Sie könnten bei einer vergleichbaren Versicherung bei Mitgabe eines solchen Betrages eine niedrigere Prämie erhalten als zuvor. Für Versicherte mit hohem Risiko wäre dieser Betrag hingegen „zu niedrig“. Sie könnten auch bei Mitgabe der durchschnittlichen Alterungsrückstellung nicht ohne Nachteile wechseln, da die aufnehmende Versicherung eine höhere Prämie verlangen würde. Der Betrag wäre nur für Versicherte mit exakt durchschnittlichem Risiko zutreffend. In einer solchen Situation würden Personen mit niedrigen Risiken unter Mitnahme zu hoher Beträge den Anbieter wechseln, diejenigen mit höheren Risiken würden beim bisherigen Versicherer verbleiben. Dort müssten sie allerdings mit stark steigenden Prämien rechnen, da die von den niedrigen Risiken gebildeten Alterungsrückstellungen nicht mehr zur Deckung der Ausgaben zur Verfügung stünden.

In der Folge hätten dann von den verbliebenen Versicherten diejenigen mit den nächstniedrigsten Risiken ebenfalls einen Anreiz zu wechseln usw. Dieser Prozess wird bisweilen auch als „Todesspirale“ bezeichnet. Im Ergebnis käme es zu einer Entmischung der Risiken, und die eigentliche

Funktion der Versicherung – der Risikoausgleich – würde zerstört.

Durchschnittliche Alterungsrückstellungen werden in der PKV gegenwärtig nicht übertragen. Seit der Gesundheitsreform im Jahr 2009 wird aber in neu abgeschlossenen Verträgen der sogenannte Übertragungswert bei einem Wechsel des Unternehmens mitgegeben. Dieser Übertragungswert entspricht der durchschnittlichen Alterungsrückstellung der jeweiligen Altersklasse im Basistarif. Der Basistarif muss von jedem privaten Krankenversicherungsunternehmen angeboten werden. Er deckt in etwa die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ab und darf maximal so viel kosten wie der Höchstbeitrag in der GKV. Versicherte mit mittlerem und eher niedrigem Einkommen zahlen oft deutlich mehr, als sie in der GKV für vergleichbare Leistungen zahlen müssten.

Bei Versicherungsverträgen mit sehr umfangreichen Leistungen dürfte es daher selbst für Personen mit niedrigem Risiko nicht attraktiv sein, unter Mitgabe dieses Übertragungswertes zu einem anderen Versicherer zu wechseln.

Anders ist die Situation in Tarifen mit Leistungen, die nicht weit über denen der gesetzlichen Krankenversicherung liegen. Mit dem Übertragungswert kann es für Versicherte mit niedrigem Krankheitskostenrisiko interessant sein, zu einem anderen Unternehmen zu wechseln. Die verbliebenen Versicherten mit höheren Risiken müssen dann höhere Prämien zahlen.

Dieser Prozess der Entmischung von Risiken ist momentan noch nicht in erheblichem Umfang nachweisbar, da es eine gewisse Zeit dauert, bis sich die Personen mit niedrigen Risiken ihrer Wechselmöglichkeiten bewusst werden und sich eine mögliche Verschlechterung des Risikopools auf die Prämien auswirkt. Benachteiligt könnten in Zukunft insbesondere Selbstständige und Beamte mit chronischen Erkrankungen und eher geringem Einkommen sein, die sich für weniger umfangreiche Versicherungstarife entschieden haben.

Auch die Altverträge, in denen keine Übertragung vorgesehen ist, sind nicht vollständig vor der Entmischung von Risiken geschützt. Versicherte können jederzeit in den Basistarif ihres Unternehmens wechseln und von dort unter Mitnahme des Übertragungswertes in den Basistarif eines anderen Unternehmens – und dort wiederum einen anderen Tarif der aufnehmenden Versicherung wählen.

Übertragung individuell risikogerechter Beträge als Alternative

Eine Entmischung der Risiken kann vermieden werden, wenn den wechselnden Versicherten ein Betrag mitgegeben wird, der ihrem individuellen Risiko entspricht. Niedrigen Risiken würde also eine niedrigere Alterungsrückstellung und hohen Risiken eine hohe Alterungsrückstellung mitgegeben. Theoretisch exakt wäre es, wenn die abgebende Versicherung dem Wechsler den Barwert der erwarteten Gesundheitsausgaben abzüglich des Barwertes der zukünftig erwarteten Prämieinnahmen mitgeben würde. Das ist der Betrag, den der Versicherte die Versicherung „unter dem Strich“ noch kosten wird, wenn er nicht wechselt. Erwartet die Versicherung beispielsweise, dass ein Versicherter sie bis zum Ende seines Lebens noch 100 Geldeinheiten kosten wird und er noch 70 Geldeinheiten an Prämien zahlen wird, so könnte sie ihm einen Betrag von 30 Geldeinheiten mitgeben. In der Summe müssen die den einzelnen Versicherten zugeordneten Beträge der Summe der bis dahin angehäuften Prämienüberschüsse entsprechen, damit die Versicherung ihre Kosten decken kann.

Eine vergleichbare Versicherung könnte unter Mitgabe dieses Betrags und bei ähnlicher Risikoeinschätzung dem Wechsler die gleiche Prämie anbieten wie die abgebende Versicherung. Für die abgebende Versicherung ergäbe sich, unabhängig davon, ob ein Versicherter mit hohem oder

niedrigem Risiko wechselt, kein Nachteil, da der mitgegebene risikogerechte Betrag den Risikounterschieden Rechnung trägt.

Es ist aus theoretischer Sicht unbestritten, dass die Übertragung risikogerechter Alterungsrückstellungen einen umfassenden Wettbewerb in der PKV ermöglichen würde, ohne den Risikoausgleich zu gefährden. Kritiker dieses Konzepts bezweifeln aber seine praktische Umsetzbarkeit.

Ein häufig vorgebrachtes Argument gegen den dargestellten Ansatz ist, dass abgebende Versicherer einen Anreiz haben, die Mitgabe für potenzielle Wechsler zu niedrig anzusetzen. Dies ist sicherlich zutreffend, sofern keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden. Inzwischen liegen aber verschiedene Vorschläge vor, wie dieses Problem gelöst werden kann. Der prominenteste Vorschlag ist die Summenregel (vgl. z. B. Eekhoff et al., 2008¹). Sie besagt, dass die Summe aller den Versicherten zugewiesenen individuell risikogerechten Beträge der Summe der von diesen Versicherten gebildeten Alterungsrückstellungen entsprechen muss. Würde ein Versicherungsunternehmen einem Versicherten bei Gültigkeit der Summenregel einen zu niedrigen Betrag zuweisen, so müsste sie automatisch einem anderen Versicherten einen zu hohen Betrag zuweisen, da die Summe aller Beträge ja feststeht. Der Versicherte mit dem zu hohen



1 Eekhoff, Johann; Bünnagel, Vera; Kochskämper, Susanna; Menzel, Kai (2008): Bürgerprivatversicherung: Ein neuer Weg im Gesundheitswesen. Mohr Siebeck.



Betrag könnte dann aber bei einer anderen Versicherung eine niedrigere Prämie erhalten und die abgebende Versicherung hätte sich durch Mitgabe eines zu hohen Betrages selbst geschädigt. Bei Gültigkeit der Summenregel hätten also alle Versicherungen einen Anreiz, die risikogerechten Beträge nach bestem Wissen zuzuweisen.

Aktuarielle Umsetzung möglich

Das zweite, häufig genannte Argument gegen die Übertragung risikogerechter Beträge ist die Behauptung, dass der Vorschlag sich nicht mit den Kalkulationsprinzipien der privaten Krankenversicherung vereinbaren lasse. Rosenbrock² zeigt jedoch dezidiert, dass sich die Übertragung risikogerechter Beträge mit nur geringfügigen Modifikationen in die Kalkulation in der PKV einpassen lässt.³

Kasten 1: Was bedeutet „aktuariell“?

Aktuare sind wissenschaftlich ausgebildete Sachverständige, die im Versicherungswesen, im Bausparwesen oder der Altersversorgung auf Grundlage mathematisch-statistischer Methoden eine Modellierung, Bewertung und Steuerung von Risiken vornehmen. „Aktuariell“ bedeutet daher „versicherungsmathematisch“. Nach § 12 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) haben „substitutive“, d. h. private Krankenversicherungen einen Verantwortlichen Aktuar zu bestellen, der zuverlässig und fachlich geeignet sein muss. Der Verantwortliche Aktuar muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vor Bestellung benannt und kann nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats des Versicherungsunternehmens ernannt und entlassen werden (§ 11a Abs. 2 und 2a VAG).

2 Rosenbrock, Stephan (2012): Die risikogerechte Übertragung von Alterungsrückstellungen in der Privaten Krankenversicherung. Verlag Versicherungswirtschaft.

3 Für eine exemplarische Darstellung der Zusammenhänge vgl. Menzel, Kai (2014): Der Wechsel ist möglich. Aktuarielle Umsetzung von Portabilität in der privaten Krankenversicherung, in: Eekhoff, Tholen; Roth, Stefan: Grenzgänge zwischen Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik. Lucius & Lucius, S. 71 – 92.

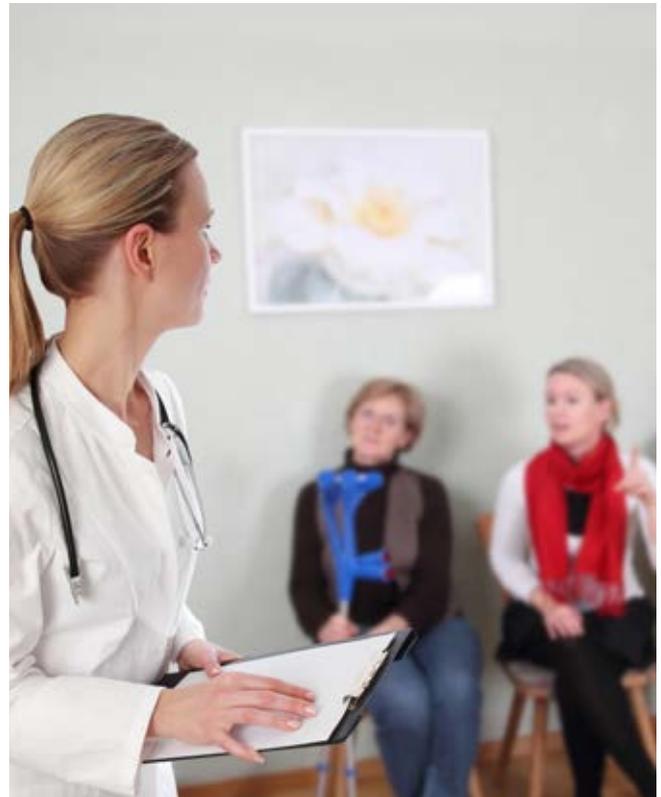
Für das Verständnis dieses Konzepts ist die Bedeutung der beiden Faktoren Lebensalter und Alter beim Eintritt in die private Versicherung für die zu zahlende Prämie entscheidend. Mit zunehmendem Lebensalter steigt normalerweise die Prämie in der PKV, da die Gesundheitskosten pro Kopf steigen und dieser Anstieg nicht in der ursprünglich kalkulierten, lebenslang konstanten Prämie berücksichtigt ist (siehe oben). Die zu zahlende Prämie steigt auch mit zunehmendem Eintrittsalter in die Versicherung. Bei höherem Eintrittsalter fallen Versicherungsjahre mit normalerweise geringen Ausgaben weg und es verbleibt weniger Zeit zum Aufbau von Alterungsrückstellungen. Lebens- und Eintrittsalter sind damit die entscheidenden Faktoren zur Bestimmung der von einem Versicherten für die Leistungen eines Tarifs zu zahlenden Prämie.

Die zentrale Idee von Rosenbrock² besteht darin, dass die aufnehmende Versicherung einem Wechsler ein fiktives Eintrittsalter zuordnen kann. Angenommen, einer aufnehmenden Versicherung erscheint die dem Lebensalter und ursprünglichen Eintrittsalter des Wechslers entsprechende Prämie angesichts des von ihm mitgebrachten Betrages zu hoch. In diesem Fall kann die aufnehmende Versicherung dem Wechsler ein fiktives Eintrittsalter zuordnen, das niedriger ist als das tatsächliche Eintrittsalter bei der abgebenen Versicherung. Das niedrigere fiktive Eintrittsalter geht in der Regel auch mit einer niedrigeren Prämie einher.

Politischer Handlungsbedarf

Die Übertragung risikogerechter Beträge ist sinnvoll und aktuariell möglich. Sie würde auch eine gute Grundlage für die Behandlung von bereits heute praktizierten Wechseln zwischen verschiedenen Tarifen innerhalb eines Versicherungsunternehmens bieten. Ferner könnten in diesem Zusammenhang die Gestaltungsmöglichkeiten der Versicherer ausgeweitet werden, z. B. beim Abschluss von Selektivverträgen.

Selbst wenn man unterstellt, dass der Wettbewerb unter Mitgabe von risikogerechten Beträgen nicht problemlos funktioniert – wofür es keine theoretischen Anhaltspunkte gibt – wäre er in jedem Fall eine konsequente Weiterentwicklung der gegenwärtigen Situation, in der risikounabhängige Alterungsrückstellungen übertragen werden. Sobald die Versicherer die mitgegebenen Alterungsrückstellungen nur ansatzweise nach dem Risiko differenzieren können, wird die Gefahr der Unterminierung des Risikoausgleichs vermindert. In einem ersten Schritt könnten z. B. die im Rahmen der Summenregel zuzuteilenden individuellen



Altersrückstellungen auf die Summe der heutigen Übertragungswerte beschränkt werden. Dann könnten die Versicherer durch entsprechende Differenzierung der individuell zugeteilten Alterungsrückstellung verhindern, dass die Abwanderung von Menschen mit niedrigen Risiken den versicherungsmäßigen Ausgleich gefährdet. Im Ergebnis könnten die Wechselmöglichkeiten, zumindest für Versicherte mit minderschweren Erkrankungen, verbessert werden.

Kontakt: Kai Menzel

Referat: Wirtschaftspolitische Fragen der Gesundheitspolitik und Sozialordnung

Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft

Bundesregierung will EITI-Mitglied werden

Die Bundesregierung hat die Kandidatur Deutschlands bei der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) eingeleitet und Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, zum EITI-Sonderbeauftragten bestellt. EITI ist eine freiwillige internationale Initiative für Transparenz im Rohstoffsektor. Sie verfolgt das Ziel, globale Standards für die Transparenz von Zahlungsströmen zwischen Staaten und ihren rohstoffgewinnenden Unternehmen zu schaffen.



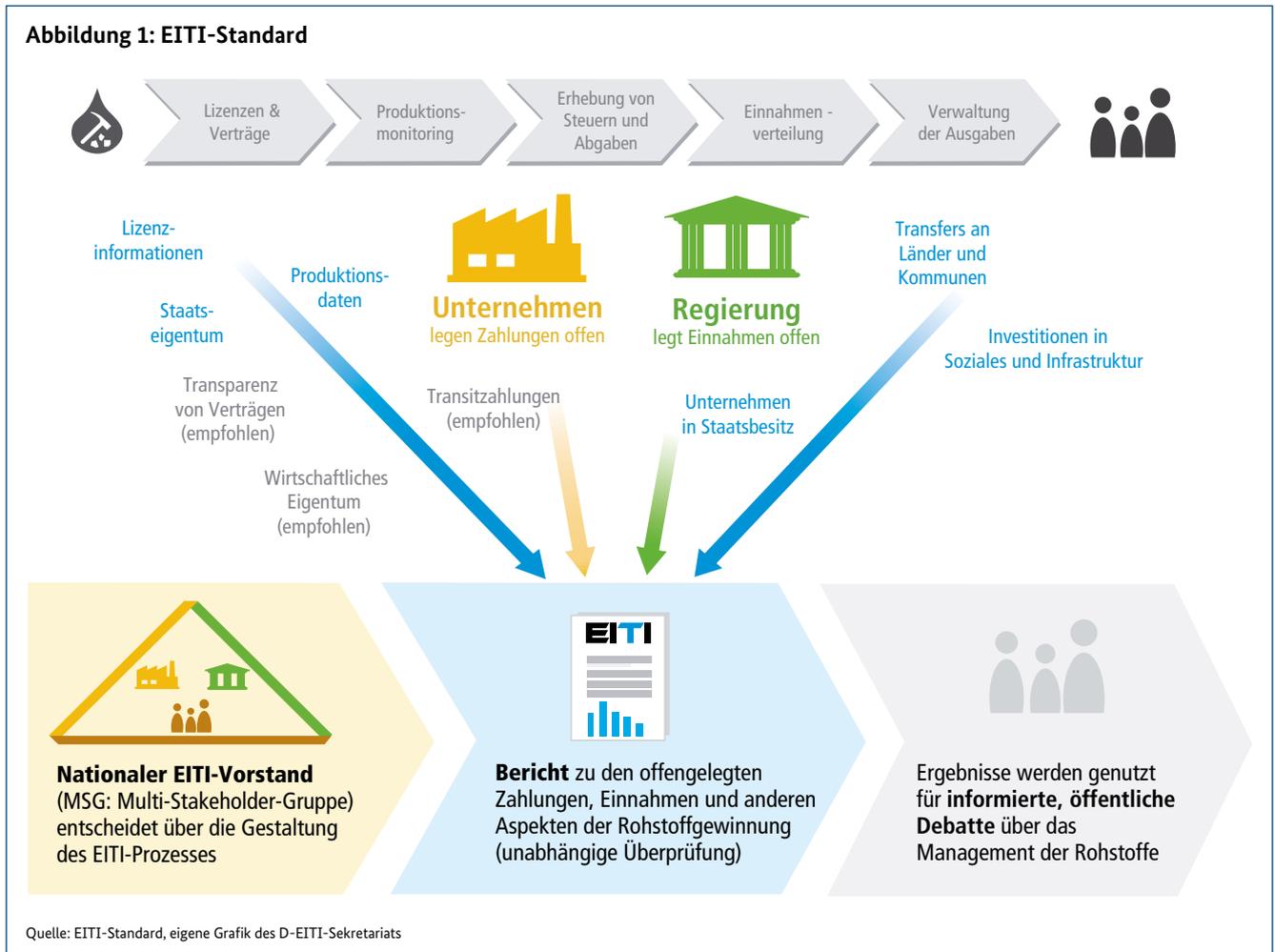
Die insbesondere auf Entwicklungs- und Schwellenländer ausgerichtete Initiative soll dazu beitragen, dass die Erlöse aus dem natürlichen Ressourcenreichtum eines Landes der Bevölkerung zugutekommen. Informationen über Zahlungen der rohstoffgewinnenden Unternehmen und entsprechende Einnahmen des Staates sollen daher transparent und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Deutschland hat die seit 2003 bestehende Transparenzinitiative bereits bisher politisch und finanziell unterstützt. Mit dem geplanten EITI-Beitritt wird jetzt ein wichtiges politisches Signal gesetzt, um – gemeinsam mit den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien – Entwicklungs- und Schwellenländer im gemeinsamen Kampf gegen Korruption und für Transparenz und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit Rohstoffgeschäften zu stärken.

Standard für faire Spielregeln in der Rohstoffwirtschaft

Derzeit haben sich weltweit 45 Staaten dazu verpflichtet, EITI zu implementieren. Je mehr Staaten EITI-Mitglied werden, desto größer werden die Chancen für weltweit faire Spielregeln („Level Playing Field“) in der rohstoffgewinnenden Industrie. Auch für den deutschen Rohstoffsektor bietet die Einführung des international erfolgreichen EITI-Modells neue Chancen für mehr Transparenz und schafft einen Rahmen für den Dialog zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen.

Mit der öffentlichen Erklärung der Bundesregierung wurde der Kandidaturprozess Deutschlands offiziell eröffnet. Entsprechend den EITI-Standards wird die Bundesregierung

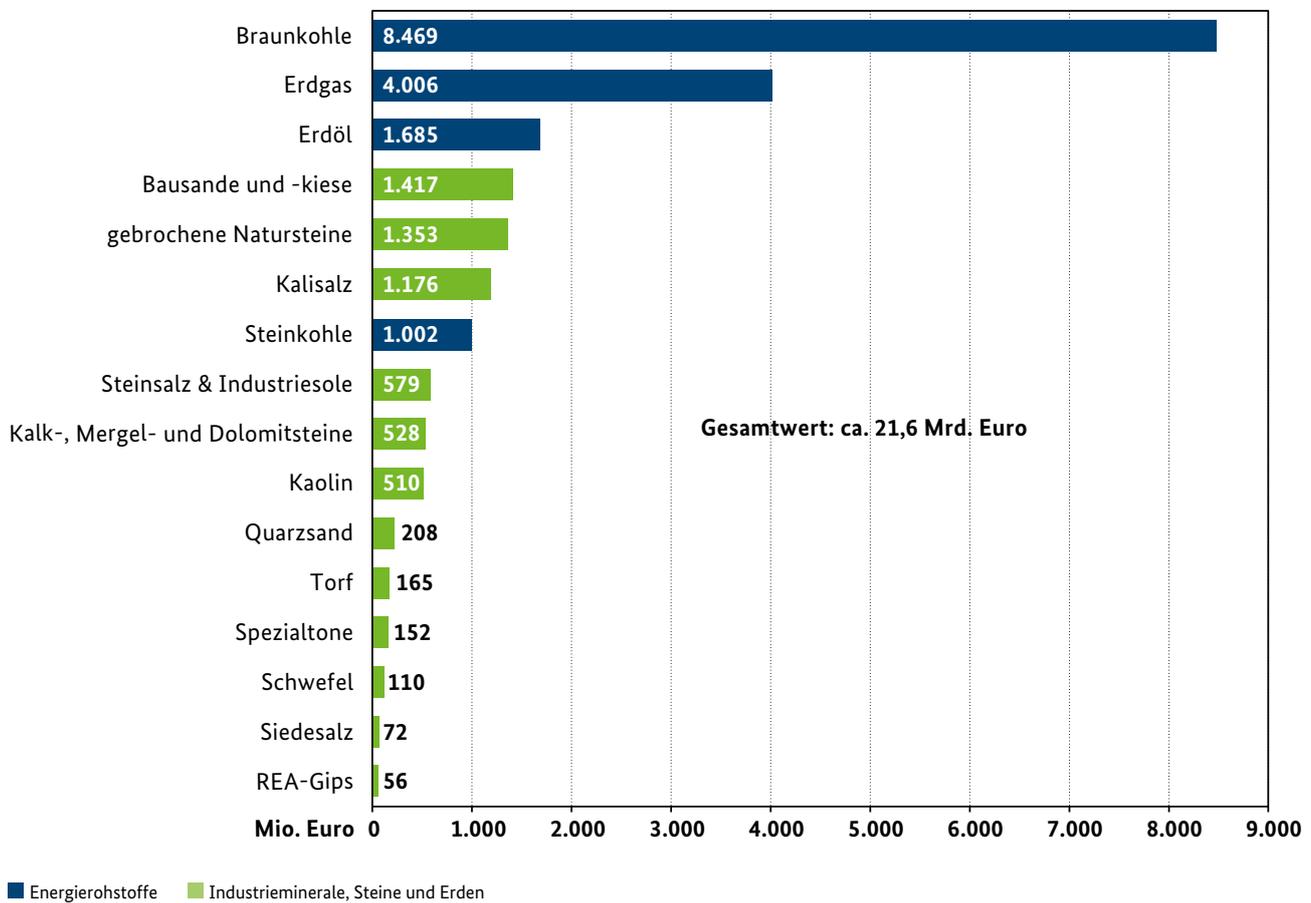


zunächst einen EITI-Vorstand für Deutschland (D-EITI) einrichten. Dabei handelt es sich um eine aus Vertretern der Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft paritätisch besetzte Multi-Stakeholder-Gruppe. Dieses nationale Gremium wird in den kommenden Monaten den EITI-Anwendungsbereich für Deutschland definieren (vgl. Abb. 1). Voraussichtlich 2015 werden mit der anschließenden Vorlage eines Arbeitsprogramms die Voraussetzungen für die Einreichung der Kandidatur erfüllt sein, über deren Annahme der internationale EITI-Vorstand entscheidet. Vorsitzende des Vorstands ist die frühere britische Ministerin für Internationale Entwicklung, Clare Short, die in dieser Funktion Nachfolgerin des Gründungsvorsitzenden Peter Eigen ist.

Nach Annahme der Kandidatur ist innerhalb von 18 Monaten der erste EITI-Bericht vorzulegen, der von der Multi-Stakeholder-Gruppe gebilligt sein muss. Die Berichte sollen alle wesentlichen Zahlungen von Öl-, Gas- und Bergbauun-

ternehmen an die Regierung beinhalten und die Staatseinnahmen aus der rohstoffgewinnenden Industrie offenlegen. Zusätzlich sollen die Berichte Kontextinformationen zu den rohstoffgewinnenden Industrien enthalten. Hierzu zählen u. a. die Darstellung des Rechtsrahmens und des Steuer- und Abgabensystems, dem die rohstoffgewinnende Industrie unterliegt, sowie Produktionsdaten, Lizenzvergaben und der volkswirtschaftliche Beitrag dieses Industriebereichs.

Informationen aus der Berichterstattung im Rahmen D-EITI werden voraussichtlich ab 2016 verfügbar sein. Der Gesamtwert der in Deutschland produzierten Rohstoffe belief sich im Jahre 2012 auf ca. 21,6 Milliarden Euro (vgl. Abb. 2). Dabei war die Braunkohle mit ca. 8,5 Milliarden Euro der mit Abstand bedeutendste heimische Rohstoff, gefolgt von Erdgas, Erdöl, Kiesen und Sanden, gebrochenen Natursteinen und Kalisalzen.

Abbildung 2: Wert der in Deutschland produzierten Rohstoffe im Jahr 2012

Quellen: BGR

Die Vorbereitungen zu EITI in Deutschland haben begonnen

Als EITI-Sonderbeauftragten hat die Bundesregierung den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, bestellt. Nächster Schritt ist ein Transparenzgipfel am 26. November 2014.

Zur Vorbereitung der einzurichtenden Multi-Stakeholder-Gruppe hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Juli 2014 zwei Runde Tische mit Vertretern der rohstoffgewinnenden Unternehmen und der Zivilgesellschaft organisiert. Als Nächstes formulieren die Interessengruppen ihre Erwartungen und benennen Persönlichkeiten, die in der Multi-Stakeholder-Gruppe mitarbeiten werden. Weitere Informationen sind verfügbar unter:

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie führt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) das Sekretariat der „Multi-Stakeholder-Gruppe“ und steht als Ansprechpartner für die unterschiedlichen Interessengruppen zur Verfügung. Kontakt: sekretariat@D-EITI.de.

Kontakt: Dr. Silke Albin
Referat: Internationale Rohstoffpolitik



www.D-EITI.de

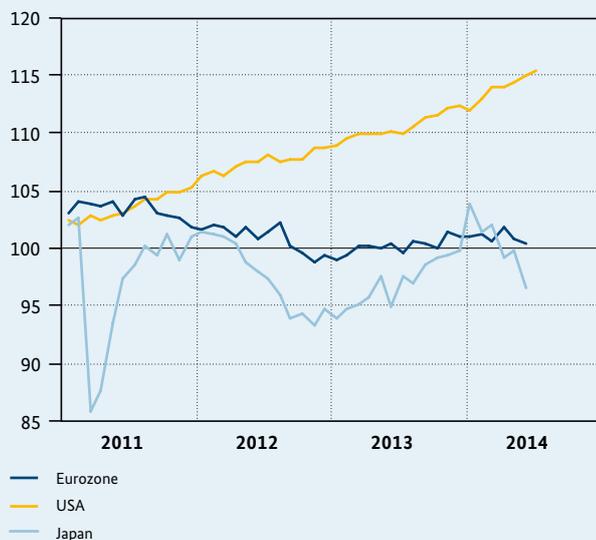
II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Nur allmähliche Belebung.

Die Weltkonjunktur setzt ihren Kurs der allmählichen Belebung fort.¹ Die schwache Entwicklung zu Jahresbeginn ist überwunden. Sie war maßgeblich auf den vorübergehenden, witterungsbedingten Konjunkturrückschlag der US-Wirtschaft zurückzuführen. Nun kommen die zyklischen Auftriebskräfte wieder stärker zum Tragen. Sie werden vornehmlich in den Industriestaaten unterstützt durch die stark akkommodierenden Geld- und die weniger restriktiven Fiskalpolitiken. Die maßgeblichen konjunkturellen Impulse werden daher weiterhin von den Industriestaaten, allen voran den USA, erwartet. Die Grunddynamik der Industriestaaten dürfte sich allerdings zunächst nur wenig beschleunigen. Dies signalisiert z. B. der Composite Leading Indicator für die OECD-Staaten, der sich seit dem im November 2013 erreichten hohen Niveau bis zuletzt im Juni seitwärts bewegt. Dies liegt nicht zuletzt an der weiterhin zögerlichen Entwicklung im Euroraum. Neben der Bewältigung struktureller Herausforderungen sorgen hier gegenwärtig zusätzlich die geopolitischen Entwicklungen für Verunsicherung. Die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern bleibt angesichts weiterhin bestehender struktureller Probleme und der ungünstigeren Finanzierungsbedingungen in diesen Ländern vorerst gedämpft.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Vor diesem Hintergrund und angesichts des schwachen Einstiegs hat der IWF in einem Prognose-Update von Ende Juli seine Prognose des Welt-BIPs für das Jahr 2014 etwas auf 3,4% nach unten korrigiert. Für das Jahr 2015 geht er weiterhin von einem Wachstum von 4,0% aus. Er weist außerdem auf Abwärtsrisiken hin.

USA: Durch Nachholeffekte starkes zweites Quartal.

Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Im zweiten Quartal erhöhte sich ihr BIP unterstützt durch Nachholeffekte kräftig um annualisiert 4,0%. Dies war teilweise eine Reaktion auf den Rückgang des BIP im ersten Quartal um annualisiert 2,1%. Dieser war vornehmlich auf witterungsbedingte Produktionsbehinderungen zurückzuführen. Die größten Wachstumsbeiträge kamen im zweiten Quartal von den privaten Konsumausgaben und den Investitionen, zu denen auch ein Lageraufbau beitrug. Der private Konsum wird durch die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts gestützt, wobei sich die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft im Juli um 209.000 erhöhte. Die Arbeitslosenquote stieg gleichzeitig saisonbereinigt gegen den Trend auf 6,2%. Die Industrie konnte im Juli ihren Aufwärtstrend bei der Produktion fortsetzen. Das ISM-Geschäftsklima in der Industrie kletterte im Juli auf ein neues Jahreshoch. Der Anstieg der Verbraucherpreise verblieb im Juni bei einer Jahresrate von 2,1%. Angesichts des schwachen Einstiegs hat der IWF seine Prognose des BIP-Wachstums für das Jahr 2014 auf +1,7% gesenkt. Die Prognose für das Jahr 2015 beließ er bei +3,0%.

Japan: Fortsetzung der Erholung nach Einbruch im zweiten Quartal.

Das japanische Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal kräftig um 1,7% gegenüber dem Vorquartal eingebrochen. Dies war die erwartete Reaktion auf die Vorzieheffekte im ersten Quartal, die durch die Anhebung der Verbrauchsteuer Anfang April von 5 auf 8% ausgelöst wurde. Im ersten Quartal war das BIP um 1,5% gewachsen. Die Unternehmen erwarten laut dem TANKAN-Bericht eine Fortsetzung des Wachstums im dritten Quartal. Wie stark die Erholung nach dem Einbruch im zweiten Quartal ausfällt,

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2014 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q2	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2
Euroraum	0,3	0,1	0,3	0,2	0,0
USA	0,4	1,1	0,9	-0,5	1,0
Japan	0,9	0,4	0,0	1,5	-1,7

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	11,7	11,6	11,6	11,5	-
USA	6,7	6,3	6,3	6,1	6,2
Japan	3,6	3,6	3,5	3,7	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	0,5	0,7	0,5	0,5	0,4
USA	1,5	2,0	2,1	2,1	-
Japan	1,6	3,4	3,7	3,6	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

bleibt abzuwarten. Die Industrieproduktion und die Bestellungen schwächten sich im zweiten Quartal merklich ab (-3,8% bzw. -7,8%). Während sich die Lagekomponenten der Economy Watchers Survey des japanischen Cabinet Office im Juni und Juli wieder aufhellten, gaben die Erwartungskomponenten dieser Umfrage bereits wieder nach. Fiskalpolitische Impulse wie die geplante Senkung der Gewerbesteuer sollen für eine anhaltende Belebung der Investitionen sorgen. Die Jahresrate der Verbraucherpreise sprang im Zuge der Anhebung der Verbrauchsteuern auf 3,6% im Juni. Insgesamt spricht die Mehrheit der Indikatoren für eine kräftige Erholung im dritten Quartal bei einer mäßigen konjunkturellen Grunddynamik. Die OECD rechnet für die Jahre 2014 und 2015 mit einem BIP-Wachstum von 1,2% bzw. 1,6%.

Euroraum: Erholung bleibt zögerlich bei weiterhin deutlichen regionalen Unterschieden.

Die Erholung im Euroraum kommt weiterhin nur zögerlich voran. Nach einem leichten Anstieg von 0,2% im ersten Quartal 2014 stagnierte das BIP im zweiten Jahresviertel. Die Konjunktur in den einzelnen Ländern entwickelt sich nach wie vor heterogen. Während Deutschland und Italien Rückschläge erlebten und das BIP in Frankreich weiter stagnierte, drehte das Wachstum in den Niederlanden, Por-

tugal und Finnland ins Plus. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen kräftigen Aufschwung fort. In den südlichen Ländern dämpfen die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die hohen Realzinsen und die angespannten Kreditbedingungen nach wie vor. Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum damit weiterhin zögerlich und fragil. Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass das Wachstumstempo vorerst verhalten bleiben dürfte. Die Industrieproduktion im Euroraum schwächte sich im Juni weiter ab (-0,3%). Der Economic Sentiment Indicator bewegte sich nach einer längeren Phase der Aufhellung seit dem Frühjahr in etwa seitwärts. Die Jahresrate der Verbraucherpreise sank im Juli auf +0,4%. Der IWF rechnet Stand Juli für das Gesamtjahr 2014 mit einem BIP-Wachstum im Euroraum von +1,1%. Für das Jahr 2015 erwartet er ein Wachstum von +1,5%.

Eurozone: BIP und Economic Sentiment (saisonbereinigt)



— Economic Sentiment Indicator, Salden (linke Skala)
 ■ BIP Eurozone, Veränderung gegen Vorquartal in % (rechte Skala)

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Fortsetzung des Aufschwungs nach Abschwächung im zweiten Quartal.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Wirtschaft hat sich im zweiten Quartal leicht abgeschwächt.² Das Bruttoinlandsprodukt ging gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,2% zurück.³ Dennoch expandierte das BIP im ersten Halbjahr insgesamt, in dem sich die witterungsbedingten Produktionsverschiebungen weitgehend ausglich, deutlich. Es erhöhte sich preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,8% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2013. Eine Gegenreaktion auf die witterungsbedingten Vorzieheffekte, die zum starken Wachstum im ersten Quartal von 0,7% beigetragen haben, war allgemein erwartet worden. Die Frühjahrsbelebung fiel aber sehr schwach aus. Nicht nur die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum entfaltete sich zögerlicher als erhofft. Auch die geopolitischen Entwicklungen haben in den ver-

gangenen Monaten Spuren hinterlassen. Insbesondere der Russland-Ukraine-Konflikt, aber auch die Entwicklungen im Nahen Osten führten zur Verunsicherung von Marktteilnehmern und damit auch zur Zurückhaltung bei unternehmerischen Entscheidungen. Insgesamt hat sich die Stimmung in der Wirtschaft spürbar eingetrübt, die Bestellungen, die Produktion und die Umsätze in der Industrie schwächten sich ab. Die Mehrheit der Unternehmen zeigt sich trotz Stimmungseintrübung aber sehr zufrieden mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte haben nicht zuletzt dank des stabilen Arbeitsmarktes weiterhin Substanz. Die positive konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft ist daher nach wie vor intakt. Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld haben sich aber fraglos erhöht.

2. Produzierendes Gewerbe

Auftragseingänge und Produktion schwächten sich im zweiten Quartal ab.

Eine schwache Frühjahrsbelebung war nach dem milden Winter zu erwarten. Die zögerliche Entwicklung der Eurozone und die geopolitische Lage wirkten zusätzlich dämpfend.

Die Abschwächung bleibt temporär. Die Grundtendenz der Konjunktur im Produzierenden Gewerbe ist positiv.

Nach einem starken ersten Quartal hat sich die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe im zweiten Quartal spürbar abgeschwächt (-1,5%).⁴ Dies war maßgeblich eine Folge der Vorzieheffekte und kräftigen Produktionsausweitung im ersten Quartal im Zuge der außergewöhnlich milden Witterung. Besonders bemerkbar machte sich dies naturgemäß im Baugewerbe. Belastend wirken sich aber auch die noch zögerlichere Erholung der Eurozone sowie die geopolitischen Entwicklungen aus. Diese Einflüsse dämpften vor allem die industrielle Erzeugung.

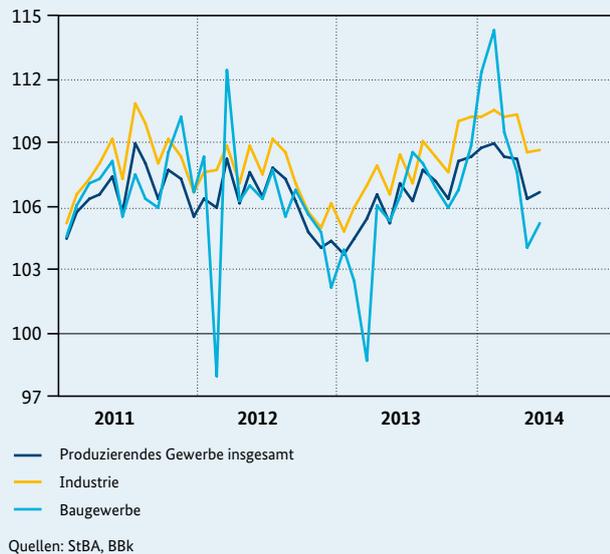
Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Quelle: StBA

- In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2014 vorlagen.
- Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 14. August 2014. Die ausführlichen Ergebnisse zum BIP werden am 1. September 2014 veröffentlicht.
- Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Angaben.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

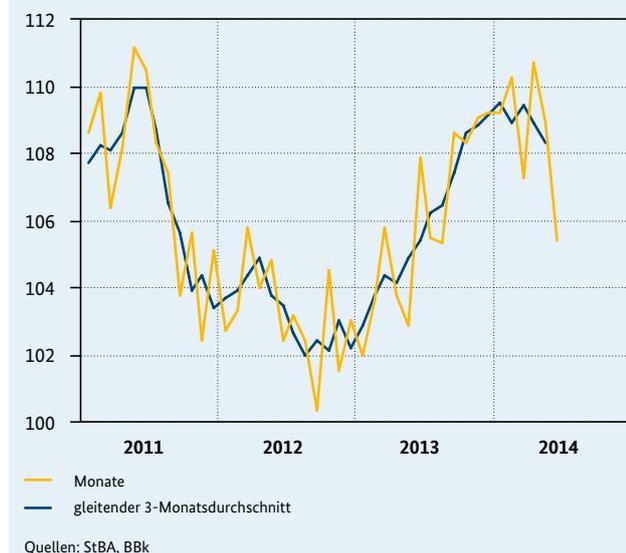


Obleich die Industrieproduktion im Juni wieder ein leichtes Plus von 0,1% verzeichnete, lag sie im gesamten zweiten Quartal um 1,0% unter dem Ergebnis des ersten Quartals. Ausschlaggebend hierfür war die schwache Entwicklung bei den Vorleistungsgütern, deren Erzeugung um 1,6% zurückgefahren wurde. Der Ausstoß von Investitionsgütern lag mit 0,8% im Minus. Die Konsumgüterhersteller schränkten ihre Erzeugung um 0,3% ein. Der Rückgang der Inlands-

umsätze für Investitionsgüter im zweiten Quartal um 1,1% deutet zudem auf eine zurückhaltende Investitionstätigkeit hin. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe hat sich laut dem ifo Konjunkturtest kaum verändert. Mit 84,0% lag er im Juli weiter leicht über dem langfristigen Durchschnitt.

Die Auftragseingänge in der Industrie entwickelten sich zuletzt auch angesichts der geopolitischen Unwägbarkeiten schwach. Sie gingen im Juni kräftig zurück (-3,2%), nachdem sie sich bereits im Monat zuvor spürbar verringert hatten (-1,6%). Der Rückgang im Juni war allerdings auch durch ein deutlich unterdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen zu erklären. Die um Großaufträge bereinigten Auftragseingänge stiegen im Juni um 1,1%. Im zweiten Quartal insgesamt lag das Auftragsvolumen um 0,6% unter dem Ergebnis des ersten Quartals. Negative Impulse gingen hier von den rückläufigen Bestellungen bei Vorleistungs- und Investitionsgütern aus (-0,9 bzw. -0,4%), während die Konsumgüterindustrie mehr Aufträge erhielt (+1,0%). Dabei entwickelten sich die Bestellungen aus dem Inland (-1,0%) schwächer als die aus dem Ausland (-0,2%).

Auftragseingang in der Industrie (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Produktion					
Insgesamt	0,9	-1,0	0,2	-1,6	0,1
Vorleistungsgüter	0,9	-1,6	0,0	-2,3	0,5
Investitionsgüter	1,1	-0,8	-0,2	-0,3	-0,9
Konsumgüter	0,9	-0,3	1,1	-3,3	1,7
Umsätze					
Insgesamt	1,4	-0,8	0,3	-1,1	0,8
Inland	1,5	-0,9	0,6	-2,2	1,0
Ausland	1,3	-0,8	0,0	0,1	0,6
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,0	-0,6	3,2	-1,6	-3,2
Inland	1,9	-1,0	0,9	-2,4	-1,9
Ausland	-1,2	-0,2	4,9	-1,0	-4,1
Vorleistungsgüter	0,3	-0,9	0,7	-3,0	1,6
Investitionsgüter	-0,2	-0,4	4,4	-0,9	-6,4
Konsumgüter	0,4	1,0	6,6	-2,0	-0,4

Quellen: StBA, BBk

Eine abnehmende konjunkturelle Dynamik und zunehmende konjunkturelle Belastungen – unter anderem durch die geopolitischen Entwicklungen in der Ukraine und im Nahen Osten – signalisierten die einschlägigen Stimmungskennzeichen bereits seit einigen Monaten. So haben sich die ZEW-Konjunkturerwartungen seit Jahresbeginn eingetrübt. Die Erwartungskomponente des ifo Geschäftsklimas verschlechterte sich vor allem im Verlauf des zweiten Quartals. Gleichwohl dürfte sich, soweit es nicht zu einer spürbaren Verschärfung der geopolitischen Konflikte kommt, die insgesamt positive konjunkturelle Grundtendenz im produzierenden Gewerbe fortsetzen. Hierfür sprechen neben nach wie vor intakten Fundamentalfaktoren wie wettbewerbsfähigen Unternehmen und niedrige Zinsen auch Konjunkturindikatoren wie das überdurchschnittliche Niveau der Urteile zur aktuellen Geschäftslage beim ifo Konjunkturtest oder der Markit/BME-Einkaufsmanagerindex für die Industrie, der sich im Juli verbesserte und auf eine Expansion der Erzeugung hinweist. Mit einer großen Aufwärtsdynamik in der Industrie ist allerdings vorerst nicht zu rechnen.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	4,6	-5,8	-1,7	-3,3	1,2
Bauhauptgewerbe	5,1	-5,9	-3,4	-2,3	3,4
Ausbaugewerbe	4,1	-5,7	0,1	-4,5	-1,3

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	3,4	1,7	-2,3	3,9	-4,9
Hochbau	4,6	2,1	-3,2	-0,8	-1,7
Wohnungsbau*	0,2	7,5	-8,5	5,6	-1,7
Gewerblicher*	10,0	-2,2	-2,1	-6,8	-2,0
Öffentlicher*	-3,5	3,8	12,1	4,2	-0,6
Tiefbau	2,0	1,0	-1,5	9,5	-8,3
Straßenbau*	6,0	6,4	-19,9	0,6	1,8
Gewerblicher*	2,4	7,2	6,7	12,7	-14,2
Öffentlicher*	-3,5	-13,4	27,4	17,9	-12,9
Öffentlicher Bau insg.	0,8	-1,1	-2,9	7,0	-4,0

Quellen: StBA, BBK

* Angaben in jeweiligen Preisen

Nach dreimonatigem Rückgang in Folge legte die Erzeugung im Baugewerbe im Juni wieder merklich zu (+1,2%). Im gesamten zweiten Quartal unterschritt die Bauleistung dennoch das Ergebnis des ersten Quartals um 5,8%. Dieser außergewöhnlich kräftige Rückgang der Erzeugung ist maßgeblich als Gegenreaktion auf kräftige Expansion der Erzeugung im ersten Quartal (+4,6%) anzusehen. Der milde Winter erlaubte das Vorziehen von Bauproduktion, die dann im Frühjahr fehlte. Dies betraf alle Bereiche des Baugewerbes.

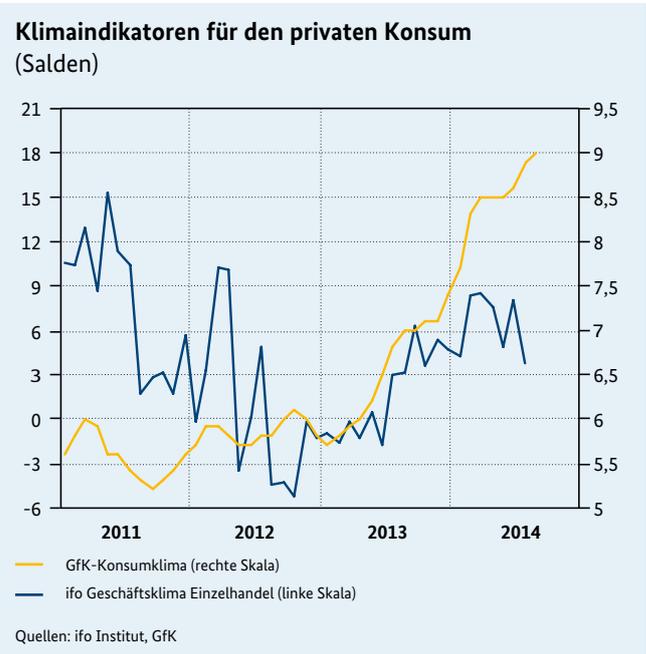
Die Perspektiven für den Bau bleiben dennoch per saldo günstig. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich im Verlauf des zweiten Quartals zwar abgeschwächt. Dank der zuvor lebhaften Bestellaktivität dürfte die Auftragslage aber noch weiter recht gut sein. In dem vor allem durch öffentliche Auftraggeber bestimmten Tiefbau tendieren die Bestellungen im zweiten Quartal insgesamt nach oben. Dank der verbesserten Haushaltslage werden weiterhin vermehrt Projekte durch die öffentlichen Auftraggeber auf den Weg gebracht. Stützend für den Bau wirken auch die anhaltend guten Finanzierungsbedingungen. Diese gaben auch dem Wohnungsbau Impulse.

3. Privater Konsum

Der private Konsum bleibt eine verlässliche Stütze der konjunkturellen Entwicklung.

Der private Konsum bleibt eine verlässliche Stütze der Konjunktur. Er nahm auch im zweiten Quartal zu, wenn auch weniger stark als im ersten Quartal. Aufbauend auf die positive Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen stiegen die privaten Konsumausgaben im vergangenen Jahr preisbereinigt um 0,9%. Im ersten Quartal setzte sich ihr Anstieg sehr kräftig um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,7% gegenüber dem Vorquartal fort. Hieran knüpften die privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal an.

Im zweiten Quartal entwickelten sich die Indikatoren für den privaten Konsum allerdings gemischt. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) waren trotz ihres Anstiegs im Juni um 1,0% im gesamten zweiten Quartal um 0,4% niedriger als im Vorquartal. Nach den vorliegenden Ergebnissen waren die Umsätze im Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen ebenfalls schwächer. Auch die Zulassungszahlen für neue, privat genutzte Personenkraftwagen gingen im zweiten Quartal zurück.



Demgegenüber blieb das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel im zweiten Quartal hoch. Es schwächte sich erst im Juli etwas ab. Während die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage der Einzelhändler weiterhin sehr positiv ausfielen, verschlechterten sich im laufenden Jahr sukzessive ihre Geschäftserwartungen. Unter den Konsumenten machte sich demgegenüber bis zuletzt eine zunehmende Konsumlaune breit. Das GfK-Konsumklima für August kletterte auf 9,0 Saldenpunkte und damit auf den höchsten Wert seit über sieben Jahren.

Insgesamt werden die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum günstig bleiben. Die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts, die stabilen Verbraucherpreise, das niedrige Zinsniveau sowie stetig wachsende Einkommen werden auch weiterhin für das dafür erforderliche konsumfreundliche Umfeld sorgen.

4. Außenwirtschaft

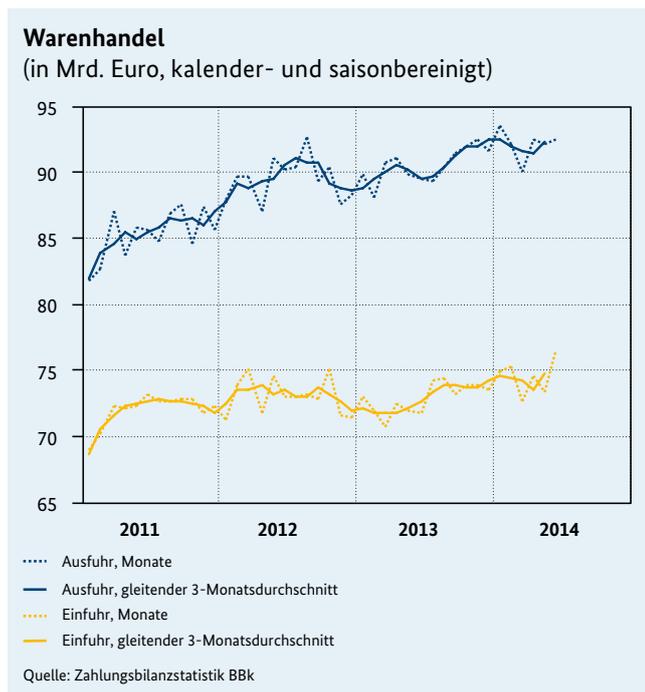
Kaum Wachstumsimpulse vom deutschen Außenhandel zu erwarten.

Der rechnerische Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt war im zweiten Quartal negativ. Die zögerliche Erholung im Euroraum, das verhaltene Wachstum wichtiger Schwellenländer sowie geopolitische Einflüsse, wie der Russland-Ukraine-Konflikt, sorgten für ein schwaches Wachstum der deutschen Exporte.

Die deutschen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im Juni in jeweiligen Preisen und saisonbereinigt um 0,8% und im gesamten zweiten Quartal um 0,5%.⁵ Da die Ausfuhrpreise im Verlauf des zweiten Quartals nahezu unverändert blieben, haben die Exporte in realer Rechnung ebenfalls nur leicht zugenommen. Zur schwachen Entwicklung der Ausfuhren trug bei, dass im laufenden Jahr vor allem die Ausfuhren in die GUS-Staaten und nach Mittel- und Südamerika spürbar rückläufig waren.

5 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen erhöhten sich in jeweiligen Preisen im Juni um 4,3% und im gesamten zweiten Quartal um 1,1% gegenüber der jeweiligen Vorperiode. Da die Einfuhrpreise im Verlauf weiter zurückgingen, nahmen die Importe auch in realer Rechnung stärker zu als die Exporte.



Warenhandel und Außenhandel nach Ländern*

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Warenhandel, Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	-0,1	0,4	2,6	-0,4	0,4
Einfuhr	0,8	0,7	2,5	-1,4	4,3
Außenhandel nach Ländern, Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	3,1	1,7	-0,3	4,3	1,1
Eurozone	2,3	2,2	2,3	4,3	0,3
EU Nicht-Eurozone	10,6	7,9	7,1	9,4	7,1
Drittländer	0,3	-1,6	-5,7	2,1	-0,9
Einfuhr	4,4	0,8	0,7	-0,4	2,1
Eurozone	4,9	1,1	2,2	-2,8	3,8
EU Nicht-Eurozone	8,8	6,8	7,2	5,1	7,9
Drittländer	2,1	-2,1	-3,5	-0,7	-2,1

Quellen: StBA, BBk

* Zahlungsbilanzstatistik, Angaben in jeweiligen Preisen

Als Saldo des Außenhandels ergab sich im zweiten Quartal ein saisonbereinigter Überschuss in jeweiligen Preisen von 43,6 Mrd. Euro. Der Überschuss war um 1,2 Mrd. Euro niedriger als im ersten Quartal und um 1,2 Mrd. Euro höher als vor einem Jahr. Insgesamt wurde im zweiten Quartal ein Leistungsbilanzüberschuss von 48,8 Mrd. Euro ermittelt. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem ersten Quartal um 2,4 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr blieb der Überschuss im zweiten Quartal nahezu unverändert.

Die nationalen Konjunkturindikatoren zur Einschätzung des deutschen Auslandsgeschäfts zeichnen ein zurückhaltendes Bild. Die Auslandsumsätze der deutschen Industrieunternehmen waren im zweiten Quartal niedriger als im allerdings umsatzstarken ersten Quartal. Eine Belebung zeichnet sich angesichts der im zweiten Quartal stagnierenden Auslandsbestellungen für industrielle Erzeugnisse nicht ab. Auch die ifo Exporterwartungen haben sich eingetrübt.

5. Arbeitsmarkt

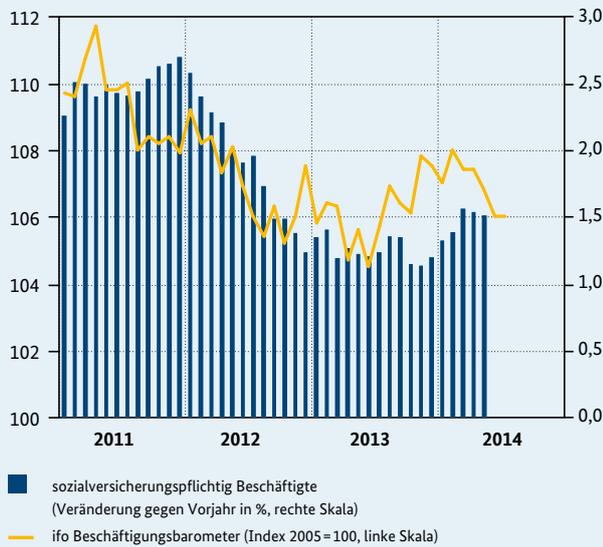
Der Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit setzt sich im Juli fort.

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich in ruhigerem Tempo fort.

Mit der gegenwärtig geringeren konjunkturellen Dynamik entwickelt sich auch der Arbeitsmarkt verhaltener. Die positiven Grundtendenzen setzen sich aber fort. Die Arbeitslosigkeit ging im Juli saisonbereinigt weiter zurück, nachdem sie im Mai und Juni gegen den Trend angestiegen war. Aufgrund des späten Ferienbeginns dürfte der Rückgang allerdings etwas überzeichnet sein. Die Zuwächse bei der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fielen in den letzten Monaten konjunkturbedingt ebenfalls geringer aus. In den kommenden Monaten ist aus konjunktureller Sicht mit einer eher verhaltenen Entwicklung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Dies signalisieren auch die Frühindikatoren zur Arbeitskräftenachfrage. Das ifo Beschäftigungsbarometer blieb im Juli unverändert, lag aber niedriger als zu Jahresbeginn. Der BA-X Stellenindex konnte seine Verluste aus den Vormonaten im Juli kompensieren.

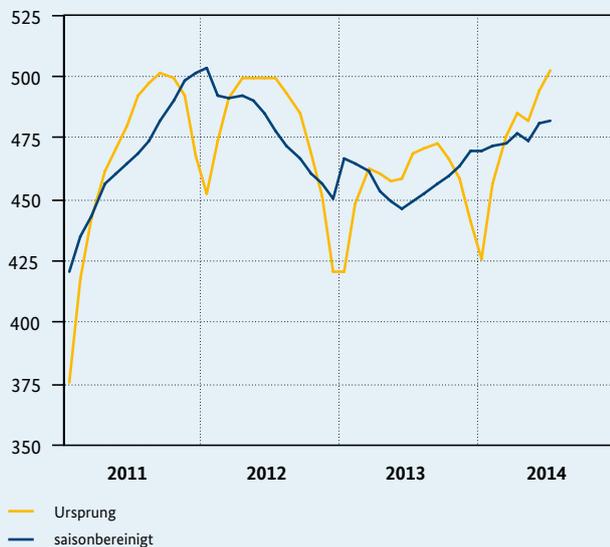
ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: BA, ifo Institut

Insgesamt entwickelt sich die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter leicht positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Juli saisonbereinigt geringfügig um 1.000. Nicht saisonbereinigt war im Juli ein Bestand von 502.000 Stellen gemeldet. Änderungen bei der Erfassung der gemeldeten Stellen haben dabei zu einer Niveaushiftung geführt. Im Juli 2014 wurden dadurch

Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)

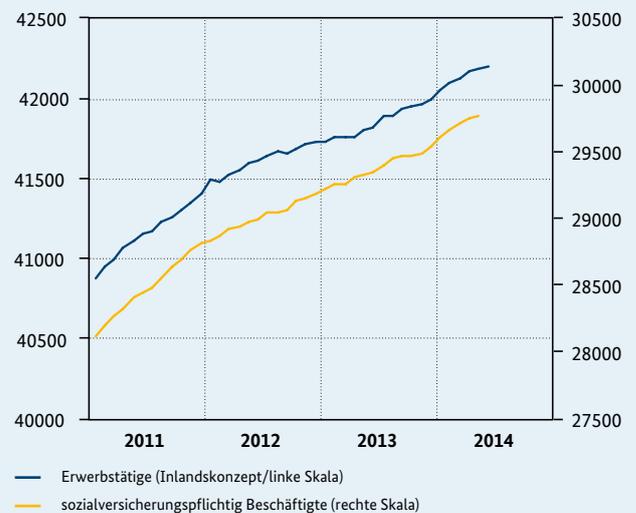


Quellen: BA, BBk

z. B. 34.000 Stellen zusätzlich erfasst. Der Entwicklungsverlauf ist davon grundsätzlich jedoch nicht betroffen, da eine Anpassung der Niveaus auch für zurückliegende Monate durchgeführt wurde. Binnen Jahresfrist ergab sich ein Plus von 33.000 Stellen. Die Stellenzugänge, die die Einstellungsbereitschaft der Betriebe noch näher abbilden, blieben im Juli saisonbereinigt unverändert.

Die Erwerbstätigkeit nahm weiter zu. Die Entwicklung setzt sich allerdings mit etwas geringerer Dynamik fort. Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Juni um 16.000 Personen. Nach Ursprungszahlen lag die Erwerbstätigkeit im Juni bei 42,24 Mio. Personen. Dies bedeutete einen Zuwachs um 377.000 Erwerbstätige gegenüber dem Stand vor einem Jahr.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Ausschlaggebend für die Zunahme der Erwerbstätigkeit bleibt der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Diese nahm im Mai saisonbereinigt um 20.000 Personen zu. Der Anstieg fiel allerdings spürbar geringer aus als in den Vormonaten. Gemäß Ursprungszahlen gab es im Mai insgesamt 29,72 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies waren 442.000 Personen mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Der überwiegende Teil der Branchen hatte im Vorjahresvergleich Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Den stärksten Anstieg

verbuchten die wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) mit +126.000 Personen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen mit +110.000 Personen. Die Beschäftigungszunahmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Verkehr und Lagerei waren mit +43.000 bzw. +37.000 Personen ebenfalls nennenswert. Leichte Beschäftigungsrückgänge gab es bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern (-9.000) und im Bereich Bergbau, Energie und Wasserversorgung (-6.000).

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio. (Ursprungszahlen)	3,131	2,941	2,882	2,833	2,871
gg. Vorjahr in 1.000	-21	-55	-55	-32	-43
gg. Vorperiode in 1.000*	-47	-19	23	7	-12
Arbeitslosenquote	7,2	6,6	6,6	6,5	6,6

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio.	41,7	42,1	42,0	42,2	42,2
gg. Vorjahr in 1.000	345	388	398	389	377
gg. Vorperiode in 1.000*	126	89	31	21	16

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio.	29,7	29,4	29,5	29,6	29,7
gg. Vorjahr in 1.000	340	412	453	448	442
gg. Vorperiode in 1.000*	63	164	49	36	20

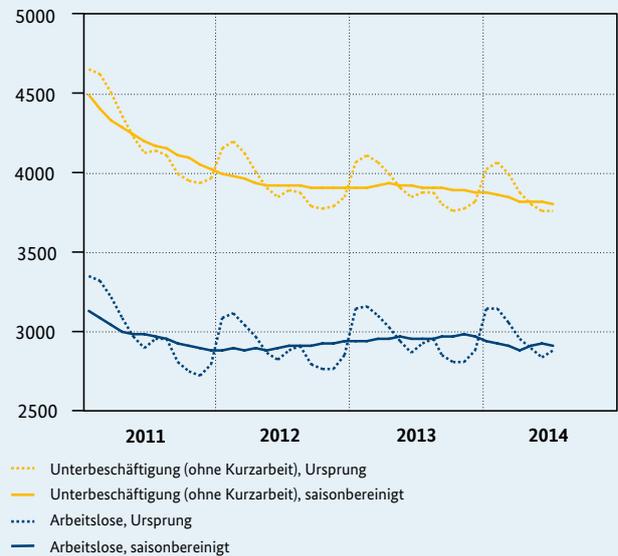
Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die Arbeitslosigkeit ist von Juni auf Juli im jahreszeitlich üblichen Umfang um 39.000 Personen angestiegen. Saisonbereinigt ging die Arbeitslosigkeit um 12.000 Personen zurück. Der in vielen Bundesländern relativ späte Ferienbeginn, der regelmäßig einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hat, führt jedoch dazu, dass der Juli-Rückgang in saisonbereinigter Rechnung etwas überzeichnet sein dürfte. Insgesamt waren im Juli 2,871 Mio. Personen (Ursprungszahlen) als arbeitslos registriert. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,6% (Vorjahr: 6,8%). Es gab 43.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im Juni wie in den Vormonaten bei 5,1%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland damit nach wie vor eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer. Innerhalb der EU hat nur Österreich eine noch geringere Quote.

Internationale Arbeitslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juni 2014)



Quelle: Eurostat

Die Zahl der Personen in Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) lag im Juli bei 3,76 Mio. Personen. Gegenüber dem Vormonat ging sie im Juni um 22.000 Personen und damit etwas stärker als die Arbeitslosigkeit zurück.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung entwickeln sich weiterhin weniger günstig als die Beschäftigung. Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie die höhere Zuwanderung überkompensieren die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung und erhöhen das Erwerbspersonenpotenzial. Das IAB schätzt, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2014 um 120.000 auf über 45,5 Mio. Personen anwächst. Dies dämpft den mit der konjunkturellen Besserung einhergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen nicht immer den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt schleppender.

6. Preise

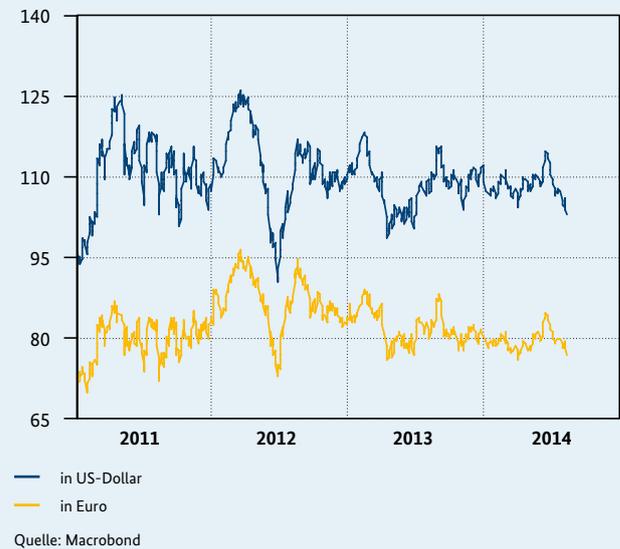
Der Anstieg der Verbraucherpreise erfolgt im Juli mit der niedrigsten Jahresrate (+0,8%) seit fast 4 ½ Jahren.

Auf den vorgelagerten Preisstufen schwächt sich der Abwärtstrend ab.

Die sehr ruhige Preisentwicklung in Deutschland setzt sich zur Jahresmitte unverändert fort. Die Jahresrate der Verbraucherpreise rutschte im Juli auf einen neuen Tiefstand. Sie entfernten sich weiter von der Zielinflationsrate der EZB von unter, aber nahe 2%. Dies zeigt, dass die günstigen Einfuhr- und Erzeugerpreise nach und nach bei den Endabnehmern ankommen. Ab 2015 dürfte der Preisauftrieb wieder deutlicher anziehen. Dazu wird auch die Einführung des allgemeinen Mindestlohns beitragen.

Der Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar reduzierte sich bis Mitte August weiter auf gut 101 US-Dollar je Barrel. In der Spitze lag er Ende Juni bei 115 US-Dollar.

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)

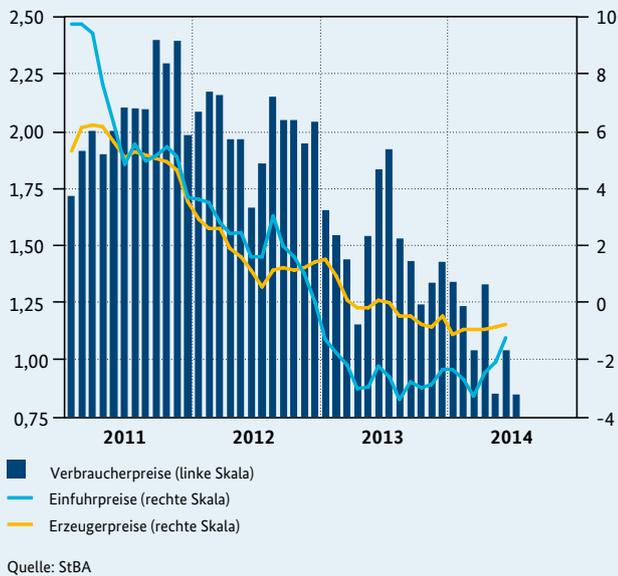


Die Einfuhrpreise erhöhten sich im Juni im Vergleich zum Vormonat leicht um 0,2%. Ausschlaggebend für den Anstieg waren in erster Linie Preiserhöhungen im Energiebereich. Insbesondere die Rohölpreise verteuerten sich im Juni wegen der verschärften politischen Konflikte im Nahen Osten spürbar. Die jährliche Veränderung der Importpreise betrug im Juni -1,2%. Damit hält ihr rückläufiger Trend bereits seit Anfang 2013 an. Es hat sich aber in den letzten drei Monaten deutlich abgeflacht. Preisdämpfend wirkten binnen Jahresfrist in erster Linie Preissenkungen bei eingeführten Rohstoffen (-4,9%).

Die Ausfuhrpreise nahmen von Mai bis Juni geringfügig um 0,1% zu. Insbesondere Investitionsgüter verteuerten sich zum Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Preise für Exportgüter nur noch knapp unter Vorjahresniveau. Mit -0,1% im Juni blieb die Jahresrate aber seit 1 ¼ Jahren negativ. Stärkere Preisermäßigungen im Vorjahresvergleich gab es vor allem im Energiebereich (-2,7%). Konsumgüter verteuerten sich dagegen leicht (+0,8%). Die Terms of Trade lagen im Juni um 1,1% über ihrem Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür war, dass die Einfuhrpreise stärker fielen als die Ausfuhrpreise.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die industriellen Erzeugerpreise blieben im Juni im Vergleich zum Vormonat unverändert. Hauptsächlich wurden dabei Preissenkungen bei Vorleistungsgütern durch Preiserhöhungen bei Investitionsgütern ausgeglichen. Die Energiepreise blieben auf der Produzentenstufe im Juni stabil. Auf Jahressicht verbilligten sich die Preise für Industrieprodukte um 0,7%. Während die Energiepreise und die Preise für Vorleistungsgüter deutlich nachgaben, verteuerten sich Investitions- und Konsumgüter im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung moderat.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Juni auf Juli vor allem saisonbedingt um 0,3%. Speziell Pauschalreisen verteuerten sich mit Beginn der Sommerferien spürbar. Nahrungsmittel wurden dagegen bereits den sechsten Monat in Folge preiswerter. Die Preise für Bekleidung und Schuhe gingen im Juli wegen des Sommerschlussverkaufs ebenfalls zurück. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Jahresrate um 0,2 Prozentpunkte auf 0,8%. Damit erreichte die Inflationsrate den tiefsten Stand seit Februar 2010. Neben den deutlich rückläufigen Energiepreisen (-1,5%) trug auch die abgeschwächte Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln zum niedrigen Preisauftrieb bei. Die Nahrungsmittelpreise lagen im Juli auf der Verbraucherstufe nur geringfügig über Vorjahresniveau (+0,1%).

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Insgesamt	0,3	0,3	1,0	0,8
Nahrungsmittel	-0,1	-0,2	0,0	0,1
Bekleidung und Schuhe	-2,3	-3,6	-0,4	0,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,8	2,7	1,4	0,7
Pauschalreisen	11,7	11,6	2,6	0,4
Andere Waren und Dienstleistungen	0,0	0,1	2,1	2,0
Energie	0,5	-0,3	-0,3	-1,5
Haushaltsenergie	0,1	-0,2	0,1	-0,7
Strom	0,0	0,0	1,8	1,7
Gas	-0,1	0,0	0,1	0,0
Heizöl	0,4	-0,9	-1,9	-6,0
Feste Brennstoffe	0,8	-0,1	-2,0	-2,5
Zentralheizung, Fernwärme	0,0	0,0	-1,2	-1,3
Kraftstoffe	1,3	-0,3	-1,1	-3,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,1	0,2	-	-

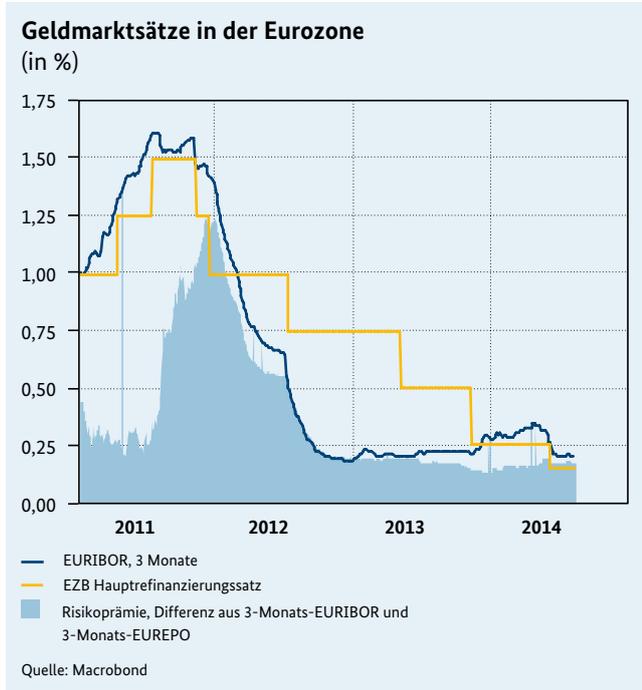
Quellen: StBA, BBk

7. Monetäre Entwicklung

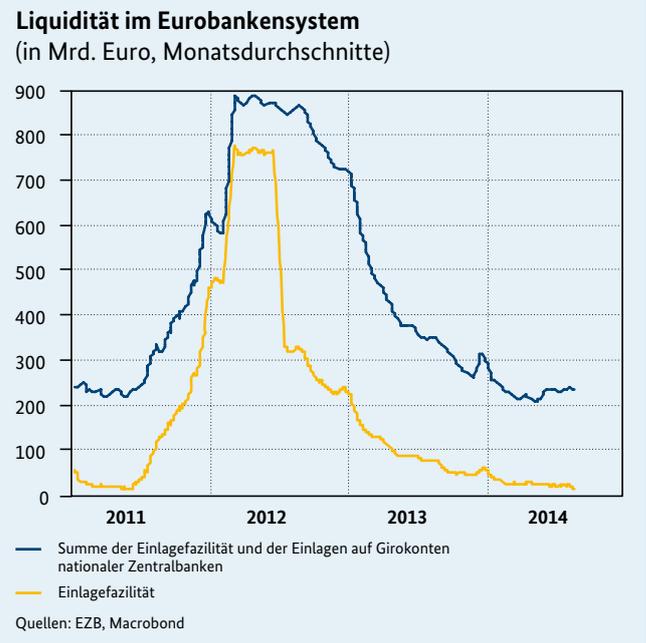
Die Geldpolitik bleibt expansiv.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt weiterhin expansiv. Vor dem Hintergrund sehr niedriger Inflationsraten im Euroraum (Juli: 0,4%) sowie einer weiterhin schwachen Kreditvergabe beließ der EZB-Rat den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,15%. Die Einlagenfazilität wird weiterhin mit einer negativen Rate von -0,10% verzinst. Ein merklicher Rückgang der Überschussliquidität wurde dadurch jedoch nicht ausgelöst, wenngleich sich das Volumen der Interbankenkredite im Juni und Juli etwas ausweitete.

Die Geldpolitik der US-Zentralbank bleibt ebenfalls akkommodierend. Seit Ende 2008 liegt der Leitzins bei 0,00 bis 0,25%. Allerdings werden die monatlichen Anleihekäufe sukzessive zurückgeführt und werden vermutlich im Oktober auslaufen. Das Volumen wurde im Juli erneut um 10 Mrd. US-Dollar gesenkt und lag zuletzt bei 25 Mrd. US-Dollar. Eine Anhebung der Zinsen in diesem Jahr ist jedoch trotz solider Konjunktur unwahrscheinlich.



Das Bild des europäischen Interbankenmarkts hat sich im letzten Monat nicht sehr stark verändert. Immerhin stieg das tagesdurchschnittliche Volumen an unbesicherten Interbankenkrediten – ein Gradmesser für das Vertrauen zwischen den Instituten – im Juli auf etwa 30 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr lag der Wert bei lediglich 26 Mrd. Euro. Gleichwohl bleibt das Vorkrisenniveau weit entfernt. Zwischen 2000 und 2007 lag das tägliche Kreditvolumen bei durchschnittlich 40 Mrd. Euro. Die Überschussliquidität der Banken hat sich in Folge der negativen Einlagenzinsen nicht merklich reduziert. Vielmehr hat sich die Dynamik beim Abbau der Überschussliquidität in den letzten Monaten etwas abgeschwächt. Der seit 2012 zu beobachtende Abwärtstrend konnte in den Sommermonaten nicht fortgesetzt werden. Die Summe aus Einlagenfazilität und Überschuss-Reserven lag im Juli bei 129 Mrd. Euro und damit etwas über dem Durchschnitt des zweiten Quartals (119 Mrd. Euro). Der Risikoaufschlag für die Vergabe unbesicherter Interbankenkredite hat sich seit der letzten Zinssenkung im Berichtszeitraum⁶ kaum verändert und lag Mitte August bei 16,9 Basispunkten. Womöglich sorgen die für Oktober erwarteten Ergebnisse des EZB-Bankenstresstests für die zuletzt recht zögerliche Erholung am Interbankenmarkt.



Die europäischen Aktienmärkte haben sich im Berichtszeitraum deutlich abgekühlt. Der Stoxx 50 für den Euroraum hat kräftig um 4,7%, der europäische Stoxx 600 um 2,8% nachgegeben. Auch der deutsche Dax 30 hat nach schwachen Konjunktur- und Bilanzzahlen eingebüßt. Nach kurzzeitigem Überschreiten der 10.000-Punkte-Marke Anfang Juli lag er Mitte August bei 9.100 Punkten. Im Berichtszeitraum bedeutet dies einen Rückgang um 7,1%. Auch die außereuropäischen Börsen haben nachgegeben, allerdings weniger deutlich als die europäischen Aktienmärkte. Der japanische Nikkei verlor 0,5%, der amerikanische S&P 500 ging um 0,9% zurück. Zudem hat sich die Unsicherheit an den Börsen – gemessen an der impliziten Aktienkursvolatilität – sowohl in Europa als auch in den USA deutlich erhöht. Hintergrund sind primär die diversen geopolitischen Krisenherde, die die Marktteilnehmer beunruhigen.

Der Euro hat im Vergleich zur US-Währung etwas weiter an Wert verloren. Nachdem der Kurs Mitte Mai Werte von fast 1,40 US-Dollar erreichte, notierte er Mitte August bei 1,34 US-Dollar. Gegenüber dem Yen konnte der Euro seinen Wert halten.

Die weltweiten geopolitischen Krisenherde machen sich auch bei den europäischen Staatsanleihemärkten bemerkbar. Die vergleichsweise sicher geltenden europäischen „Häfen“ ziehen das Kapital verunsicherter Investoren an und sorgen so für fallende Renditen. Die deutschen zeh-

Aktienindizes

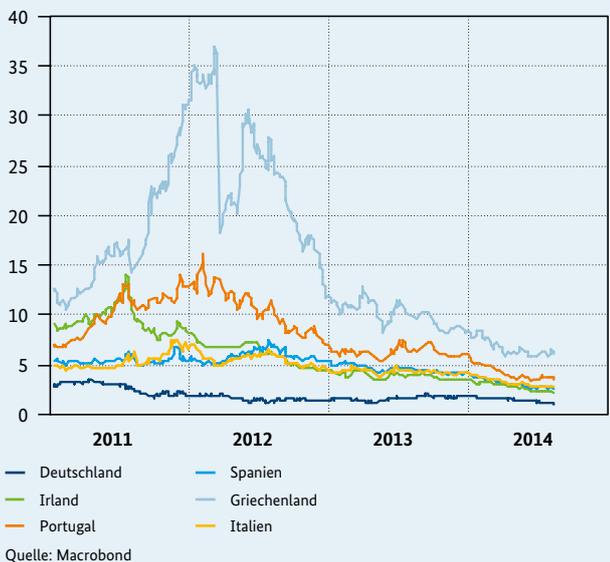
(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



jährigen Staatsanleihen gaben daher im Berichtszeitraum auf sehr niedrigem Niveau noch ein wenig nach und rentierten Mitte August erstmals knapp unter 1% bei 0,97% – ein historischer Tiefstand. Für alle Staaten des Euroraums gingen die Renditen leicht zurück. Die Verzinsung zehnjahrigener US-Staatsanleihen ist seit Jahresbeginn deutlich gesunken und bewegte sich zum Ende der Berichtsperiode bei etwa 2,33%, 22 Basispunkte weniger als vor einem Monat.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

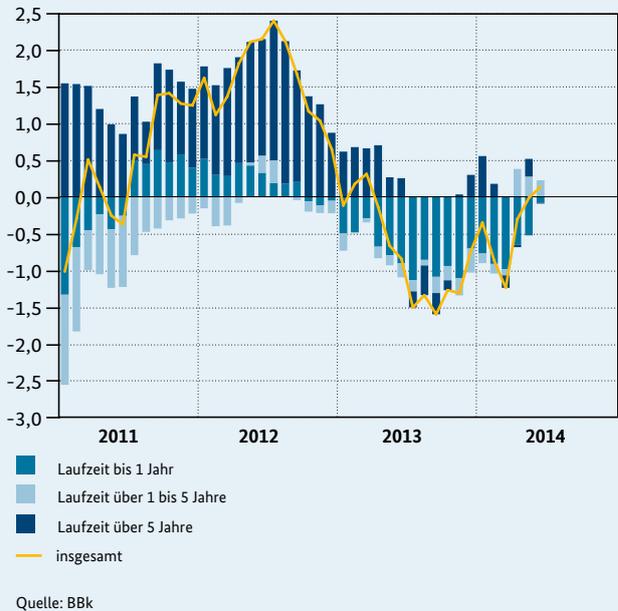
(Tageswerte in %)



Der Umfang der in Deutschland an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite hat sich in den letzten Monaten etwas erholt und lag im Juni etwas über dem Niveau des Vorjahres. Die Vergabe von mittelfristigen Krediten wurde im Vergleich zum Vorjahr um 1,7% ausgeweitet. Die Vergabe von langfristigen Krediten verblieb auf Vorjahresniveau. Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Mai 1,2% über dem Wert des Vorjahres.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Die Finanzierungsbedingungen in Deutschland bleiben der ifo Kredithürde zufolge weiterhin sehr günstig. Im Juli schätzten nur 18,2% der befragten Unternehmen die Kreditvergabe als restriktiv ein (Juni: 18,3%).

Das Wachstum der Geldmenge im Euroraum blieb weiterhin schwach, beschleunigte sich aber etwas. Die EZB begründet dies mit der angesichts niedriger Zinsen steigenden Liquiditätspräferenz der Anleger. Im Juni lag die Geldmenge M3 um 1,5% über dem Wert des Vorjahres. Die Geldmenge M1 wurde um 5,3% ausgeweitet.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2011		2012			2013			2014		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	- 0,2
Inländische Verwendung	0,0	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,8	- 0,3	+ 1,9	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3	0,0	- 0,2	+ 0,7	- 0,3	+ 0,4	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,5	- 0,4	- 1,7	- 0,1	- 0,7	- 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,2	-
Ausrüstungen	- 1,1	- 0,4	- 3,7	- 0,6	- 0,3	- 1,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,4	+ 3,3	-
Bauten	+ 1,5	- 0,5	- 0,6	+ 0,2	- 1,1	- 1,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,2	+ 3,6	-
Sonstige Anlagen	+ 1,7	- 0,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,1	- 0,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	- 0,7	-
Exporte	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,5	- 1,6	- 0,7	+ 2,5	- 0,1	+ 2,5	+ 0,2	-
Importe	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,9	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,2	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	0,0	- 0,1	- 0,5	0,0	0,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	+ 1,7	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	-
Ausrüstungen	- 0,1	0,0	- 0,3	0,0	0,0	- 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,2	-
Bauten	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,3	0,0	+ 0,5	- 0,4	+ 0,2	- 0,2	+ 0,7	-
Außenbeitrag	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5	- 0,5	+ 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,9	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2013		2014		
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,1	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 1,2	- 2,3	+ 2,4	+ 2,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,7	-
Private Konsumausgaben ³	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,1	-
Konsumausgaben des Staates	+ 3,2	+ 3,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,3	-11,7	+ 5,7	+ 6,9	- 2,1	- 0,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 8,1	-
Ausrüstungen	+ 2,9	-22,7	+10,0	+ 5,8	- 4,0	- 2,4	- 1,1	- 0,2	0,0	+ 6,0	-
Bauten	- 0,7	- 3,2	+ 3,2	+ 7,8	- 1,4	- 0,2	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,0	+10,2	-
Sonstige Anlagen	+ 6,2	- 2,9	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,3	-
Exporte	+ 2,8	-13,0	+15,2	+ 8,0	+ 3,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,9	+ 4,0	+ 5,5	-
Importe	+ 3,4	- 7,8	+12,5	+ 7,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,7	+ 6,2	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100, Komponenten Kettenindex 2005=100;

2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

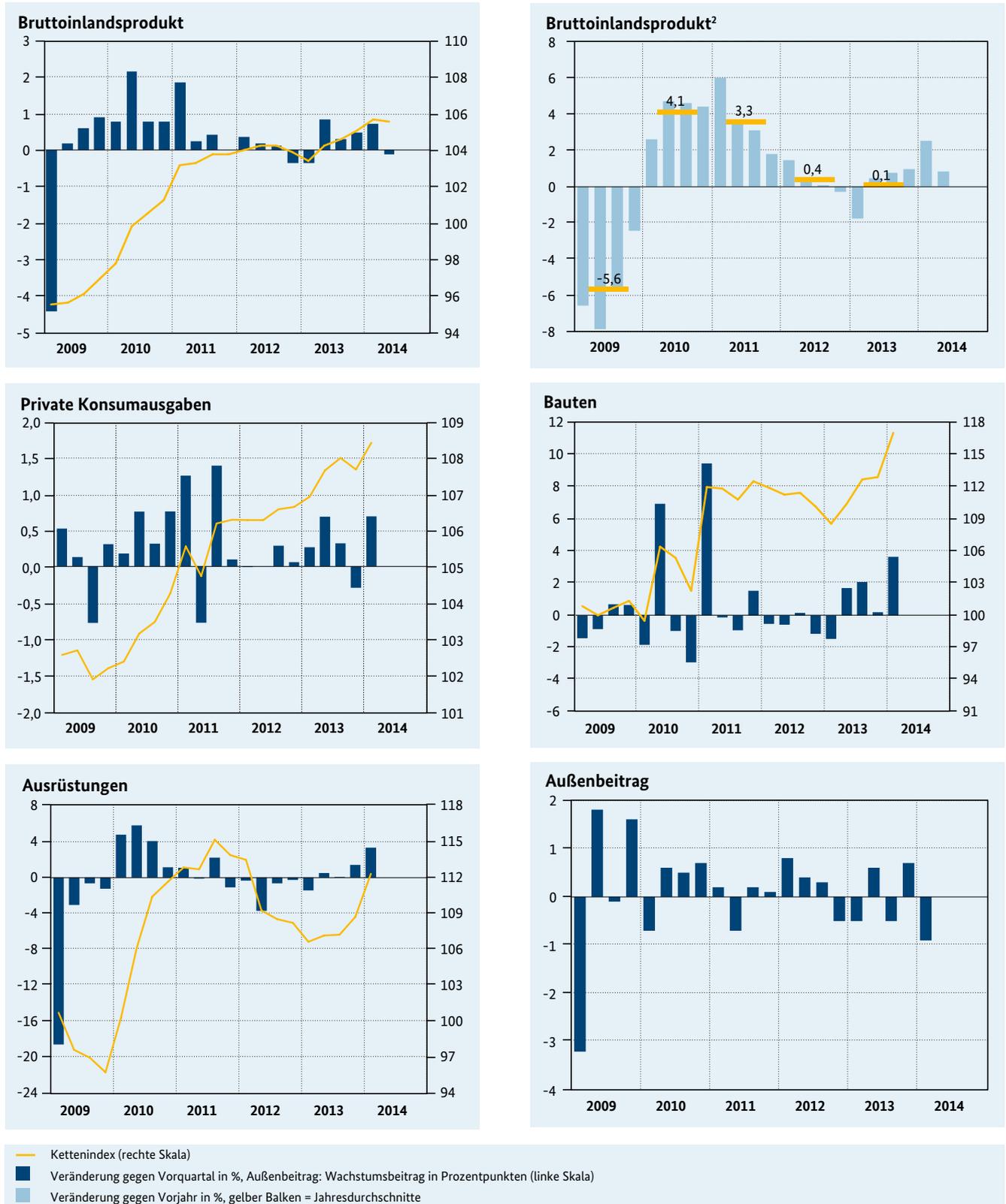
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;

4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;

5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;

6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100, Komponenten Kettenindex 2005=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2011		2012				2013				2014
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung ³	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,8	- 1,1	+ 0,9	- 0,3	+ 0,3	- 2,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,3
Baugewerbe	- 1,3	+ 2,0	- 0,1	- 1,8	- 0,8	- 2,4	+ 1,4	- 0,7	+ 1,3	+ 0,5	+ 4,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 1,0	0,0	+ 0,6	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 1,1	- 2,8	- 0,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,4	- 6,8	- 0,9	+ 1,9	- 1,8	+ 1,1
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,5	- 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	0,0	- 0,6	+ 0,5	0,0	+ 0,7	0,0

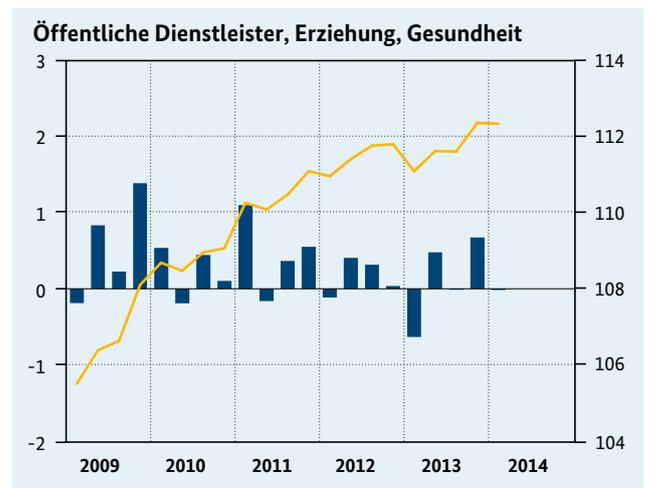
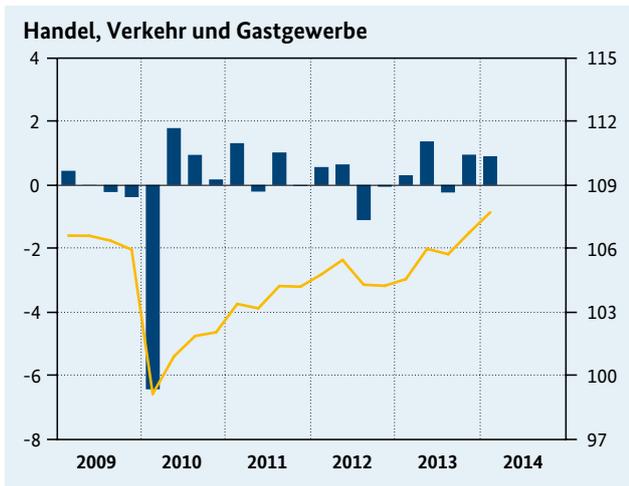
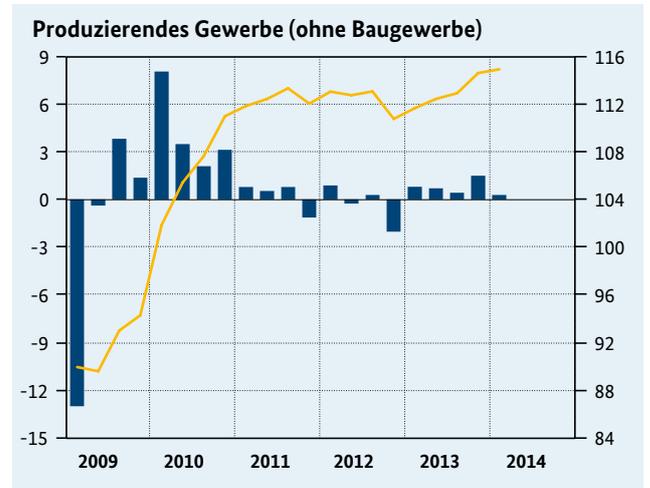
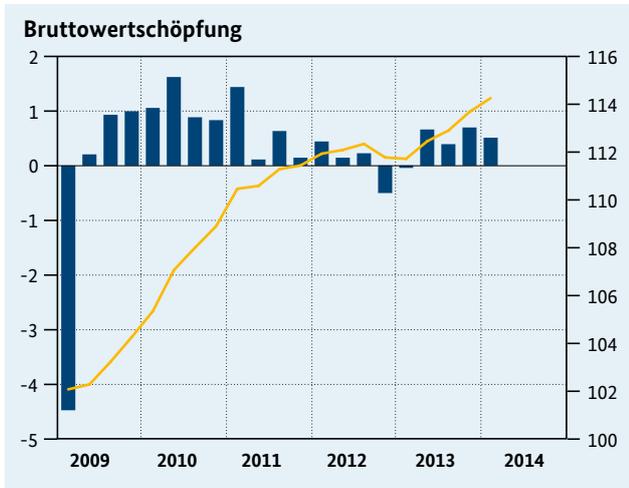
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2013						2014				
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Preisentwicklung											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 1,4	- 0,3	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,2
Private Konsumausgaben	+ 1,6	0,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,2	- 2,7	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,1	- 5,2	+ 3,5	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,2	- 2,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 2,8
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,4	+ 3,0	- 0,4	- 0,1	- 2,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,7
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,3	+ 5,6	- 1,1	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5
Lohnstückkosten ⁷	+ 2,6	- 0,5	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 2,1	+ 4,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,8
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,5	+ 4,2	- 2,1	- 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,6	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,5
Terms of Trade	0,0	0,0	0,0	0,0	- 0,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,4

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2014	2015
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2014	+ 1,9	+ 1,7
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 1,8	+ 2,0
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	06/2014	+ 2,2	+ 2,4
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 2,0	+ 2,2
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2014	+ 2,0	+ 2,5
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2014	+ 2,0	+ 2,0
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2014	+ 2,0	+ 2,2
EU	Europäische Union	05/2014	+ 1,8	+ 2,0
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	05/2014	+ 1,9	+ 2,3
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2014	+ 1,8	+ 2,0
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2014	+ 1,9	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;
 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;
 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;
 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

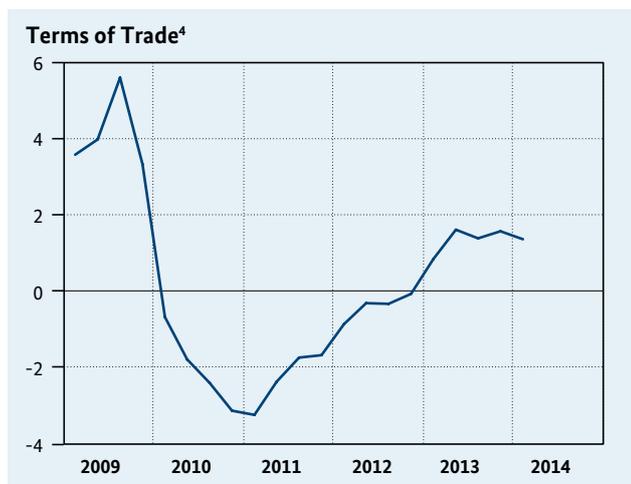
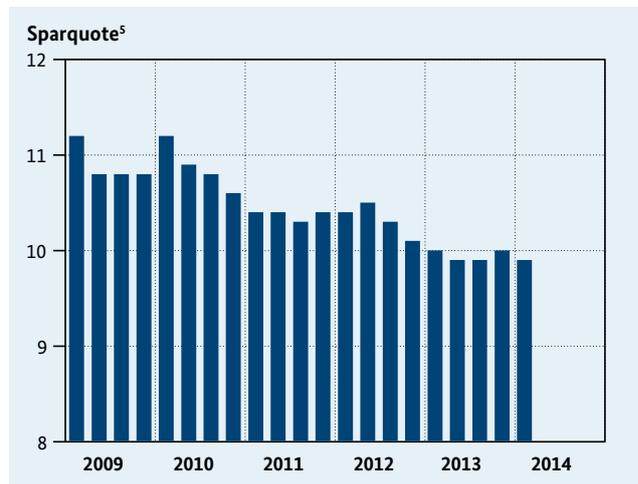
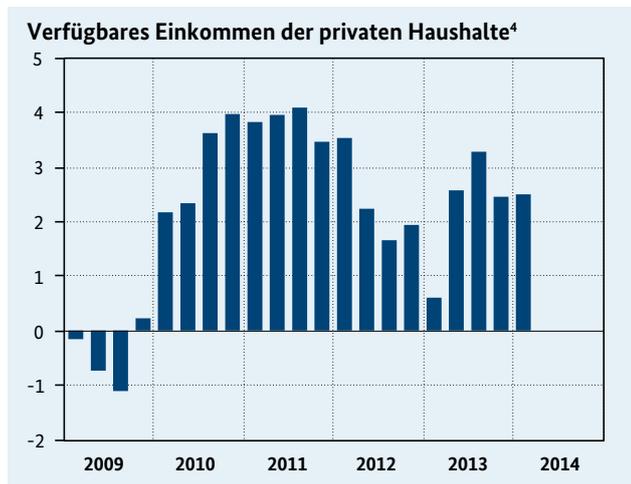
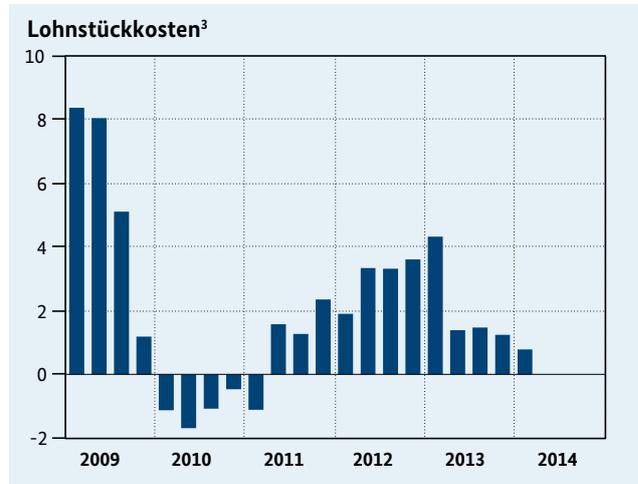


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2011		2012			2013				2014		
	2010	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gegen Vorperiode in %															
Deutschland	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	- 0,2
Eurozone (EZ 18) ²	+ 1,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,0	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	- 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,0	- 0,5	- 0,7	- 0,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,4	0,0	+ 1,5	- 1,7
USA	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,0
China	+10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 5,5	+ 6,1	+ 7,2	+ 6,9	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,1	+ 8,0	+ 7,0	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,5	+ 7,2	+ 7,1	+ 6,7
Eurozone (EZ 18) ²	0,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	- 0,3	+ 0,6	+ 1,1	- 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8	-
Japan	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1
USA	- 2,9	- 2,9	- 2,8	- 2,3	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,7	-
China	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5
				2013							2014					
	2011	2012	2013	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	6,0	5,5	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	5,1	-
Eurozone (EZ 18) ²	10,1	11,3	12,0	12,0	12,0	12,0	11,9	11,9	11,8	11,8	11,7	11,7	11,6	11,6	11,5	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,6	10,5	10,8	10,9	10,8	10,8	10,7	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,3	10,3	10,2	-
Japan	4,6	4,3	4,0	3,9	4,1	4,0	4,0	3,9	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	-
USA	8,9	8,1	7,4	7,3	7,2	7,2	7,2	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,3	6,3	6,1	6,2
China	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-
Verbraucherpreise	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8
Eurozone (EZ 18) ²	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Europäische Union (EU 28) ³	+ 3,1	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
Japan	- 0,3	0,0	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	-
USA	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	-
China	+ 5,4	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 18 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2014);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

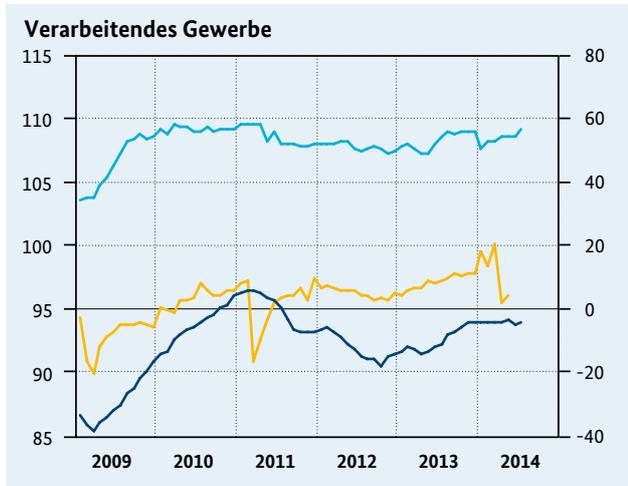
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2013		2014		2014					
	2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,6	99,8	99,9	99,9	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	116,0	119,3	122,2	122,6	124,0	125,2	-	125,4	125,8	125,8	-	-	-
CPB Welthandel ²	126,0	128,4	131,9	132,4	134,4	133,6	-	133,0	135,1	134,3	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	5090	4938	4837	4904	4797	4848	5039	4972	5008	5000	5105	4835	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	0,2	-11,7	-9,3	-8,3	-4,1	-3,5	-3,6	-3,3	-3,5	-3,1	-4,3	-3,8	-
Industrieproduktion ⁴	104,8	102,0	101,3	101,4	102,4	103,2	102,8	102,9	104,0	102,3	102,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,4	4,0	3,0	3,1	3,0	2,7	2,2	2,5	2,4	2,2	2,1	2,0	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-14,3	-22,1	-18,6	-15,9	-14,4	-11,2	-7,7	-9,3	-8,6	-7,1	-7,5	-8,4	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	55,2	51,8	53,9	55,7	56,7	52,7	55,2	53,7	54,9	55,4	55,3	57,1	-
Industrieproduktion ⁷	93,6	97,1	99,9	100,1	101,3	102,2	103,6	103,1	103,2	103,5	103,9	104,4	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,8	1,8	2,3	2,7	2,7	2,8	2,6	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	-
Konsumentenvertrauen ⁸	58,1	67,1	73,2	81,0	74,0	80,5	83,4	83,9	81,7	82,2	86,4	90,9	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	95,6	96,4	97,3	97,6	97,9	99,5	-	100,3	95,7	96,3	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,4	97,6	97,0	97,8	99,6	102,5	98,6	102,2	99,3	100,0	96,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,1	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Konsumentenvertrauen ¹¹	37,7	40,0	43,6	44,0	41,7	38,8	39,1	37,5	37,0	39,3	41,1	41,5	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	51,4	50,8	50,8	50,8	51,3	50,3	50,7	50,3	50,4	50,8	51,0	51,7	-
Industrieproduktion ¹³	+13,7	+10,8	+9,7	+10,1	+10,0	+8,8	+8,9	+8,8	+8,7	+8,8	+9,2	+9,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	3,5	3,9	3,9	4,4	4,6	4,2	4,6	4,4	4,1	4,1	4,3	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	103,3	102,4	101,2	98,3	101,4	104,0	103,9	107,9	104,8	102,3	104,7	104,4	-

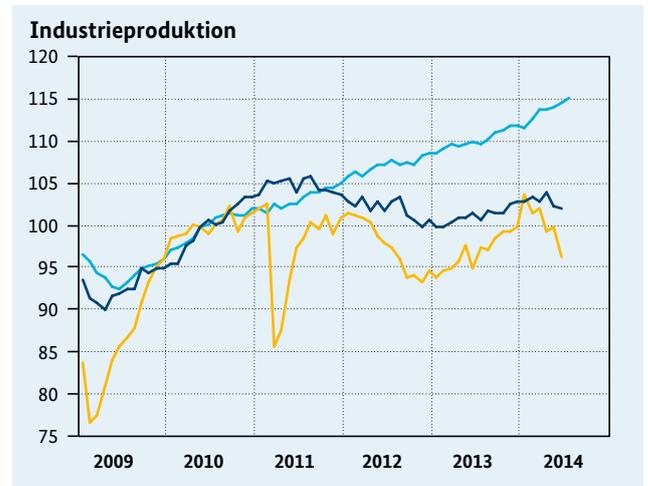
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

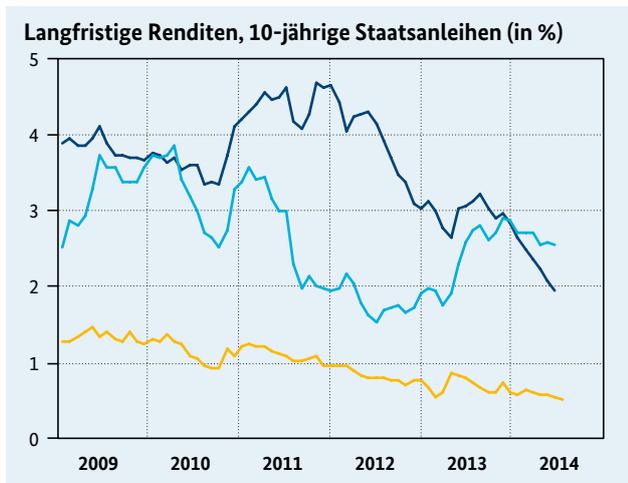
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



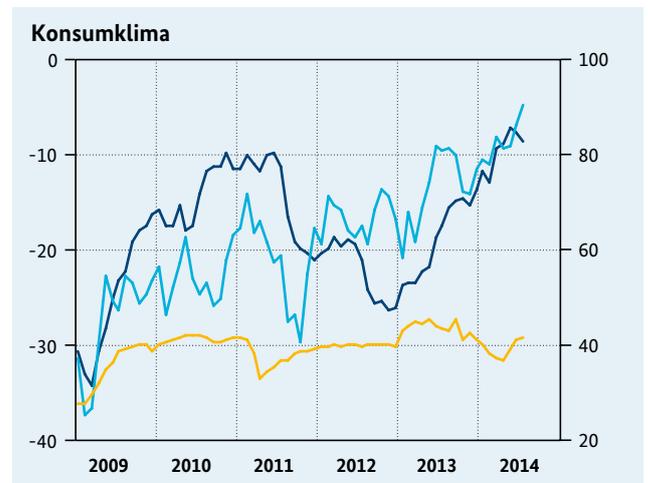
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

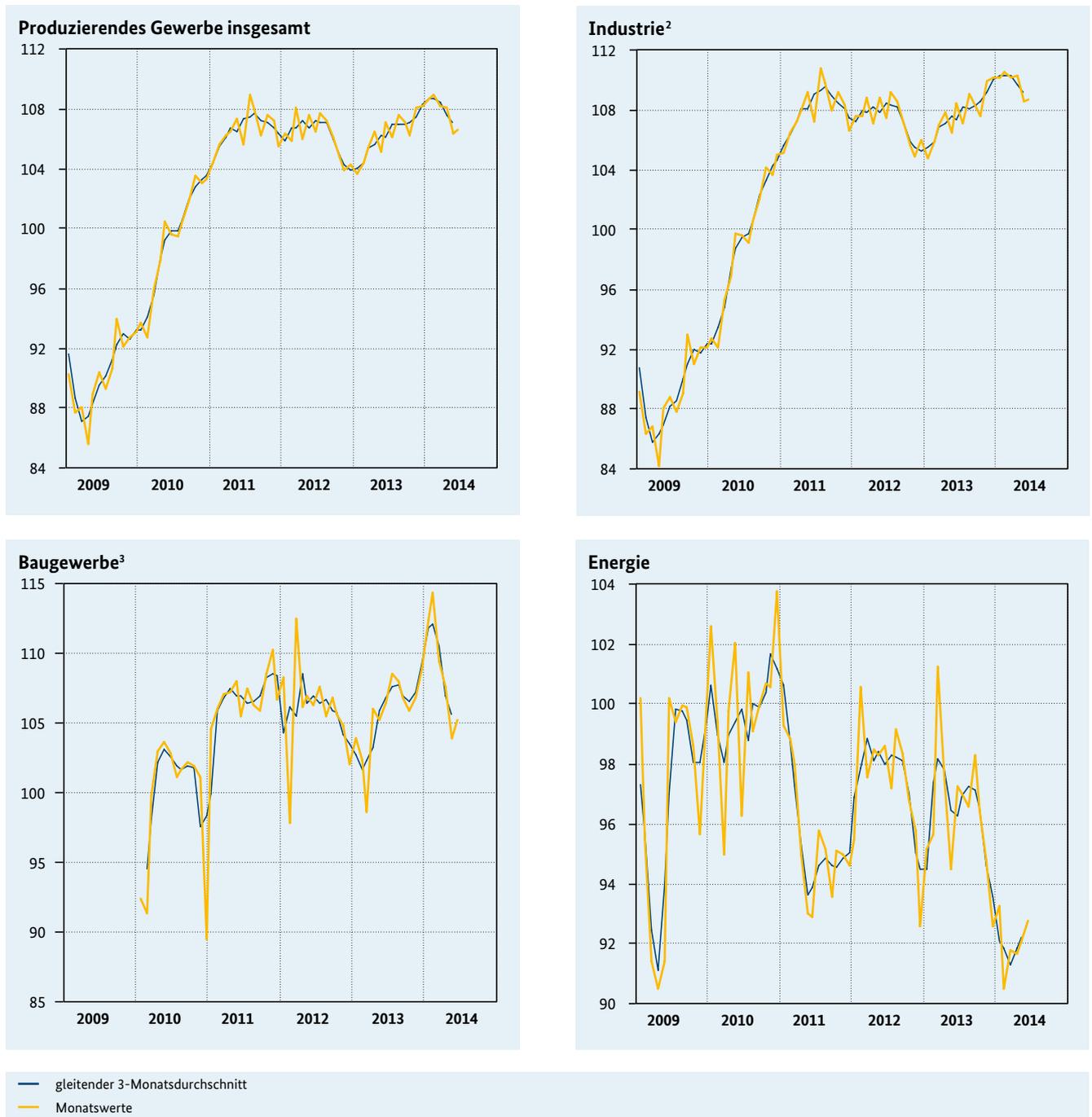
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,7	106,3	106,4	107,0	107,6	108,7	107,1	108,8	109,0	108,3	108,2	106,4	106,7
	gg. Vp. in %	7,3	-0,4	0,1	0,7	0,6	1,0	-1,5	0,5	0,2	-0,6	-0,1	-1,7	0,3
	gg. Vj. in %	7,2	-0,5	0,2	-0,1	3,0	3,9	0,7	4,9	4,4	2,7	1,3	1,1	-0,5
Industrie²	Index	108,1	107,5	107,8	108,2	109,3	110,3	109,2	110,2	110,6	110,2	110,4	108,6	108,7
	gg. Vp. in %	8,9	-0,6	0,3	0,5	1,0	0,9	-1,0	0,0	0,4	-0,4	0,2	-1,6	0,1
	gg. Vj. in %	8,8	-0,6	0,3	-0,1	3,3	4,0	1,3	4,9	4,4	3,1	2,2	1,9	0,1
Vorleistungsgüter	Index	106,9	104,6	104,5	104,4	106,1	107,1	105,4	106,7	107,7	106,9	106,9	104,4	104,9
	gg. Vp. in %	7,4	-2,2	-0,1	0,1	1,6	0,9	-1,6	-0,2	0,9	-0,7	0,0	-2,3	0,5
	gg. Vj. in %	7,5	-2,2	-0,2	-0,5	3,5	3,9	1,1	3,7	5,2	3,1	3,5	-0,2	0,2
Investitionsgüter	Index	111,8	113,4	113,9	114,9	115,4	116,7	115,8	116,8	116,8	116,5	116,3	116,0	115,0
	gg. Vp. in %	12,8	1,4	0,4	0,7	0,4	1,1	-0,8	0,3	0,0	-0,3	-0,2	-0,3	-0,9
	gg. Vj. in %	12,7	1,3	0,6	0,1	4,0	4,7	1,3	7,2	4,2	3,2	0,4	4,3	-0,4
Konsumgüter	Index	101,8	99,9	100,6	100,5	101,7	102,6	102,3	102,4	102,5	102,9	104,0	100,6	102,3
	gg. Vp. in %	2,3	-1,9	0,7	0,4	1,2	0,9	-0,3	-0,5	0,1	0,4	1,1	-3,3	1,7
	gg. Vj. in %	2,3	-1,9	0,7	0,1	1,8	2,8	2,1	2,2	3,3	2,8	4,0	0,7	1,6
Baugewerbe	Index	107,0	105,9	105,7	107,8	107,2	112,1	105,6	112,4	114,4	109,5	107,6	104,0	105,2
	gg. Vp. in %	7,9	-1,0	-0,2	1,8	-0,6	4,6	-5,8	3,2	1,8	-4,3	-1,7	-3,3	1,2
	gg. Vj. in %	7,9	-1,0	-0,3	1,0	2,4	13,6	-0,3	13,3	16,4	11,9	1,5	-1,2	-1,0
Bauhauptgewerbe ³	Index	112,7	111,5	113,8	117,8	117,2	123,2	115,9	123,3	125,7	120,5	116,4	113,7	117,6
	gg. Vp. in %	13,5	-1,1	2,1	1,3	-0,5	5,1	-5,9	3,4	1,9	-4,1	-3,4	-2,3	3,4
	gg. Vj. in %	13,6	-1,2	2,1	4,1	5,6	24,9	-0,2	27,0	27,9	21,2	0,9	-1,5	-0,2
Ausbaugewerbe	Index	101,8	100,8	98,2	98,7	98,1	102,1	96,3	102,5	104,1	99,6	99,7	95,2	94,0
	gg. Vp. in %	2,6	-1,0	-2,6	2,3	-0,6	4,1	-5,7	2,9	1,6	-4,3	0,1	-4,5	-1,3
	gg. Vj. in %	2,5	-0,9	-2,6	-2,3	-0,2	3,6	-0,2	1,2	6,4	2,9	2,5	-1,0	-2,1
Energie⁴	Index	95,5	97,4	96,5	97,3	94,6	91,9	92,2	93,3	90,5	91,8	91,7	92,1	92,8
	gg. Vp. in %	-4,5	2,0	-0,9	0,8	-2,8	-2,9	0,3	0,8	-3,0	1,4	-0,1	0,4	0,8
	gg. Vj. in %	-4,4	1,7	-0,9	-0,8	-0,4	-5,6	-4,4	-2,0	-5,4	-9,3	-5,9	-2,8	-4,6
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	106,5	105,9	105,7	105,8	107,5	109,0	108,1	110,0	108,7	108,3	108,6	107,4	108,3
	gg. Vp. in %	7,3	-0,6	-0,2	0,3	1,6	1,4	-0,8	2,0	-1,2	-0,4	0,3	-1,1	0,8
	gg. Vj. in %	7,1	-0,7	0,0	-0,6	3,7	4,5	2,5	6,6	4,9	2,5	2,6	1,7	3,1
Inland	Index	106,5	104,8	103,2	103,8	104,1	105,7	104,8	106,3	105,5	105,4	106,0	103,7	104,7
	gg. Vp. in %	7,3	-1,6	-1,5	1,1	0,3	1,5	-0,9	2,1	-0,8	-0,1	0,6	-2,2	1,0
	gg. Vj. in %	7,1	-1,7	-1,4	-1,2	1,9	3,3	2,1	4,2	3,7	2,3	3,9	0,5	2,1
darunter: Investitionsgüter	Index	108,7	109,5	107,6	108,1	108,9	111,0	109,8	111,6	110,4	111,0	110,1	109,3	109,9
	gg. Vp. in %	9,9	0,7	-1,7	1,3	0,7	1,9	-1,1	2,3	-1,1	0,5	-0,8	-0,7	0,5
	gg. Vj. in %	9,7	0,6	-1,6	-2,0	2,8	4,0	2,9	6,5	4,3	1,9	3,2	2,9	2,5
Ausland	Index	106,6	107,0	108,4	108,0	111,1	112,5	111,6	114,0	112,1	111,3	111,3	111,4	112,1
	gg. Vp. in %	7,4	0,4	1,3	-0,6	2,9	1,3	-0,8	2,0	-1,7	-0,7	0,0	0,1	0,6
	gg. Vj. in %	7,2	0,4	1,4	0,2	5,3	5,7	2,7	9,0	6,0	2,9	1,2	3,0	4,1
darunter: Eurozone	Index	104,6	98,9	97,1	96,7	99,5	99,7	100,4	99,2	100,0	100,0	101,7	99,8	99,6
	gg. Vp. in %	5,1	-5,4	-1,8	0,4	2,9	0,2	0,7	-2,3	0,8	0,0	1,7	-1,9	-0,2
	gg. Vj. in %	5,0	-5,5	-1,7	-2,2	3,7	3,9	4,3	3,3	4,5	3,8	6,2	3,2	3,6
		2011	2012		2013				2014					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	86,0	84,8	84,5	84,4	83,1	81,5	82,5	82,1	83,2	83,2	83,4	84,3	84,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	107,3	103,2	106,0	106,5	108,9	108,9	108,3	109,2	110,3	107,3	110,7	108,9	105,4
	gg. Vp. in %	7,7	-3,8	2,7	1,5	2,3	0,0	-0,6	0,0	1,0	-2,7	3,2	-1,6	-3,2
	gg. Vj. in %	7,7	-3,7	2,8	4,5	5,8	4,9	3,0	7,0	6,5	1,5	6,6	5,5	-2,4
Inland	Index	106,9	100,8	101,8	102,8	102,8	104,8	103,7	104,1	105,3	105,1	106,0	103,5	101,5
	gg. Vp. in %	7,4	-5,7	1,0	2,7	0,0	1,9	-1,0	2,0	1,2	-0,2	0,9	-2,4	-1,9
	gg. Vj. in %	7,3	-5,6	1,0	3,5	4,0	3,6	3,5	4,2	4,3	2,1	5,9	5,3	-0,5
Ausland	Index	107,6	105,1	109,4	109,5	113,7	112,3	112,1	113,4	114,3	109,1	114,5	113,3	108,6
	gg. Vp. in %	7,9	-2,3	4,1	0,7	3,8	-1,2	-0,2	-1,3	0,8	-4,5	4,9	-1,0	-4,1
	gg. Vj. in %	8,0	-2,3	4,2	5,2	7,1	5,9	2,8	9,2	8,2	0,9	7,2	5,7	-3,7
Eurozone	Index	106,6	95,6	98,9	97,9	104,2	99,2	102,9	98,4	104,9	94,4	102,7	108,6	97,3
	gg. Vp. in %	6,9	-10,3	3,5	0,3	6,4	-4,8	3,7	-9,4	6,6	-10,0	8,8	5,7	-10,4
	gg. Vj. in %	7,1	-10,4	3,8	4,0	10,3	3,5	4,7	4,4	11,5	-4,5	7,4	15,6	-6,5
Nicht-Eurozone	Index	108,3	111,7	116,8	117,5	120,4	121,3	118,6	123,9	120,8	119,3	122,8	116,5	116,5
	gg. Vp. in %	8,7	3,1	4,6	0,9	2,5	0,7	-2,2	3,9	-2,5	-1,2	2,9	-5,1	0,0
	gg. Vj. in %	8,7	3,2	4,6	6,0	5,3	7,3	1,7	12,3	6,1	4,2	7,3	0,3	-2,1
Vorleistungsgüter	Index	104,6	99,7	100,1	99,9	102,6	102,9	102,0	102,1	103,9	102,8	103,5	100,4	102,0
	gg. Vp. in %	4,9	-4,7	0,4	1,1	2,7	0,3	-0,9	0,9	1,8	-1,1	0,7	-3,0	1,6
	gg. Vj. in %	5,1	-4,7	0,3	1,2	4,1	4,0	3,2	4,8	6,4	1,1	4,8	1,9	3,1
Inland	Index	104,8	99,0	99,4	99,6	100,9	101,8	101,1	101,5	102,7	101,1	102,3	100,9	100,1
	gg. Vp. in %	5,2	-5,5	0,4	1,8	1,3	0,9	-0,7	0,0	1,2	-1,6	1,2	-1,4	-0,8
	gg. Vj. in %	5,3	-5,5	0,3	1,5	3,7	2,8	3,4	3,8	5,4	-0,6	5,2	3,5	1,7
Ausland	Index	104,4	100,6	100,9	100,1	104,6	104,3	103,0	102,9	105,3	104,8	104,9	99,9	104,3
	gg. Vp. in %	4,7	-3,6	0,3	0,1	4,5	-0,3	-1,2	2,1	2,3	-0,5	0,1	-4,8	4,4
	gg. Vj. in %	4,8	-3,6	0,3	0,7	4,7	5,3	3,1	6,1	7,4	2,9	4,6	0,1	4,6
Investitionsgüter	Index	109,7	105,8	110,5	111,5	113,6	113,4	112,9	114,2	114,9	111,1	116,0	115,0	107,6
	gg. Vp. in %	10,1	-3,6	4,4	1,9	1,9	-0,2	-0,4	-1,0	0,6	-3,3	4,4	-0,9	-6,4
	gg. Vj. in %	10,3	-3,6	4,6	7,1	7,0	5,1	2,7	8,1	6,3	1,6	8,2	8,1	-6,4
Inland	Index	109,7	103,3	104,9	107,0	105,6	108,5	106,7	106,9	108,7	109,8	110,3	107,0	102,9
	gg. Vp. in %	10,3	-5,8	1,5	4,2	-1,3	2,7	-1,7	3,3	1,7	1,0	0,5	-3,0	-3,8
	gg. Vj. in %	10,2	-5,7	1,5	5,8	4,4	4,1	3,7	4,4	3,4	4,5	7,0	7,9	-3,1
Ausland	Index	109,8	107,3	114,0	114,3	118,6	116,5	116,7	118,7	118,8	111,9	119,5	120,0	110,5
	gg. Vp. in %	10,2	-2,3	6,2	0,8	3,8	-1,8	0,2	-3,3	0,1	-5,8	6,8	0,4	-7,9
	gg. Vj. in %	10,2	-2,3	6,4	7,9	8,4	5,7	2,3	10,3	8,0	-0,2	9,0	8,2	-8,0
Konsumgüter	Index	102,7	101,9	103,5	104,1	106,5	106,9	108,0	109,4	108,4	102,8	109,6	107,4	107,0
	gg. Vp. in %	3,1	-0,8	1,6	0,5	2,3	0,4	1,0	4,1	-0,9	-5,2	6,6	-2,0	-0,4
	gg. Vj. in %	3,2	-1,0	1,7	1,5	4,6	7,0	4,2	10,2	8,1	3,0	4,1	4,5	4,2
Inland	Index	102,2	97,0	97,8	97,3	98,2	101,3	100,9	102,4	100,3	101,1	102,6	98,5	101,7
	gg. Vp. in %	2,6	-5,1	0,8	-1,1	0,9	3,2	-0,4	4,9	-2,1	0,8	1,5	-4,0	3,2
	gg. Vj. in %	2,7	-5,1	0,8	0,8	2,9	4,2	2,6	5,9	2,8	3,8	3,9	1,0	2,9
Ausland	Index	103,2	106,0	108,4	109,9	113,6	111,6	114,1	115,3	115,4	104,2	115,6	115,1	111,6
	gg. Vp. in %	3,6	2,7	2,3	1,8	3,4	-1,8	2,2	3,3	0,1	-9,7	10,9	-0,4	-3,0
	gg. Vj. in %	3,7	2,6	2,2	2,0	6,0	9,4	5,6	13,8	12,4	2,3	4,3	7,2	5,2
Industrie ohne Großaufträge²	Index	106,4	103,4	105,0	105,5	107,0	108,7	106,9	109,3	109,2	107,6	109,0	105,2	106,4
	gg. Vp. in %	6,8	-2,8	1,5	1,2	1,4	1,6	-1,7	2,5	-0,1	-1,5	1,3	-3,5	1,1
	gg. Vj. in %	6,7	-2,6	1,4	2,8	4,2	5,3	2,6	6,9	6,0	3,3	4,5	1,9	1,2

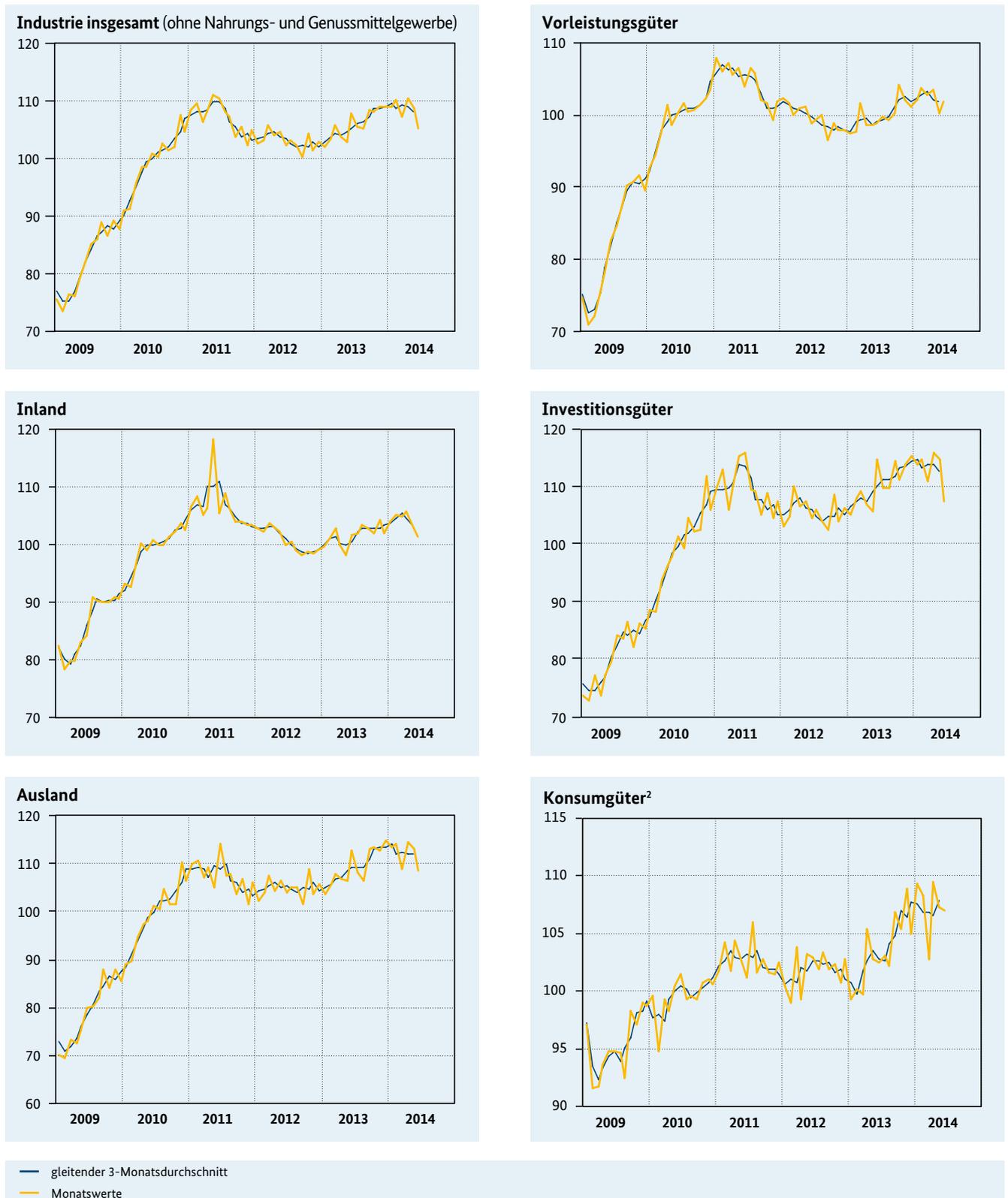
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

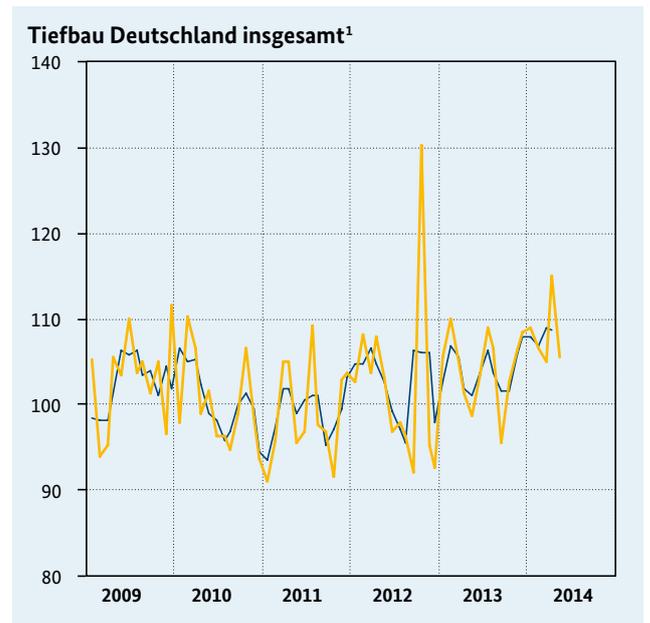
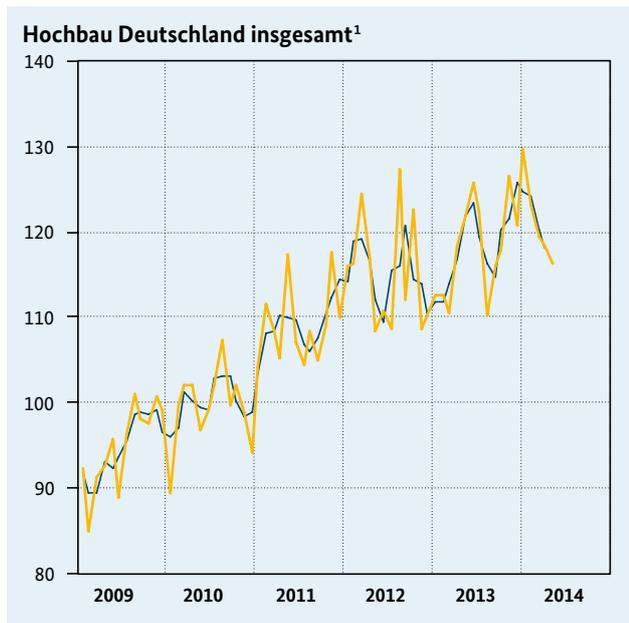
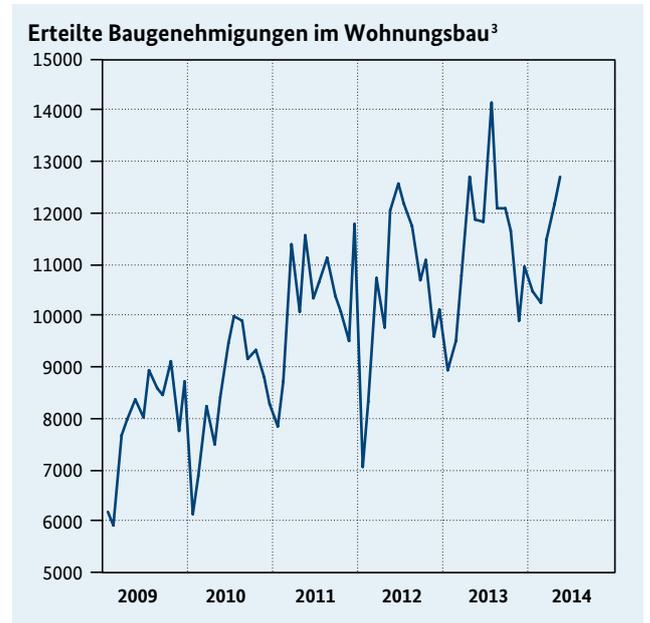
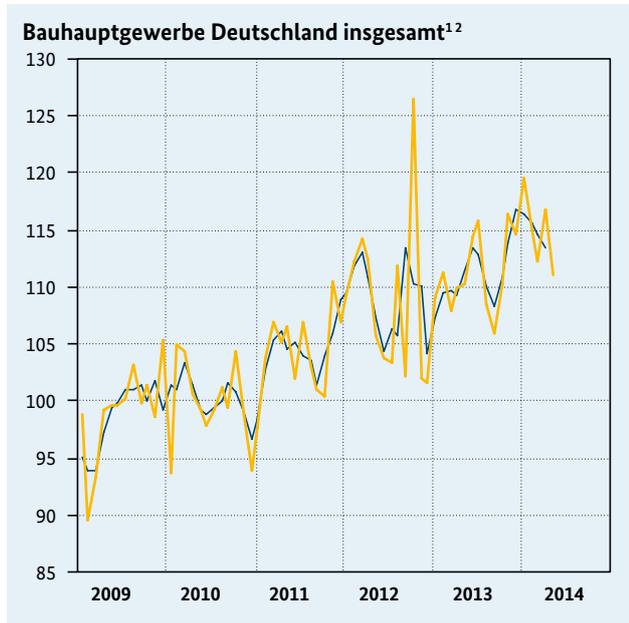
					2013			2014		2014					
		2011	2012	2013	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	104,3	108,8	111,3	111,6	110,1	113,8	115,7	114,7	119,6	115,1	112,4	116,8	111,1
		gg. Vp. in %	4,4	4,3	2,3	1,9	-1,3	3,4	1,7	-1,5	4,3	-3,8	-2,3	3,9	-4,9
		gg. Vj. in %	4,4	4,2	2,2	3,9	4,4	2,5	5,5	12,0	11,6	2,2	4,2	6,6	0,5
Hochbau		Index	109,2	115,4	118,1	122,1	116,4	121,8	124,3	120,9	130,0	123,4	119,5	118,5	116,5
		gg. Vp. in %	9,6	5,7	2,3	8,9	-4,7	4,6	2,1	-4,5	7,5	-5,1	-3,2	-0,8	-1,7
		gg. Vj. in %	9,3	5,7	2,4	8,9	0,4	6,2	10,7	9,1	15,9	9,8	7,9	0,4	-4,5
Wohnungsbau		Index	117,4	126,2	131,1	132,9	131,9	132,2	142,1	137,7	143,4	147,7	135,2	142,8	140,4
		gg. Vp. in %	18,6	7,5	3,9	4,4	-0,8	0,2	7,5	7,8	4,1	3,0	-8,5	5,6	-1,7
		gg. Vj. in %	17,9	7,2	4,3	6,0	8,1	3,4	11,6	9,6	8,7	20,9	6,7	14,6	8,9
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	105,1	110,0	111,7	116,7	108,8	116,7	115,5	112,6	123,4	111,3	111,7	106,5	104,7
		gg. Vp. in %	5,2	4,7	1,5	11,7	-6,8	7,3	-1,0	-10,7	9,6	-9,8	0,4	-4,7	-1,7
		gg. Vj. in %	5,0	5,1	1,4	10,7	-3,6	7,9	10,2	8,8	20,3	3,6	8,7	-7,8	-11,8
Tiefbau		Index	99,3	102,3	104,5	101,2	103,8	105,9	107,0	108,4	109,1	106,8	105,2	115,2	105,6
		gg. Vp. in %	-0,8	3,0	2,2	-5,4	2,6	2,0	1,0	1,8	0,6	-2,1	-1,5	9,5	-8,3
		gg. Vj. in %	-0,3	2,5	2,0	-1,3	8,8	-1,8	-0,2	15,8	6,2	-5,8	0,4	13,5	6,5
Straßenbau		Index	96,4	98,3	103,4	102,2	98,1	104,0	110,7	105,9	93,4	132,5	106,1	106,7	108,6
		gg. Vp. in %	-3,7	2,0	5,2	-6,6	-4,0	6,0	6,4	7,0	-11,8	41,9	-19,9	0,6	1,8
		gg. Vj. in %	-2,8	2,1	3,7	-3,0	6,7	4,9	1,9	14,1	-19,2	29,2	-2,6	4,9	8,1
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	101,1	104,7	105,1	100,6	107,3	107,0	104,9	109,9	118,6	91,3	104,7	120,3	103,8
		gg. Vp. in %	1,0	3,6	0,4	-4,6	6,7	-0,3	-2,0	-1,0	7,9	-23,0	14,7	14,9	-13,7
		gg. Vj. in %	1,2	2,9	1,0	-0,1	10,2	-4,9	-1,2	16,7	19,2	-19,9	2,4	19,7	5,4
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	109,9	112,7	114,2	116,0	111,8	119,6	121,1	115,2	132,6	114,7	116,0	116,8	108,3
		gg. Vp. in %	10,3	2,5	1,3	6,0	-3,6	7,0	1,3	-11,1	15,1	-13,5	1,1	0,7	-7,3
		gg. Vj. in %	9,7	2,8	1,2	5,6	-1,2	5,8	10,1	6,4	26,0	0,4	7,1	5,0	-6,6
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	93,2	98,0	100,4	98,7	99,8	100,6	99,5	104,7	96,7	102,4	99,4	106,4	102,1
		gg. Vp. in %	-7,3	5,2	2,4	-3,7	1,1	0,8	-1,1	6,1	-7,6	5,9	-2,9	7,0	-4,0
		gg. Vj. in %	-6,2	4,4	2,2	1,1	8,8	-2,1	-2,7	22,3	-5,2	-4,7	-0,1	4,5	4,4
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	68220	70395	76490	19365	21801	18697	17832	6228	5640	5879	6312	6890	6921
		gg. Vj. in %	15,8	3,2	8,7	2,6	14,2	5,6	7,2	6,6	5,4	9,2	7,1	2,7	10,0
Wohngebäude		Mio. €	37290	39266	43680	11467	12364	10656	10414	3538	3357	3307	3750	3959	4186
		gg. Vj. in %	22,3	5,3	11,2	8,1	14,7	10,1	13,3	10,8	16,7	12,5	11,0	-0,1	12,4
Nichtwohngebäude		Mio. €	30930	31129	32809	7897	9437	8041	7418	2690	2283	2573	2563	2931	2735
		gg. Vj. in %	8,8	0,6	5,4	-4,4	13,5	0,3	-0,2	1,5	-7,7	5,2	1,8	6,7	6,5
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	22956	23531	23624	5850	6802	5964	5688	2090	1658	2007	2023	2093	2128
		gg. Vj. in %	22,7	2,5	0,4	-9,2	8,9	2,7	13,6	18,2	-4,5	36,7	12,2	3,9	14,5
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7975	7598	9185	2047	2635	2077	1731	600	626	566	539	838	607
		gg. Vj. in %	-17,9	-4,7	20,9	12,3	27,7	-6,1	-28,7	-32,0	-15,1	-42,1	-24,3	14,5	-14,4
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	124	126	137	36,5	38,4	32,6	32,3	11,0	10,5	10,3	11,5	12,2	12,7
		gg. Vj. in %	20,8	2,0	8,5	5,9	10,7	5,8	10,2	8,4	16,9	8,0	6,5	-4,2	6,9
		gg. Vp. in %	21,0	2,4	8,9	5,7	3,5	-6,2	7,4	0,6	14,1	-6,6	-4,1	4,1	-1,3
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,5	71,7	71,8	79,5	78,0	63,7	75,0	60,1	65,2	71,6	75,8	77,6	77,9
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	19,9	18,1	28,4	2,7	7,7	24,7	2,7	40,0	16,0	3,0	3,0	2,0	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	15,0	2,8	6,3	7,0	10,1	14,1	13,3	13,7	14,8	13,2	11,8	8,6	-
Geschäftslage	Salden	26,4	13,6	9,3	10,9	12,1	16,4	18,2	18,7	18,9	17,9	17,9	14,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	-7,5	3,4	3,1	8,2	11,8	8,4	8,9	10,7	8,6	6,0	3,2	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	20,6	4,0	9,3	10,4	14,0	18,8	18,3	19,1	20,2	19,0	15,7	12,4	-
Geschäftslage	Salden	36,7	17,8	12,3	14,3	15,5	22,0	23,9	25,0	24,7	24,7	22,3	18,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	5,8	-9,0	6,4	6,4	12,7	15,8	12,8	13,3	15,8	13,4	9,3	6,4	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	20,7	2,9	8,1	8,0	14,2	19,1	17,3	19,5	19,5	17,2	15,1	14,1	-
Geschäftslage	Salden	38,0	15,2	7,8	9,0	12,9	22,1	23,8	28,5	26,9	22,5	21,9	21,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,7	-8,8	8,5	7,0	15,5	16,3	10,9	10,8	12,4	11,9	8,5	7,3	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	26,6	4,4	10,5	12,9	15,3	21,5	24,7	23,5	27,9	26,1	20,0	13,4	-
Geschäftslage	Salden	46,3	23,2	14,8	17,2	18,5	24,4	28,9	26,7	29,4	30,0	27,4	20,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	8,8	-12,7	6,3	8,7	12,2	18,7	20,5	20,4	26,4	22,3	12,9	7,0	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	5,7	8,7	10,3	11,9	13,1	9,0	10,9	8,7	9,0	9,3	6,2	-
Geschäftslage	Salden	15,6	13,6	16,2	18,7	16,4	18,0	16,6	14,8	14,3	18,8	16,7	13,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,9	-1,9	1,5	2,2	7,5	8,2	1,6	7,0	3,1	-0,3	2,1	-0,5	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-6,2	-5,1	-0,1	-3,8	-2,5	-0,2	-3,7	-3,6	-3,5	-4,0	-3,7	-5,5	-
Geschäftslage	Salden	-6,6	-3,9	0,8	1,2	0,7	-3,3	-2,4	-3,8	-2,0	-2,5	-2,6	-4,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-5,8	-6,2	-1,0	-8,7	-5,6	3,0	-5,1	-3,3	-5,0	-5,6	-4,7	-6,6	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	23,0	17,1	17,0	18,6	19,5	21,8	22,9	19,2	22,1	21,5	25,2	22,5	-
Geschäftslage	Salden	32,7	28,4	23,1	24,2	25,7	31,9	33,5	32,4	33,2	30,8	36,6	30,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	13,8	6,3	11,2	13,2	13,3	12,3	12,8	6,7	11,5	12,6	14,4	14,7	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	67,2	24,8	16,9	19,8	30,3	47,5	63,1	51,3	59,5	62,1	67,7	61,8	44,3
Konjunkturerwartungen	Salden	-17,2	-5,0	44,7	42,6	56,5	54,7	35,4	46,6	43,2	33,1	29,8	27,1	8,6

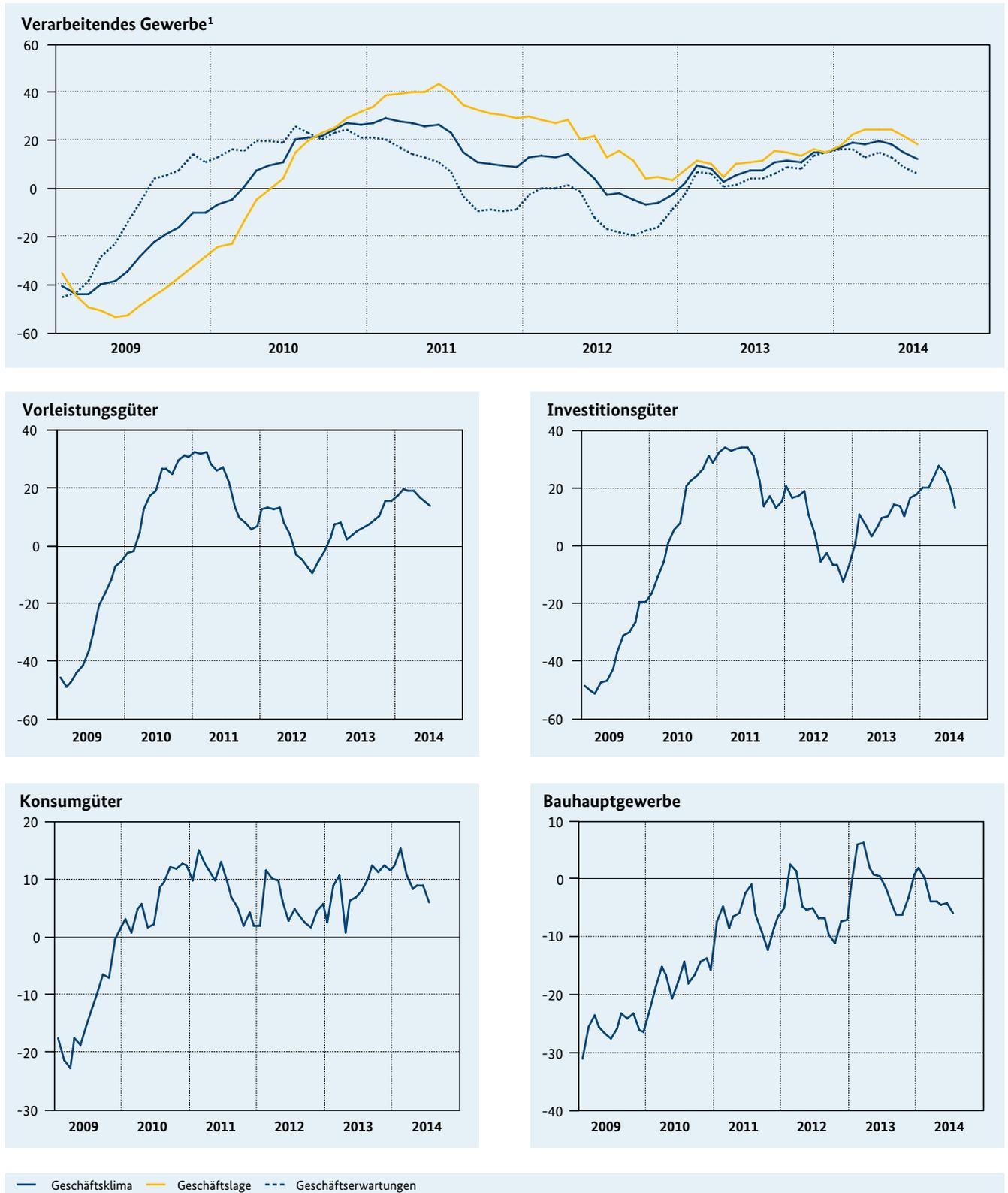
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

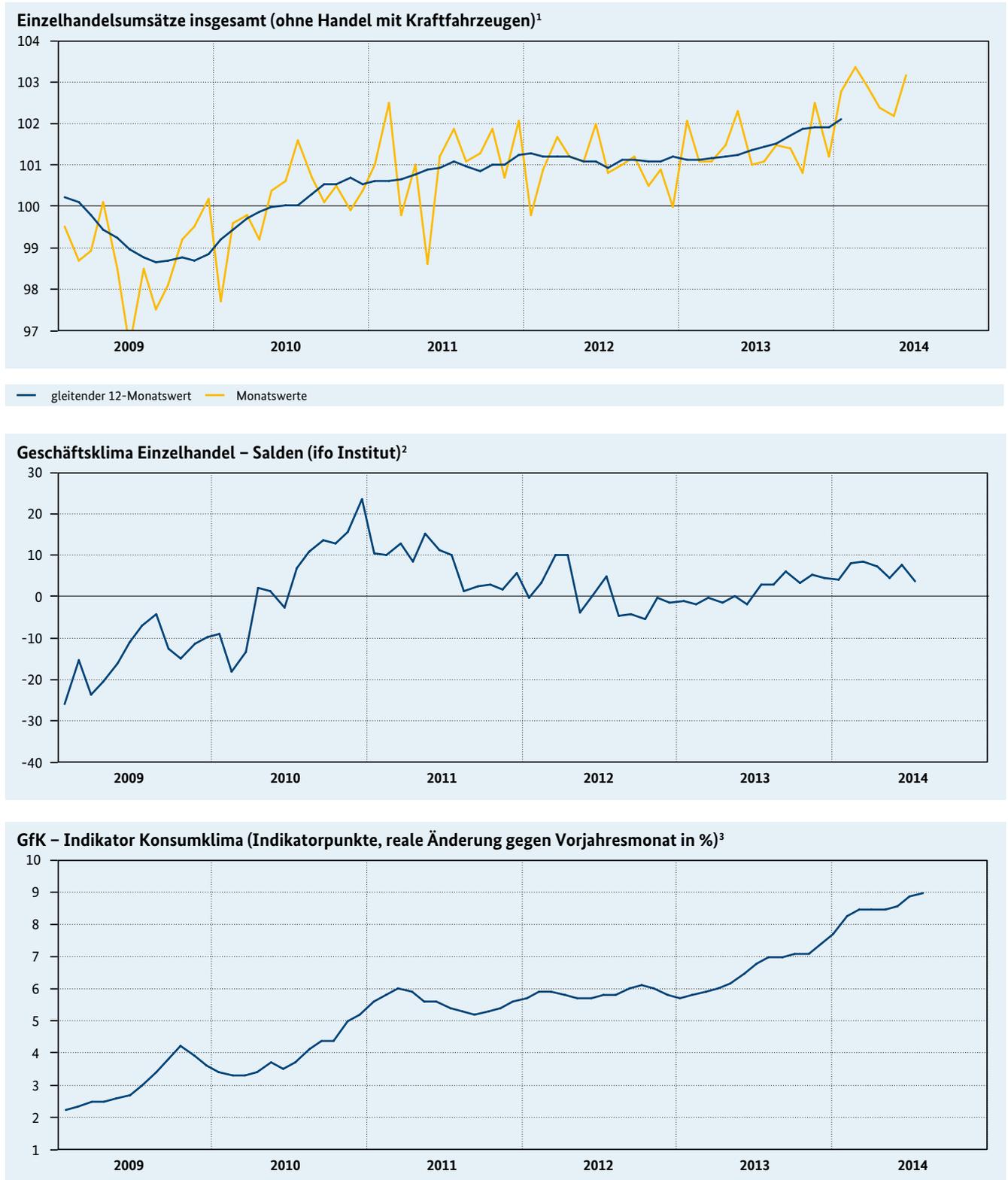
					2011	2012			2013				2014	
		2011	2012	2013	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	105,7	106,5	107,5	106,3	106,3	106,3	106,6	106,6	106,9	107,6	108,0	107,7	108,4
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	2,3	0,8	0,9	0,1	-0,0	0,0	0,3	0,1	0,3	0,7	0,3	-0,3	0,7
	gg. Vj. in %	2,3	0,8	0,9	1,6	1,7	0,8	0,0	0,5	-0,4	1,3	1,8	0,9	1,1
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1642	1680	1717	415	417	418	421	422	424	429	432	433	436
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	3,8	2,3	2,2	0,7	0,5	0,2	0,6	0,4	0,4	1,0	0,8	0,1	0,7
	gg. Vj. in %	3,8	2,3	2,2	3,5	3,5	2,2	1,7	1,9	0,6	2,6	3,3	2,5	2,5
Einzelhandelsumsätze¹														
		2011	2012	2013	2013			2014		2014				
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Einzelhandel	Index	101,1	100,9	101,5	101,3	101,5	103,0	102,6	102,9	102,4	102,2	103,2	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	1,1	-0,2	0,6	-0,3	0,2	1,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,2	1,0	-	-
	gg. Vj. in %	1,1	-0,2	0,5	0,4	0,7	1,7	1,0	1,8	0,9	-0,1	2,4	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,4	100,3	101,3	101,3	101,2	102,0	103,1	103,1	103,3	101,9	104,1	-	-
	gg. Vp. In %	0,2	-0,1	1,0	0,4	-0,1	0,8	1,1	1,2	0,2	-1,4	2,2	-	-
	gg. Vj. in %	0,2	-0,2	1,0	0,8	0,9	0,6	2,3	1,7	3,4	0,4	2,9	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,6	99,2	99,3	100,2	99,0	101,9	99,7	101,6	96,0	101,6	101,6	-	-
	gg. Vp. In %	0,6	-1,4	0,1	-1,1	-1,2	2,9	-2,2	-1,2	-5,5	5,8	0,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	-1,4	0,2	1,3	0,9	5,8	-1,5	10,1	-6,4	1,3	0,9	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	108,8	115,7	117,5	117,8	118,5	117,6	120,2	116,8	119,9	122,0	118,6	-	-
	gg. Vp. In %	8,9	6,3	1,6	2,1	0,6	-0,8	2,2	-0,8	2,7	1,8	-2,8	-	-
	gg. Vj. in %	9,3	5,9	1,7	2,6	2,5	-0,6	4,2	-4,6	3,7	6,3	2,8	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	103,0	102,7	99,9	99,4	98,9	100,8	99,3	100,6	99,7	98,9	99,3	-	-
	gg. Vp. In %	3,1	-0,3	-2,7	-1,7	-0,5	1,9	-1,5	-1,3	-0,9	-0,8	0,4	-	-
	gg. Vj. in %	3,0	-0,3	-2,8	-3,9	-3,1	1,0	-1,8	2,4	-0,7	-3,3	-1,2	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	105,5	103,3	102,3	102,4	104,4	106,6	-	105,8	105,2	103,9	-	-	-
	gg. Vp. In %	6,5	-2,1	-1,0	0,3	2,0	2,1	-	-0,8	-0,6	-1,2	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,2	-2,1	-1,0	-0,5	3,6	6,3	-	5,1	3,4	1,5	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,4	102,2	101,2	101,9	101,9	102,9	101,5	102,1	99,8	103,1	101,5	-	-
	gg. Vp. In %	2,5	-0,2	-1,0	1,6	0,0	1,0	-1,4	-1,4	-2,3	3,3	-1,6	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	0,0	-1,1	-0,5	-0,2	1,8	1,3	0,7	-1,0	4,9	-0,3	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3174	3083	2952	714	735	712	827	296	274	275	278	270	-
	gg. Vj. in %	8,8	-2,9	-4,2	-1,4	1,6	5,6	-0,3	5,4	-3,6	5,2	-1,9	6,8	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1274	1176	1120	280	264	259	313	110	105	102	106	103	-
	gg. Vj. in %	2,4	-7,7	-4,8	0,0	0,5	7,4	-6,6	2,5	-7,5	-5,0	-7,3	-5,0	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,2	106,3	106,5	106,7	106,5	106,4	106,7	107,0	-
	gg. Vj. in %	2,1	2,0	1,5	1,6	1,3	1,2	1,1	1,0	1,3	0,9	1,0	0,8	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	2,2	3,4	4,4	5,1	3,7	3,1	0,8	2,2	1,8	0,5	0,0	0,1	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	9,4	5,8	4,1	4,0	2,7	-0,6	-0,1	-0,8	-0,2	-0,1	0,1	-0,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	4,5	2,5	-0,5	-0,5	-1,0	-0,9	-0,1	-0,5	-0,7	-0,2	0,5	-0,4	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima⁴	Salden	7,9	0,8	1,7	4,1	4,5	7,0	6,8	8,5	7,6	4,8	8,0	3,8	-
Geschäftslage	Salden	13,5	8,5	5,7	6,5	7,7	11,6	13,7	16,0	12,8	11,8	16,6	12,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,4	-6,7	-2,2	1,9	1,4	2,5	0,2	1,1	2,6	-1,9	-0,2	-4,7	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,6	5,9	6,5	6,9	7,2	8,2	8,5	8,5	8,5	8,5	8,6	8,9	9,0
Anschaffungsneigung	Punkte	34,9	33,6	40,0	41,7	45,0	48,4	50,4	49,2	49,7	50,6	51,0	51,0	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	163	199	193	46	51	51	49	17,8	16,3	17,1	16,8	17,2	14,8
	gg. Vp. in %	14,7	21,9	-2,7	-6,6	12,0	-0,0	-4,6	10,7	-8,6	5,3	-2,1	2,7	-13,7
Warenhandel	in Mrd. €	161	199	213	50	55	53	53	18,7	16,9	17,5	18,0	18,7	16,0
	gg. Vp. in %	1,6	23,7	7,1	-8,6	10,8	-3,8	-0,6	2,7	-9,6	3,4	3,0	4,1	-14,7
Ausfuhr	in Mrd. €	1026	1077	1089	272	277	276	278	93,8	92,3	90,3	92,6	92,3	92,7
	gg. Vp. in %	12,3	5,0	1,1	0,3	1,8	-0,1	0,4	2,2	-1,6	-2,2	2,6	-0,4	0,4
Einfuhr	in Mrd. €	865	878	876	222	222	223	225	75,1	75,4	72,8	74,6	73,5	76,7
	gg. Vp. in %	14,6	1,5	-0,2	2,5	-0,2	0,8	0,7	2,1	0,4	-3,5	2,5	-1,4	4,3
Dienstleistungen	in Mrd. €	-33	-36	-48	-11	-12	-8	-9	-3,1	-2,5	-2,7	-3,3	-2,7	-3,2
	gg. Vp. in %	14,0	8,9	32,4	-9,9	12,1	-32,4	10,7	-19,3	-19,0	9,3	20,3	-16,6	15,8
Einnahmen	in Mrd. €	178	188	197	50	50	51	51	16,7	17,1	17,1	16,6	17,1	17,6
	gg. Vp. in %	5,0	5,5	4,8	3,8	-0,7	1,8	0,8	-1,4	2,7	0,0	-3,1	3,2	2,7
Ausgaben	in Mrd. €	211	224	244	61	62	59	60	19,7	19,6	19,8	19,8	19,8	20,7
	gg. Vp. in %	6,3	6,0	9,2	1,1	1,6	-4,9	2,1	-4,6	-0,7	1,2	0,1	-0,1	4,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	71	75	72	17	19	17	16	5,5	5,6	5,9	6,5	4,7	5,0
	gg. Vp. in %	33,4	6,2	-4,2	-6,1	11,0	-9,6	-5,1	-15,8	0,4	6,7	10,1	-28,7	6,9
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-35	-39	-43	-10	-11	-11	-11	-3,4	-3,7	-3,6	-4,5	-3,5	-3,0
	gg. Vp. in %	-12,1	10,7	11,7	-11,8	4,2	0,9	2,5	-31,4	10,1	-3,8	26,3	-23,3	-14,7

Außenhandel nach Ländern²

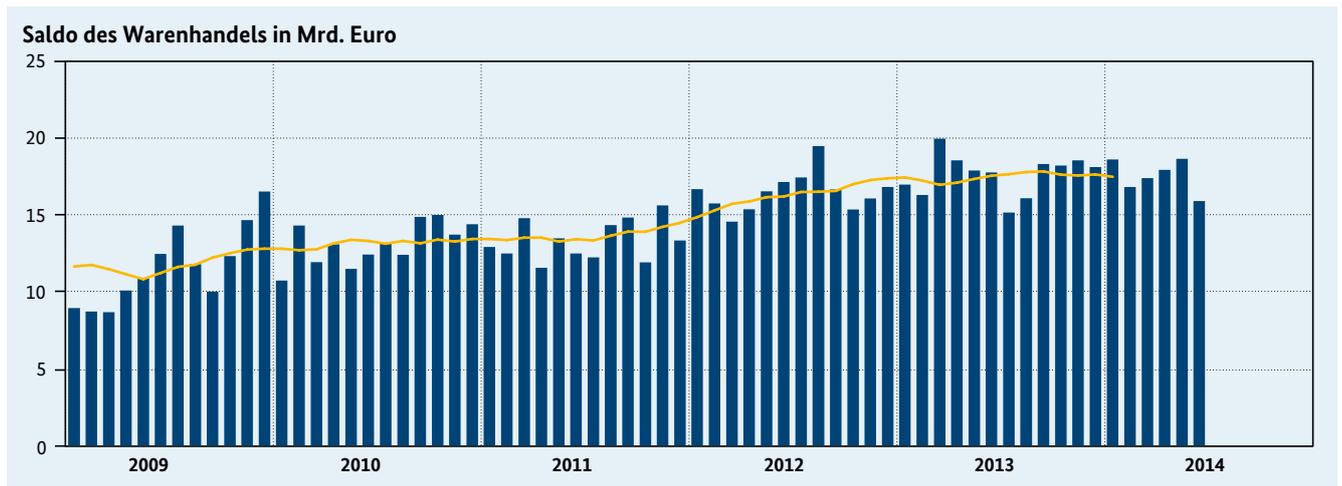
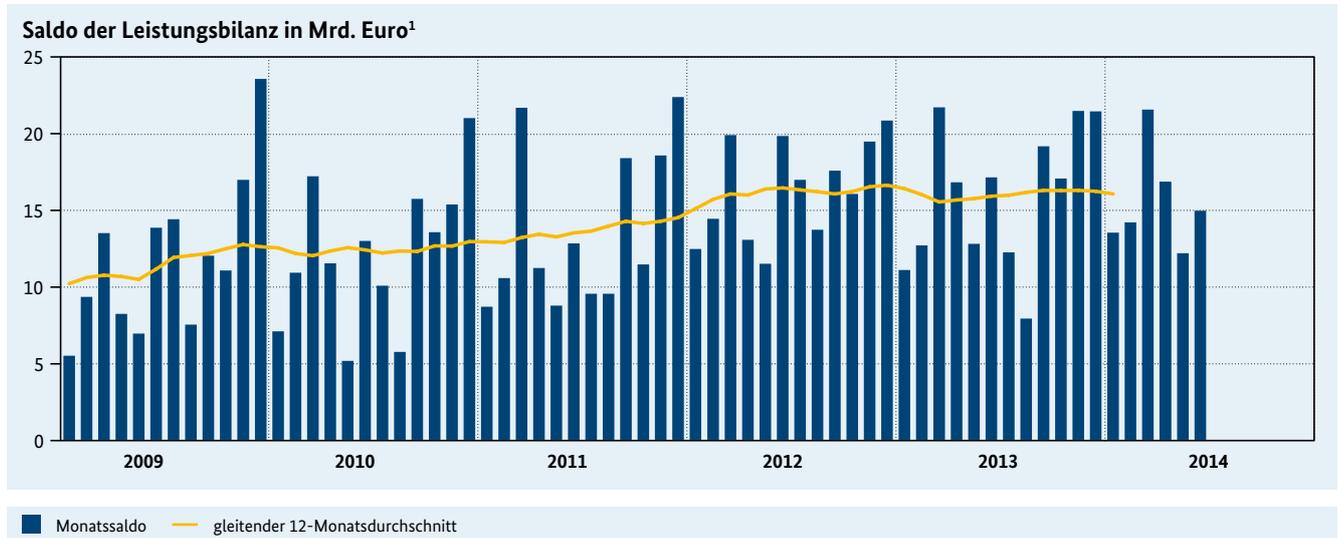
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1061	1096	1094	273	276	279	279	90,7	92,4	96,0	93,7	92,1	93,4
	gg. Vj. in %	11,5	3,3	-0,2	-0,8	1,9	3,1	1,7	2,9	4,6	1,9	-0,3	4,3	1,1
EU-Länder	in Mrd. €	630	623	623	153	157	165	-	54,5	54,7	55,5	54,6	53,1	-
	gg. Vj. in %	10,0	-1,2	0,1	0,9	3,3	5,1	-	5,3	6,6	3,6	4,0	6,1	-
Eurozone ¹	in Mrd. €	422	408	403	98	101	105	-	35,1	34,9	35,2	35,1	33,8	-
	gg. Vj. in %	8,4	-3,4	-1,1	0,1	1,6	2,4	-	3,3	3,7	0,2	2,6	4,4	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	208	215	220	55	56	60	-	19,4	19,8	20,3	19,5	19,4	-
	gg. Vj. in %	13,2	3,3	2,2	2,2	6,4	10,4	-	9,1	12,1	10,1	6,7	9,2	-
Drittländer	in Mrd. €	431	473	471	119	119	114	-	36,2	37,7	40,5	39,1	38,9	-
	gg. Vj. in %	13,8	9,7	-0,5	-2,9	0,2	0,3	-	-0,5	1,8	-0,4	-5,7	2,1	-
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	903	906	896	223	226	231	228	75,7	76,2	79,4	76,5	74,3	77,0
	gg. Vj. in %	13,2	0,4	-1,1	-0,5	0,0	4,4	0,8	1,5	6,5	5,3	0,7	-0,4	2,1
EU-Länder	in Mrd. €	506	504	514	125	132	134	-	42,5	45,0	46,9	45,2	43,4	-
	gg. Vj. in %	13,7	-0,3	2,0	1,6	5,2	6,3	-	3,6	9,7	5,6	3,9	-0,2	-
Eurozone	in Mrd. €	339	339	344	83	87	89	-	28,5	29,7	31,1	29,9	28,6	-
	gg. Vj. in %	12,7	0,0	1,3	0,5	4,1	5,5	-	4,0	8,8	3,8	2,5	-2,8	-
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	167	165	171	42	44	45	-	14,1	15,3	15,8	15,4	14,8	-
	gg. Vj. in %	15,8	-1,1	3,4	3,9	7,3	7,8	-	2,8	11,4	9,2	6,8	5,1	-
Drittländer	in Mrd. €	396	401	382	97	94	97	-	33,2	31,2	32,5	31,3	30,8	-
	gg. Vj. in %	12,6	1,3	-4,9	-3,2	-6,4	2,0	-	-1,0	2,3	5,0	-3,6	-0,7	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

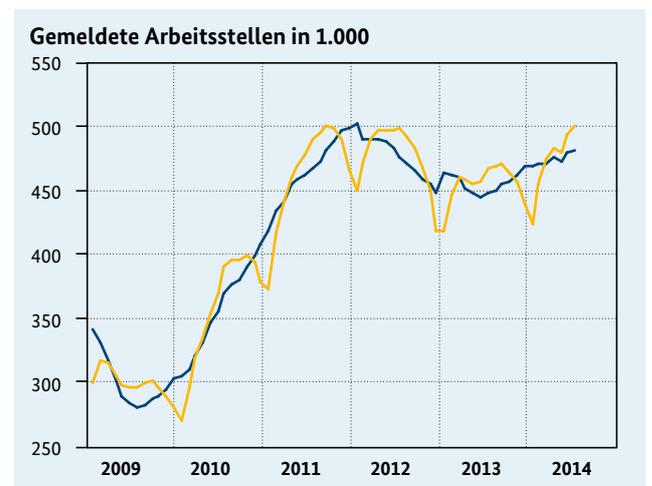
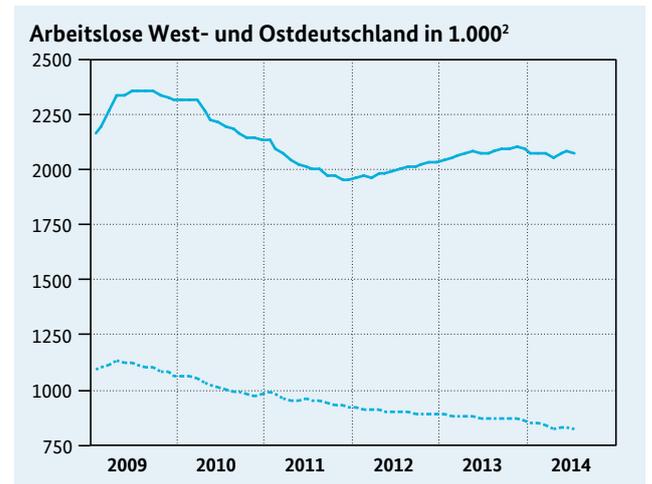
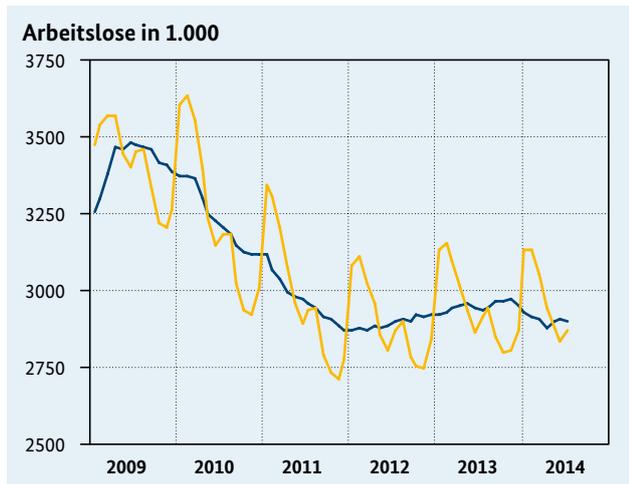
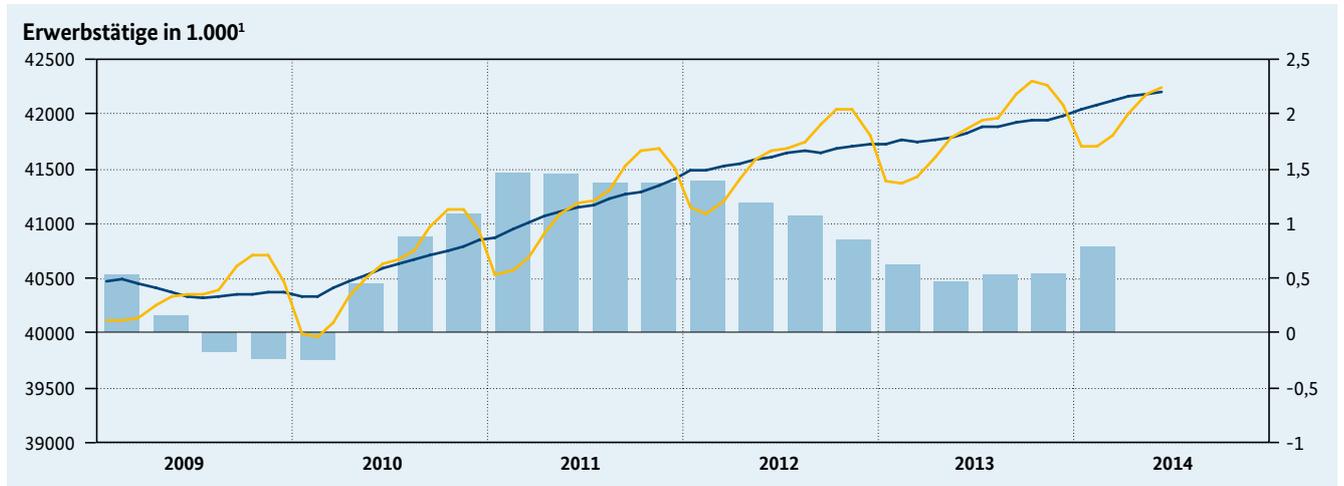
					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	41152	41607	41847	42029	42214	41738	42137	41709	41805	41997	42176	42239	-
	gg. Vj. in Tsd.	+565	+456	+239	+250	+253	+345	+388	+341	+372	+398	+389	+377	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	28471	29006	29369	29542	29685	29404	-	29374	29508	29637	29719	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+692	+535	+363	+382	+340	+402	-	+393	+446	+436	+442	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2501	2316	2270	2203	2155	2357	2168	2351	2321	2262	2119	2122	-
	gg. Vj. in Tsd.	-445	-185	-46	-85	-67	-115	-83	-195	-51	+19	-101	-166	-
Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,1	5,0	5,5	5,1	5,5	5,5	5,3	5,0	5,0	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2976	2897	2950	2903	2827	3109	2886	3138	3055	2943	2882	2833	2871
	gg. Vj. in Tsd.	-263	-79	+53	+46	+45	-21	-55	-18	-43	-77	-55	-32	-43
SGB II	in Tsd.	2084	1995	1981	1969	1935	2031	1986	2033	2029	2005	1989	1964	1963
	gg. Vj. in Tsd.	-79	-89	-14	-2	+32	+9	-10	+10	+3	-14	-13	-3	-9
SGB III	in Tsd.	892	902	970	934	891	1078	900	1105	1026	938	893	869	909
	gg. Vj. in Tsd.	-184	+10	+67	+49	+13	-30	-45	-28	-46	-63	-42	-29	-34
Westdeutschland	in Tsd.	2026	2000	2080	2074	2009	2192	2063	2210	2160	2094	2061	2034	2076
	gg. Vj. in Tsd.	-201	-26	+80	+75	+66	+22	-5	+22	+9	-14	-7	+5	-1
Ostdeutschland	in Tsd.	950	897	870	829	817	917	823	928	895	850	821	799	796
	gg. Vj. in Tsd.	-62	-53	-27	-29	-21	-43	-49	-40	-52	-63	-48	-37	-42
Arbeitslosenquote	in %	7,1	6,8	6,9	6,7	6,6	7,2	6,6	7,3	7,1	6,8	6,6	6,5	6,6
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,1	6,0	5,8	6,3	5,9	6,4	6,2	6,0	5,9	5,8	5,9
Ostdeutschland	in %	11,3	10,7	10,3	9,8	9,7	10,9	9,7	11,0	10,6	10,0	9,7	9,5	9,4
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	685	648	648	668	635	688	587	634	628	612	598	549	668
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	704	643	645	673	627	628	661	632	711	724	660	598	629
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	100	67	77	57	61	61	-	58	61	56	60	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-329	-34	+10	+14	-15	-41	-	-46	-37	-44	-14	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	4212	3927	3901	3841	3777	4021	3810	4061	3983	3877	3801	3753	3756
	gg. Vj. in Tsd.	-535	-285	-26	-6	-19	-56	-98	-46	-81	-109	-99	-87	-112
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	466	478	434	445	428	426	457	429	447	455	452	462	502
	gg. Vj. in Tsd.	+107	+11	-43	-48	-19	-1	+18	-2	+4	+15	+15	+25	+58
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+565	+456	+239	+106	+66	+128	+90	+49	+34	+32	+21	+14	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+692	+535	+363	+105	+62	+160	-	+61	+50	+35	+25	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-441	-193	-49	-25	-24	-18	-25	-5	-4	-5	-9	-28	-
Erwerbslosenquote	in %	6,0	5,5	5,3	5,3	5,2	5,2	5,1	5,2	5,2	5,1	5,1	5,1	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-262	-76	+54	-5	+13	-44	-16	-12	-10	-25	+25	+9	-18
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-201	-23	+80	+13	+17	-23	-14	-8	-5	-16	+10	+4	-2
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-18	-4	-21	-2	-4	-5	-9	+15	+5	-16
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-201	-23	+80	+6	+13	-22	-2	-6	-1	-12	+16	+7	-8
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-61	-52	-27	-12	-0	-22	-15	-6	-9	-14	+10	+1	-9
Arbeitslosenquote	in %	7,0	6,8	6,9	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
Westdeutschland	in %	6,0	5,9	6,0	6,0	6,0	6,0	5,9	6,0	6,0	5,9	5,9	6,0	5,9
Ostdeutschland	in %	11,3	10,6	10,3	10,2	10,2	9,9	9,8	9,9	9,8	9,7	9,8	9,8	9,7
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-535	-282	-25	-21	-24	-25	-28	-7	-19	-16	+3	+3	-33
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+107	+12	-43	-2	+9	+7	+4	+2	+1	+2	-2	+5	+32
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	109,4	107,0	106,1	106,3	107,1	107,5	106,8	108,0	107,4	107,4	106,9	106,1	106,0
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,7	98,7	99,7	100,3	100,2	101,8	100,4	102,2	101,5	101,2	100,5	99,6	99,3
BA-X Stellenindex	Index	168,3	166,3	150,3	149,0	151,0	154,3	152,7	153,0	154,0	155,0	150,0	153,0	166,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

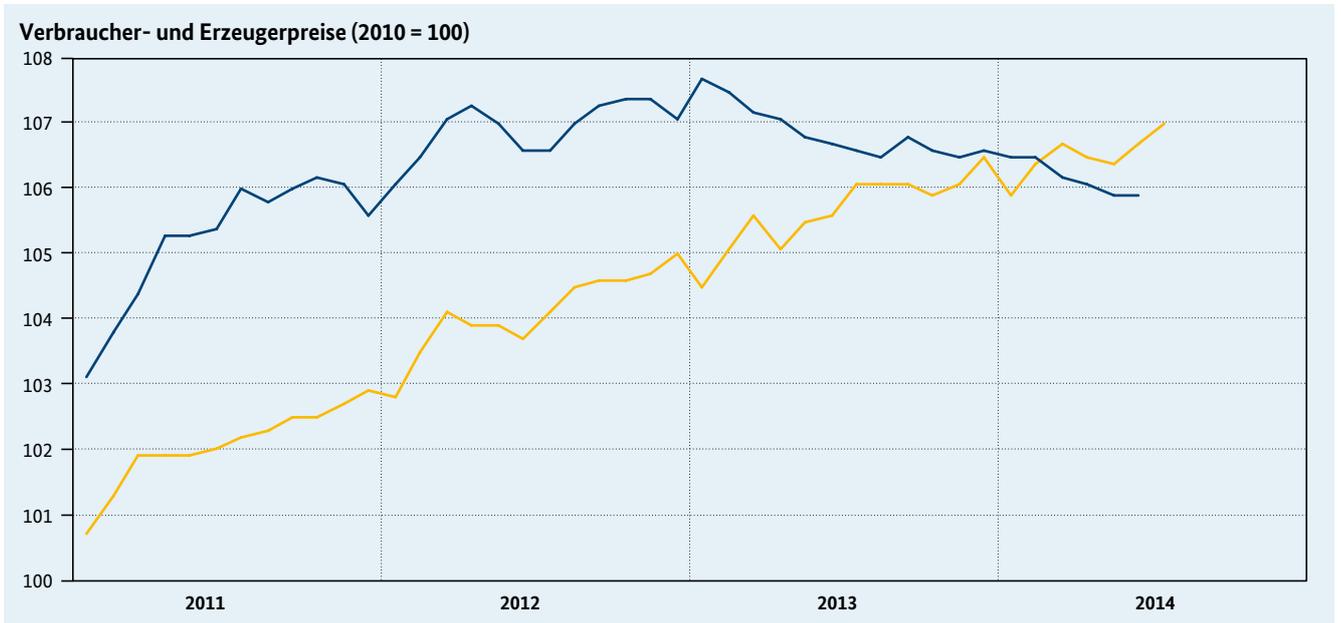
Bundesrepublik Deutschland

		2013			2014				2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,2	106,3	106,5	106,4	106,7	106,5	106,4	106,7	107,0
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,2	+1,0	+1,3	+0,9	+1,0	+0,8
Waren	Index	103,1	105,9	107,7	107,8	108,0	107,9	108,2	107,9	108,3	108,4	108,2	108,1	107,8
	gg. Vj. in %	+3,1	+2,7	+1,7	+1,8	+1,2	+0,7	+0,3	+0,6	+0,6	+0,5	+0,3	+0,3	+0,1
Verbrauchsgüter	Index	104,9	109,0	111,5	111,9	111,6	112,0	112,1	112,1	111,9	112,1	112,0	112,2	112,2
	gg. Vj. in %	+4,9	+3,9	+2,3	+2,5	+1,8	+0,9	+0,6	+0,7	+0,8	+0,7	+0,5	+0,5	+0,1
darunter:	Index	102,2	105,7	110,4	110,5	110,9	112,6	111,7	112,7	112,3	112,0	111,6	111,5	111,3
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+4,4	+5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+3,5	+2,2	+1,8	+0,5	0,0	+0,1
darunter:	Index	109,4	115,8	120,6	120,9	120,3	120,2	120,1	120,4	119,9	120,1	120,0	120,1	119,9
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+9,4	+5,9	+4,1	+4,0	+2,6	-0,6	-0,1	-0,7	-0,8	-0,2	-0,1	+0,1	-0,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	100,9	102,7	104,1	103,1	105,6	104,0	105,3	103,6	106,2	106,1	105,4	104,4	102,3
	gg. Vj. in %	+0,9	+1,8	+1,4	+1,4	+0,8	+1,1	+0,5	+1,3	+0,9	+0,7	+0,5	+0,3	+0,5
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,8	98,0	97,4	97,3	97,2	97,0	96,9	97,0	96,9	96,8	96,9	97,1	97,1
	gg. Vj. in %	-1,2	-0,8	-0,6	-0,9	-0,5	-0,7	-0,7	-0,7	-1,0	-0,9	-0,8	-0,3	-0,3
Dienstleistungen	Index	101,1	102,4	103,8	104,5	104,4	104,8	105,0	105,0	105,2	104,9	104,7	105,4	106,2
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,3	+1,4	+1,6	+1,4	+1,7	+1,7	+1,8	+1,5	+2,3	+1,4	+1,6	+1,5
darunter:	Index	101,3	102,5	103,8	104,0	104,3	104,8	105,2	104,8	104,9	105,1	105,2	105,3	105,4
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,5	+1,4
Insgesamt ohne Energie	Index	101,1	102,6	104,2	104,5	104,9	105,2	105,3	105,2	105,6	105,3	105,2	105,4	105,8
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,5	+1,6	+1,7	+1,5	+1,7	+1,3	+1,7	+1,4	+1,7	+1,1	+1,2	+1,2
Energie	Index	110,1	116,4	118,0	118,8	116,9	116,1	116,9	116,3	115,9	116,7	116,7	117,3	117,0
	gg. Vj. in %	+10,1	+5,7	+1,4	+1,0	+0,1	-2,0	-0,8	-2,7	-1,6	-1,3	-0,8	-0,3	-1,5
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	102,1	104,1	105,7	106,1	106,0	106,4	106,6	106,4	106,4	106,6	106,5	106,6	106,8
	gg. Vj. in %	+2,1	+2,0	+1,5	+1,7	+1,2	+1,2	+1,0	+1,2	+1,1	+1,2	+0,9	+0,9	+0,8
HVPI⁴	Index	111,1	113,5	115,3	115,7	115,7	115,9	116,1	116,0	116,4	116,1	115,8	116,3	116,6
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,2	+1,6	+1,7	+1,3	+1,0	+1,0	+1,0	+0,9	+1,1	+0,6	+1,0	+0,8
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	105,3	107,0	106,9	106,6	106,6	106,4	106,0	106,5	106,2	106,1	105,9	105,9	-
	gg. Vj. in %	+5,3	+1,6	-0,1	-0,4	-0,7	-1,0	-0,8	-0,9	-0,9	-0,9	-0,8	-0,7	-
Vorleistungsgüter	Index	105,6	105,8	104,6	104,0	103,8	103,7	103,5	103,7	103,6	103,5	103,5	103,4	-
	gg. Vj. in %	+5,6	+0,2	-1,1	-1,6	-1,9	-1,9	-1,3	-1,9	-1,9	-1,6	-1,3	-1,1	-
Investitionsgüter	Index	101,2	102,2	103,0	103,0	103,1	103,3	103,4	103,3	103,3	103,3	103,4	103,5	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+0,8	+0,7	+0,7	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,4	+0,5	+0,5	-
Konsumgüter	Index	103,5	106,3	108,4	108,8	109,0	109,2	109,4	109,2	109,2	109,4	109,3	109,4	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,7	+2,0	+2,4	+1,5	+1,3	+1,2	+1,3	+1,3	+1,4	+1,1	+0,9	-
Gebrauchsgüter	Index	101,7	103,3	104,3	104,4	104,6	105,4	105,6	105,4	105,5	105,5	105,6	105,7	-
	gg. Vj. in %	+1,7	+1,6	+1,0	+1,0	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	103,8	106,8	109,0	109,5	109,6	109,7	109,9	109,7	109,8	109,9	109,9	110,0	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+2,9	+2,1	+2,6	+1,6	+1,3	+1,1	+1,3	+1,3	+1,4	+1,2	+0,9	-
Energie	Index	109,7	113,0	112,0	111,6	111,3	110,4	108,8	110,6	109,7	109,2	108,6	108,6	-
	gg. Vj. in %	+9,7	+3,0	-0,9	-1,3	-1,7	-2,7	-2,7	-2,6	-2,6	-3,0	-2,6	-2,4	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	102,8	105,4	107,5	107,8	108,1	108,9	109,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,8	+2,5	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0	+1,7	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	102,5	106,3	108,9	109,4	109,6	109,7	110,0	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+3,7	+2,4	+2,5	+2,2	+1,7	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	128,6	125,1	122,5	124,8	122,4	121,6	124,1	122,6	122,0	122,9	123,7	125,8	122,5
	gg. Vj. in %	+28,6	-2,8	-2,0	+1,9	+0,9	-2,8	+5,4	-4,1	0,0	+4,6	+4,9	+6,7	-0,2
Nahrungs- und Genussmittel	Index	129,0	122,5	109,1	104,5	101,2	108,0	116,8	108,2	116,0	119,1	118,4	112,9	103,8
	gg. Vj. in %	+29,2	-5,1	-10,9	-21,2	-17,8	-7,8	+3,0	-7,7	-0,3	+6,1	+4,2	-1,1	-3,9
Industrie-Rohstoffe	Index	114,4	96,3	93,6	91,2	93,0	91,1	90,0	91,1	89,2	91,3	89,7	88,9	91,4
	gg. Vj. in %	+14,4	-15,8	-2,7	+0,3	-0,5	-7,7	-1,6	-9,5	-7,7	-2,7	-1,9	-0,3	+2,1
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	131,4	130,9	129,1	132,7	129,6	128,5	131,3	129,8	128,7	129,4	130,7	133,9	129,9
	gg. Vj. in %	+31,4	-0,4	-1,4	+3,8	+2,3	-1,7	+6,6	-3,1	+1,1	+5,6	+5,9	+8,2	-0,2
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	106,4	108,7	105,9	105,5	104,9	104,5	103,9	104,7	104,1	103,8	103,8	104,0	-
	gg. Vj. in %	+6,4	+2,2	-2,6	-2,9	-2,7	-2,8	-1,9	-2,7	-3,3	-2,4	-2,1	-1,2	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	107,5	111,6	112,6	111,5	111,6	113,1	112,2	113,5	113,2	113,0	112,2	111,4	-
	gg. Vj. in %	+7,5	+3,8	+0,9	+0,2	-0,9	-0,6	-1,0	-0,1	-1,5	-0,7	-1,7	-0,6	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	106,3	108,4	105,3	104,9	104,2	103,7	103,1	103,8	103,2	102,9	103,0	103,3	-
	gg. Vj. in %	+6,3	+2,0	-2,9	-3,2	-2,9	-3,0	-2,0	-2,9	-3,4	-2,6	-2,1	-1,2	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	122,7	126,8	118,1	116,9	115,3	113,7	111,5	114,4	112,1	111,2	111,3	112,0	-
	gg. Vj. in %	+22,7	+3,3	-6,9	-7,2	-7,0	-7,9	-4,6	-8,0	-8,7	-6,2	-4,7	-2,9	-
Fertigwaren	Index	101,2	102,7	101,3	101,1	100,7	100,6	100,4	100,6	100,4	100,3	100,4	100,6	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,5	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1	-1,0	-0,9	-1,5	-1,4	-1,1	-0,6	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	103,3	104,9	104,3	104,2	103,9	103,9	103,9	104,0	103,8	103,9	103,9	104,0	-
	gg. Vj. in %	+3,3	+1,5	-0,6	-0,9	-1,0	-0,8	-0,5	-0,7	-1,0	-0,8	-0,6	-0,1	-
Terms of Trade	Verhältnis	97,1	96,6	98,5	98,8	99,0	99,4	100,1	99,3	99,7	100,1	100,1	100,0	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-0,5	+2,0	+2,1	+1,7	+1,9	+1,5	+2,1	+2,3	+1,7	+1,5	+1,1	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,39	1,29	1,33	1,32	1,36	1,37	1,37	1,37	1,38	1,38	1,37	1,36	1,35
	gg. Vj. in %	+4,9	-7,6	+3,3	+5,8	+4,9	+3,7	+4,9	+2,2	+6,6	+6,0	+5,8	+3,1	+3,5
in Yen	Kurs	111,0	102,6	129,7	131,0	136,7	140,8	140,0	139,4	141,5	141,6	139,7	138,7	137,7
	gg. Vj. in %	-4,7	-7,6	+26,3	+33,2	+29,7	+15,5	+8,5	+12,0	+15,0	+11,0	+6,6	+8,0	+5,6
in Pfund-Sterling	Kurs	0,87	0,81	0,85	0,85	0,84	0,83	0,81	0,83	0,83	0,83	0,82	0,80	0,79
	gg. Vj. in %	+1,1	-6,5	+4,7	+7,9	+4,1	-2,8	-4,2	-4,3	-3,3	-3,0	-4,0	-5,6	-8,0
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	103,4	97,9	101,7	101,9	103,1	103,9	103,8	103,6	104,6	104,5	103,8	103,0	102,6
	gg. Vj. in %	-0,3	-5,3	+3,8	+6,2	+5,3	+3,1	+2,9	+1,9	+4,4	+4,0	+3,3	+1,4	+1,0
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	100,7	95,6	98,9	99,2	100,0	100,7	100,1	100,4	101,3	101,0	100,1	99,2	98,7
	gg. Vj. in %	-0,9	-5,1	+3,5	+5,8	+4,6	+2,4	+1,8	+1,4	+3,5	+3,2	+2,1	+0,3	-0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,2	96,0	98,3	98,5	99,0	99,1	98,6	99,0	99,2	99,0	98,7	98,3	98,1
	gg. Vj. in %	-0,5	-2,3	+2,4	+3,5	+3,0	+1,4	+0,7	+0,9	+1,6	+1,5	+0,6	0,0	-0,3
56 Länder	Index	91,7	88,8	90,8	91,1	91,9	92,5	91,9	92,4	92,8	92,4	91,9	91,4	91,1
	gg. Vj. in %	-0,6	-3,1	+2,2	+3,8	+3,5	+2,8	+2,0	+2,3	+3,5	+3,3	+2,2	+0,6	+0,3

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

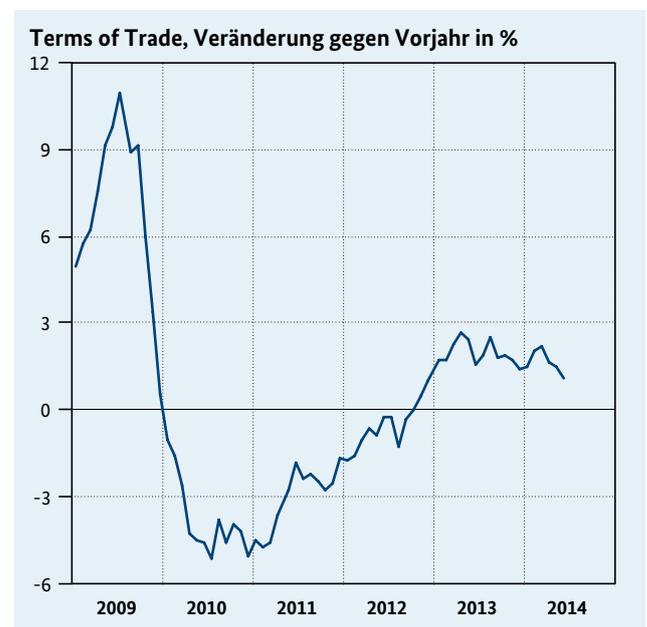
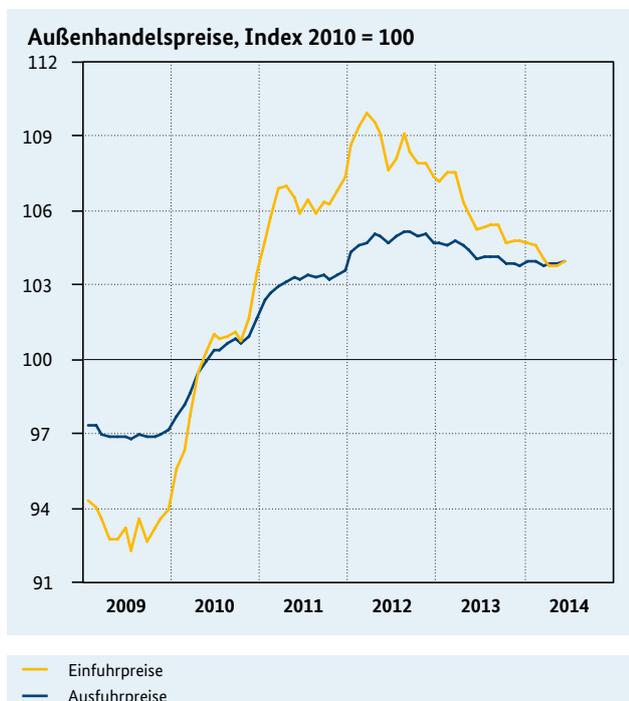
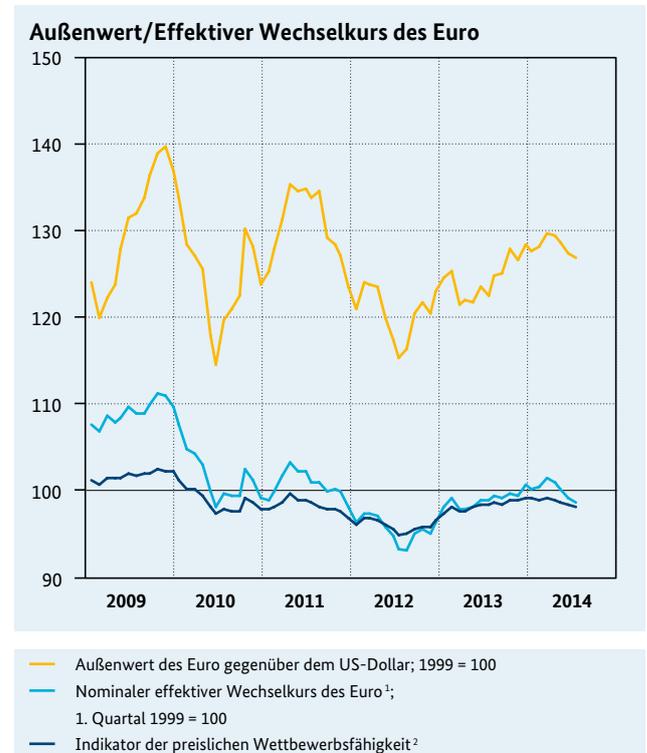
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-20 Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den zehn nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-20-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2013		2014		2014					
		2011	2012	2013	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	Apri	Mai	Juni	Juli
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats EUREPO	Zinssatz	0,82	0,06	0,04	0,05	0,09	0,14	0,13	0,13	0,15	0,17	0,15	0,06	0,03
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,39	0,57	0,22	0,22	0,24	0,30	0,30	0,29	0,31	0,33	0,33	0,24	0,21
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,64	0,83	0,34	0,34	0,35	0,40	0,39	0,39	0,41	0,43	0,42	0,33	0,30
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	2,01	1,11	0,54	0,54	0,53	0,56	0,57	0,55	0,58	0,60	0,59	0,51	0,49
Differenz														
3M-EURIBOR / . 3M-EUREPO	Zinssatz	0,57	0,51	0,18	0,17	0,15	0,15	0,17	0,16	0,16	0,18	0,18	0,18	0,00
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,60	0,36	0,41	0,54	0,48	0,45	0,29	0,40	0,39	0,40	0,27	0,20	0,18
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,17	0,93	0,94	1,10	1,06	1,01	0,74	0,95	0,91	0,88	0,72	0,63	0,60
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	2,61	1,50	1,57	1,73	1,75	1,61	1,35	1,56	1,51	1,46	1,33	1,26	1,11
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ¹	gg. Vj. in %	1,9	4,2	7,0	6,9	6,2	6,0	5,2	6,2	5,6	5,2	5,0	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M2 ¹	gg. Vj. in %	2,3	3,3	4,0	4,0	2,9	2,3	2,1	2,4	2,2	2,0	2,1	2,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 ¹	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,2	1,3	1,1	1,1	1,3	1,0	0,7	1,0	1,5	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ¹	gg. Vj. in %	1,5	3,0	2,3	2,1	1,4	1,1	-	1,1	1,0	0,9	1,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ¹	gg. Vj. in %	+1,8	-0,4	-0,9	-1,0	-1,5	-2,4	-2,5	-2,4	-2,5	-2,6	-2,7	-2,3	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+2,4	0,0	-1,2	-1,8	-1,9	-2,3	-1,9	-2,3	-2,2	-1,8	-2,2	-1,8	-
an den privaten Sektor in Deutschland ¹	gg. Vj. in %	+1,1	+1,0	+0,6	-0,1	+0,2	+0,1	+0,5	0,0	+0,3	+0,5	+0,7	+0,4	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+0,6	-0,2	0,0	0,0	+0,5	0,0	+0,3	+0,6	+0,6	+0,2	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ²	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	-0,7	-1,5	-1,1	-0,8	-0,1	-0,9	-1,2	-0,3	0,0	+0,1	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,2	+1,3	-4,5	-5,8	-5,3	-5,2	-2,5	-5,3	-5,6	-3,8	-3,1	-0,5	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-4,6	-0,6	-1,2	-1,1	-1,8	-0,9	+2,2	-1,0	-0,6	+2,8	+2,0	+1,7	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,7	+2,1	+0,3	-0,4	+0,1	+0,3	+0,1	+0,2	-0,2	0,0	+0,3	0,0	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,7	+1,2	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,0	+1,4	+2,3	+2,5	+2,2	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0	+2,0	+2,1	+2,0	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³	Index	6599	6857	8307	8331	9085	9455	9705	9508	9340	9483	9705	9927	9752
	gg. Vp. in %	+6,7	+3,9	+21,1	+3,6	+9,1	+4,1	+2,6	-0,1	-1,8	+1,5	+2,3	+2,3	-1,8
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴	Index	2617	2415	2793	2785	3020	3091	3213	3086	3094	3170	3197	3272	3192
	gg. Vp. in %	-5,9	-7,7	+15,6	+3,4	+8,4	+2,3	+3,9	-0,2	+0,3	+2,5	+0,9	+2,3	-2,4
Standard & Poor's 500 ⁴	Index	1269	1379	1642	1674	1771	1835	1901	1818	1864	1864	1890	1947	1974
	gg. Vp. in %	+11,4	+8,7	+19,1	+4,0	+5,8	+3,6	+3,6	-0,3	+2,5	0,0	+1,4	+3,0	+1,4
Nikkei 225 ⁴	Index	9440	9114	13540	14148	14974	14994	14651	14623	14672	14467	14354	15132	15372
	gg. Vp. in %	-5,8	-3,5	+48,6	+4,0	+5,8	+0,1	-2,3	-6,8	+0,3	-1,4	-0,8	+5,4	+1,6

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

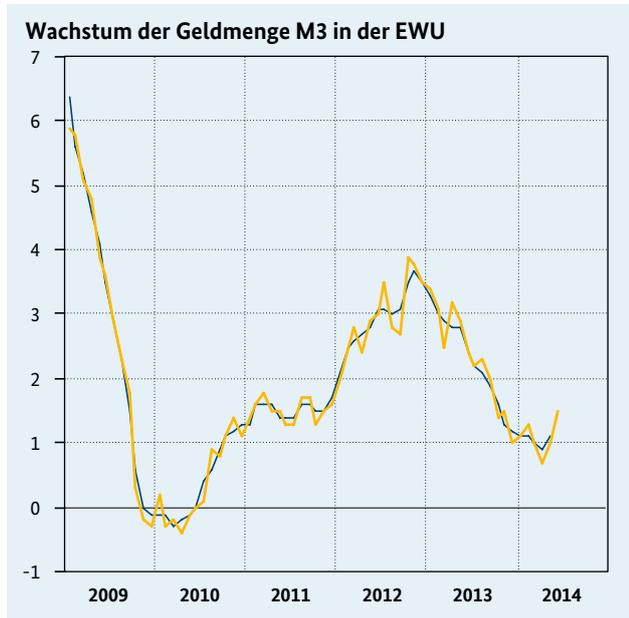
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Ursprungszahlen;

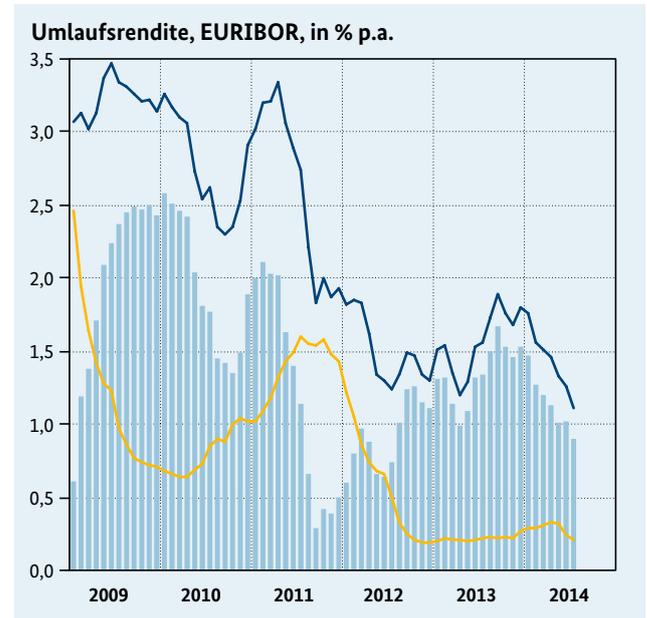
3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

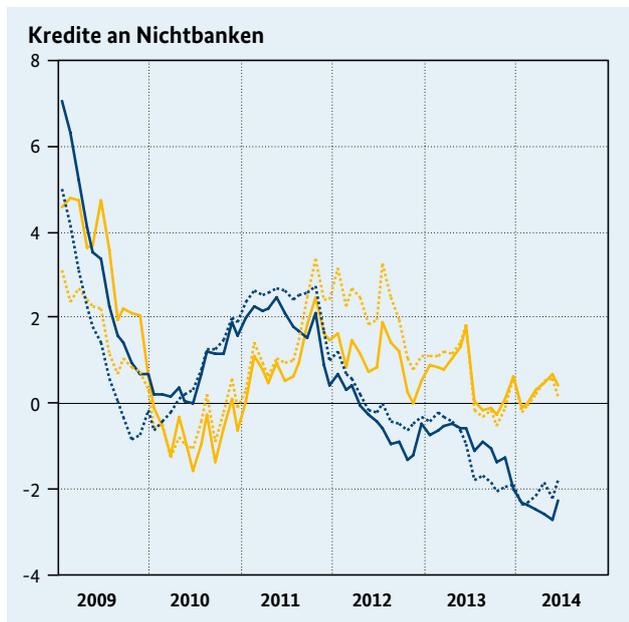
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



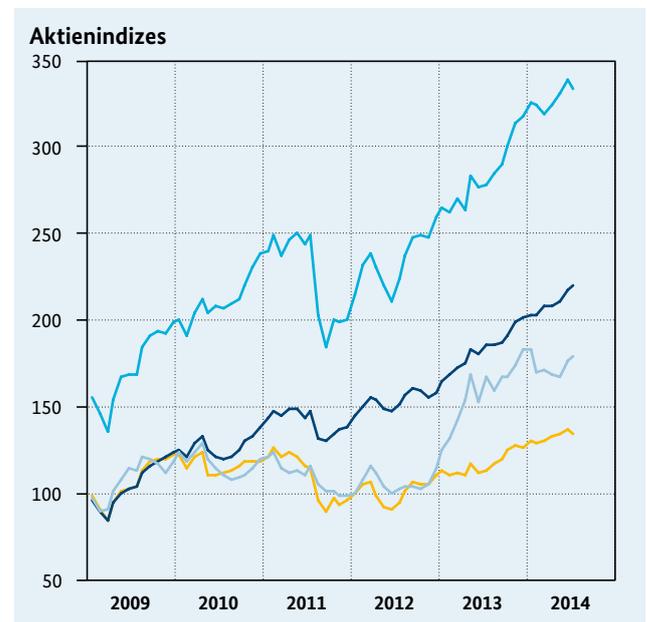
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Hanna Schumacher und Jens Lukas
(Reform des EEG)

Kai Menzel
(Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung)

Dr. Silke Albin
(Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt, Mathias Kesting,
Miriam Trolldenier
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
September 2013	<p>Der Stabilitätsrat aus gesamtwirtschaftlicher Sicht</p> <p>Die Energiewende gelingt nur mit den energieintensiven Industrien</p> <p>Neue Chancen für kluge Köpfe</p> <p>Elektromobilität – Längst keine Utopie mehr</p> <p>Mit Recht in der Cloud</p>
Oktober 2013	<p>Exportinitiative Erneuerbare Energien – Auf in neue Märkte!</p> <p>Weniger Formulare, bessere Gesetze</p> <p>Kommission legt Grünbuch zum Kunststoffrecycling vor</p>
November 2013	<p>Die Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung</p> <p>Smart Metering in Deutschland</p> <p>Internationale FuE-Kooperationen im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand</p> <p>Im Geschäftsverkehr das richtige Maß</p> <p>Erdbeobachtung in Zeiten der Globalisierung</p>
Dezember 2013	<p>Investitionsschwäche in Deutschland?</p> <p>Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa – ein Fundament für den Euro</p> <p>Ökonomischer Zugewinn durch Zuwanderung</p> <p>Nebenerwerbsgründer haben große Chancen</p>
Januar 2014	<p>Das Wunder von Bali: die multilaterale Handelspolitik ist zurück</p> <p>EU-Financen im Zeichen der Zeit</p> <p>Versteckte Talente entdecken</p>
Februar 2014	<p>Wettbewerbsaufsicht in Deutschland: das Bundeskartellamt</p> <p>Mehr Licht!</p> <p>COSME: Große Hilfe für kleine Unternehmen</p> <p>Sukuk Murabaha und Sukuk Musharaka</p> <p>Innovationsförderung in der EU – auf zu neuen Horizonten</p> <p>Ökonomische Bedeutung des Wintersports in Deutschland</p>
März 2014	<p>Der Jahreswirtschaftsbericht 2014</p> <p>Ohne Energieeffizienz keine Energiewende</p> <p>Die EU-Ökodesign-Richtlinie: weniger ist oft mehr</p> <p>Demografiestrategie und Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft</p>
April 2014	<p>Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften</p>
Mai 2014	<p>Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft –</p> <p>Aufschwung auf breitem Fundament</p> <p>Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss</p> <p>Regionale Wirtschaftspolitik</p> <p>Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet</p> <p>KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung</p>

Ausgabe	Fachartikel
Juni 2014	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungsk Kooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
Juli 2014	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien
August 2014	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
